Februar 2/82 - DM 4,00

C 4143 EX

konkret

DIE MONATSZEITSCHRIFT FÜR POLITIK UND KULTUR

POLEN '82: Instandbesetzt?

in konkret Februar 1982

konkret-intern

briefe

Bis der Traum uns Sühne lacht von Hermann L. Gremliza
Ausnahmezustand, Kriegsrecht: 5136 Internierte, acht Tote, zu Gefängnis verurteilte Gewerkschafter. Unter den Bildern von Marx und Engels, im Namen Lenins, des Sozialismus und Kommunismus: Militärs an der Macht, Generale, Obristen, Hauptleute. Und wir?

Pleite und Moral von Winfried Wolf
Polen ist zahlungsunfähig, die polnischen Arbeiter hungern für die westlichen Banken.

Radikalauer von Winfried Thomsen

Nikaragua: Falkenauge ist wachsam von Günter Neuberger
US-Manöver an den Grenzen, Interventionsdrohungen und CIA-Kampagnen, Kapitalflucht und Investitionsboykott: im befreiten Nikaragua exerzieren die ansässige Bourgeoisie und ihre Washingtoner Freunde das Repertoire der Konterrevolution. Günter Neuberger war vor Ort.

Der häßliche Deutsche: Sektion Hygiene - eine Karriere von Otto Köhler
Früher impfte Dr. Gerhard Rose KZ-Häftlinge mit Fleckfieber-Erregern. Wer heute daran erinnert, dem droht er mit dem Gericht. Denn Rose ist ein angesehner Mann, mit Ehren überhäuft, auch mit einer Medaille für seine Arbeit unter den Nazis.

Exorzisten in der Strafjustiz von Uwe Maeffert
Rauschgift und Staatsgewalt: Zwei, die sich gefunden haben. Beider Opfer werden dann auch noch Opfer der Justiz. Den Verfolgungsrausch deutscher Richter und Staatsanwälte beschreibt Uwe Maeffert

Fortsetzung, verschärft von Jan-Philipp Sendker
Damit noch mehr hinter den Nato-Drähten der Drogenknäste (oben: Drogentherapieanstalt Brauel) landen, hat der Bundestag ein neues Gesetz beschlossen.

Kultur für alle von Peter Dahl

Weihnachtsgans & Polen-Ente von Hermann Peter Piwitt
Wohl wegen der Nachrichtensperre griff das bundesdeutsche Fernsehen auf einen polnischen Historien-Schinken zurück, der ein ganzes Grabensystem nationaler, sozialer und religiöser Fronten ahnen ließ.

Kritisch-liberale Bullen am Tatort Gesellschaft von Karl Unger
Hansjörg Martin und seine Kollegen vom deutschen Kriminalroman haben es zu beachtlichen Auflagen und einem respektablen Ruf gebracht. Mit der Qualität ihrer Bücher ist es weniger weit her.

Schluß, liebe/r Leser/in! von Horst Tomayer
Letzte Mahnung von Horst Tomayer

Baummeister mit Tradition von Erich Fried
Haben der Sicherheitstrakt 3 in Stammheim und die Gaskammer in Block 3 des Nazi-Zuchthauses Brandenburg die gleichen Erbauer? ERICH FRIED ruft zur

Untersuchung auf

Schwule und andere Ratten von Gunter Schmidt

Ein Wissenschaftler in der DDR plant die hormonelle Endlösung des Homosexuellen-Problems.

Es könnte alles viel lustiger sein von Karl Pawek

Die Parteien denken über ein neues Demonstrationsrecht nach, KARL W. PAWEK macht sich Gedanken, wie Demonstrationen phantasievoller werden können

Nichts zu verbessern, nichts zu lernen von Peter Dahl, Karl Nemsi

Er war lange vergessen, jetzt liegen die Bücher von Franz Jung gleich in mehreren Ausgaben wieder vor. Das Werk dieses Spontaneisten und »Linksradikalen« könnte das gängige Literaturverständnis der Spontis ins Wanken bringen: statt gefühliger Selbstbespiegelung geht es hier um schonungslos genaue Beobachtung und Erinnerung

Erinnern, das ist lebendige Geschichte von Heiner Boehncke

Lebensgeschichten kleiner Leute bilden das Material, mit dem ein Offenbacher Projekt »Geschichtsschreibung von unten« versucht

`BILD´ sagt Ja zur atomwaffenfreien Zone von Karl-Heinz Hansen

Ein neues Buch erinnert an die Geschichte des Widerstands gegen die Atomrüstung in der Bundesrepublik und an einen Helmut Schmidt, der heute glatt aus der SPD ausgeschlossen würde

konkret-markt

film-markt

konkret ex-press von Hermann L. Gremliza

Konkret 02/82, S. 4

konkret-intern

Goodbye und hello

Ein KONKRET wie dieses wird es nun nicht mehr geben. Nach 89 Ausgaben in siebeneinhalb Jahren verschwindet die »linke Polit-Postille« (»Bild«) vom Zeitschriftenmarkt und macht einem ganz neuen KONKRET Platz (für das Springers Redakteuren aber auch nichts Besseres einfallen wird). Am 25. Februar erscheint das neue KONKRET zum ersten Mal: eine linke Illustrierte von 116 Seiten in einer Startauflage von 150 000 Exemplaren, mit großen Reportagen, exklusiven Informationen, gründlicher Dokumentation, mit unbekanntem Bildmaterial, mit Cartoons, mit viel Farbe, in neuer Konzeption und neuer grafischer Gestaltung. Neu sind zwei Drittel der Redaktion, neu ist auch der Chefredakteur: Manfred Bissinger.

Wer ihn nur oberflächlich oder gar nicht kennt, den mag Manfred Bissingers Auftritt bei KONKRET verblüffen. Wer weiß schon, daß er nicht »nur so« stellvertretender Chefredakteur des »Stern« war, sondern daß er dieses Amt in sehr präziser politischer Absicht angestrebt hatte und es verlor, weil die Verleger Reinhard Mohn und John Jahr ihn für einen »Kommunisten« hielten. An Bissingers Arbeit als Senatsdirektor des Hamburger Bürgermeisters Hans Ulrich Klose ließ sich der Standort des neuen KONKRET-Chefredakteurs schon viel besser ablesen: Aufkündigung des Berufsverbots, Ausstieg aus dem AKW-Projekt Brokdorf - um nur zwei von Kloses politischen Entscheidungen zu nennen, an denen Bissinger mitgearbeitet hat.

Aber KONKRET und Manfred Bissinger verbindet mehr: Schon Ende der sechziger Jahre, zur Zeit als Ulrike Meinhof das Blatt redigierte, schrieb Bissinger für KONKRET. Das Angebot, die Leitung der Redaktion zu übernehmen, schlug er nur aus, weil er den damaligen Eigentümer des Verlags für einen hemmungslosen Opportunisten hielt (andere sollten das erst viel später merken und teuer bezahlen). Seit Gründung des Neuen Konkret Verlags war Manfred Bissinger der Zeitschrift wieder in einer Solidarität verbunden, die mehr als einmal sehr konkrete Formen annahm.

Wenn das neue KONKRET ein anderes KONKRET sein wird, dann deshalb, weil wir Manfred Bissinger zu uns geholt haben, um ein anderes KONKRET zu machen: ein aktuelleres, informativeres, aber auch eines von größerer politischer Breite. Das neue KONKRET soll die ganze Vielfalt der linken Bewegungen wider ' spiegeln, ohne Scheuklappen und ohne sektiererische Rechthaberei, aber auch ohne Verzicht auf Klarheit und Entschiedenheit der Parteinahme.

Bleiben werden die KONKRET-Autoren, ohne deren Hilfe die Zeitschrift nicht das geworden wäre, worauf nun die neue gegründet werden kann. Bleiben wird auch Hermann L. Gremliza: als Herausgeber, Kolumnist und Fahrdienstleiter des KONKRET EX-PRESS.

Das neue KONKRET erscheint am 25. Februar 1982. Frühes Kommen sichert die besten Plätze - in der Schlange vorm Kiosk.

PS: Leider wird das neue KONKRET teurer als das alte. Aber da der Umfang um hundert Prozent größer wird, schien uns eine Preiserhöhung um fünfundzwanzig Prozent - von 4 auf 5 Mark - vertretbar. Wer KONKRET noch ein weiteres Jahr zum alten Preis beziehen will, muß jetzt abonnieren.

Konkret 02/82, S. 5

briefe

Sie wollen weiterreden

KONKRET Intern (1/82)

Ach Gott, ist das billig, Gremliza, wie Sie Serke aufzuspießen versuchen. Ist das billig! Sagt eine ganze Menge aus über Ihr menschliches und geistiges Niveau. Daß Sie sich Ihren Sozialismus irgendwie (was für ein schönes Wort, *irgendwie)* anders vorstellen, mag Ihr Privatvergnügen sein. Wir erleben es in diesen Tagen, was realer Sozialismus ist. Aber auch die Inhaftierten in Polen, die Toten, alles das wird Ihnen die Sprache nicht verschlagen. Sie wollen weiterreden. Tun Sie's! Ohne Serke zu kennen, möchte ich annehmen, daß Sie, Gremliza, unter KONKRET-Stiften der agilste und auch unangenehmste Stift sind.

DIETER GÖLL

HAMBURG

Dümmliche Koketterie

Gremliza-Kolumnen (11,12/81, 11/82)

Das Märchen vom militärisch hochüberlegenen russischen Bären habe ich mir schon längst abgeschminkt. Genausowenig nehme ich Ihnen jedoch die Geschichte vom armen Russen ab, der sich die ganze Zeit gegen den bösen Amerikaner wehren muß. Ihre Berichte über Reagan und Co. sind sehr interessant. Störend wirkt jedoch Ihre zuweilen offenkundige Linksblindheit (als ob es keinen Sowjetimperialismus gäbe), die entweder schlicht naiv ist oder von irgendwelchen Linksaußen gewollt und gesteuert wird. Wie wäre es, wenn sie in einer Ihrer nächsten Ausgaben einmal über die derzeitige Lage in Afghanistan oder Polen berichten würden? Nach dem großangelegten Bombardement an Schwachsinn des deutschen Pressesumpfes täte es gut, zu lesen, was Sie zu diesen Themen zu sagen haben (oder lassen das Ihre Linksaußen nicht zu?).

KARL KIRSCHMANN

GROSSBETTLINGEN

Hermann Gremliza kommt das zweifelhafte Verdienst zu, mit einer Reihe von diffamierenden Kommentaren (»Ein deutsches Dokument«, sowie »Der Jenseits-Joint«) große Teile der Friedens- und der Ökologie-Bewegung vor den Kopf gestoßen zu haben.

Nach der Lektüre seines jüngsten Kommentars (»Alles -aussteigen«) stelle ich aber mit Genugtuung fest, daß Gremliza seine Phase ärgerlicher Ausrutscher, black outs (oder was sonst immer) zumindest vorläufig überwunden zu haben scheint und offensichtlich zur alten Form zurückzufinden sucht.

ROLF-GUNTER SCHIERHORN

HAMBURG

Ich bin bestürzt über Gremlizas Rückfall in den vulgärmarxistischen und primitiv provokanten »Argumentationsgang« in bezug auf die kirchliche Aktivität in der heutigen geschichtlichen Situation. Wenn er mal den Gottesdienst in einer Studentengemeinde ansehen würde, würde er vielleicht an dem Gefühl von Perversität erschauern, die er vermutlich als Grundkonsens der Veranstaltung mit nach Hause tragen würde, in der undogmatische junge linke Christen ihre engagierten Aktionen für Frieden, Freiheit und vielleicht sogar einseitige Abrüstung der Natostaaten vorbereiten, ohne sich nach seinem und der ganzen verknöcherten ideologischen Führungsspitze der »neuen« Linken in der BRD Willen zu entscheiden, ob sie nun Christen oder Linke sind. Hermann, manchmal muß man dialektisch denken!

JÖRG, BONN

Ärgerlich, dieser grobschlächtige Rundumschlag gegen die »Pfaffen«. Sind damit vielleicht Dorothee Sölle gemeint oder Dom Helder Camara oder die Marburger Theologie-Studenten, die fast täglich in den Mörfeldener Wald zogen, um die Startbahn-West zu verhindern? Alles Opium-fürs-Volk-Dealer? Als nur gelegentliche KONKRET-Leserin fällt mir auf, daß

der ironisch satirische Biß vom Hermann L. der frühen Jahre allmählich zu einer etwas dümmlichen Koketterie verkommen ist.

CLAUDIA PINL

KÖLN

Ich schreibe diesmal einen Leserbrief, weil mich Ihr Artikel »Der Jenseits-Joint« geärgert hat. Nun kann Ärger ja manchmal ganz heilsam sein. Doch als heilsam kann ich diesen Ärger nicht empfinden, weil Ihr Artikel schlichtweg dumm ist und mit Halbwissen arbeitet. Ich will nicht sagen, daß jeder Mensch an Gott glauben muß! Aber ich wünsche mir, daß sich jede(r) auch einmal Gedanken darüber macht, woher er / sie eigentlich den Mut und die Kraft bekommt, überhaupt zu handeln und sich für die Rechte und das nackte Leben der »Armen dieser Erde« einzusetzen.

HANS UWE REHSE (PASTOR)

BURG

Löwenthal hat nach wahltaktischen Kriterien - und darum geht es doch Brandt, Wehner und Glotz - vollkommen recht. Es gibt keine sogenannten Alternativen, die noch, unter welchen Vorzeichen auch immer, die SPD wählen würden (ausgenommen vielleicht Erstwähler). Brandt schätzt die Situation falsch ein, Wehner richtig, Glotz weeß ick nich. Es wäre natürlich ideal, wäre es möglich, eine so breite Vielfalt wie den Ascona-Facharbeiter-Typ und den Kreuzberger Soundso in eine »Partei« zu bekommen, aber es ist irreal. Lassen wir die SPD auf ihrem Weg zur Volkspartei krepieren; der von Gremliza zitierte Facharbeiter hat uns am 22.10. beim Schweigemarsch zur Todesstelle Rattays aus dem 4. Stock Wasserbeutel auf die Köpfe geworfen, während wir, von Wannen gejagt, durch die Straßen liefen. Es gibt diese Einheit nicht, und Löwenthal hat das erkannt.

TOM DREWS

BERLIN

Ich habe soeben einige Artikel dieser Ausgabe gelesen und muß sagen, daß ich ziemlich begeistert bin, und das ganz pauschal. Der Kommentar von Gremliza (»Alles Aussteigen«), »Mit Rosa L. und Cornelia B.-B.« und ganz besonders: »Reagan: Eine Null für den Frieden« von Michael Schilling sind meines Erachtens hervorragend recherchierte bzw. analysierte Beiträge. Seit längerem schon fallen mir außerdem die knappen, präzisen und leicht verständlichen Beiträge zur Wirtschaftspolitik bzw. -theorie auf, insbesondere denke ich da an Ernest Mandel, Rudolf Hickel und, wieder 1/82, Winfried Wolf. Angesichts dessen, daß die letzten KONKRET-Ausgaben durchweg sehr gut waren, bekommt man fast Angst, daß das neu angestrebte Konzept dies allein wieder verderben könnte.

UWE SKROBIN

WUPPERTAL

Konkret 02/82, S. 6

Hermann L. Gremliza

Bis der Traum uns Sühne lacht

Ausnahmezustand, Kriegsrecht: 5136 Internierte, acht Tote, zu Gefängnis verurteilte Gewerkschafter. Unter den Bildern von Marx und Engels, im Namen Lenins, des Sozialismus und Kommunismus: Militärs an der Macht, Generale, Obristen, Hauptleute. Und wir?

WIR, das »Brudervolk der Polen« (Norbert Blüm), sind ein einig Volk von Sadomasochisten. Keine Nachricht ist uns schmerzhaft genug. Die konservative »Zeit« ließ »mit richtigen Kanonen scharfe Schüsse« abgeben, die linksliberale »Tageszeitung« wußte von »Hunderten vom Militär Erschlagener und Erschossener«, von »Deportationen in Konzentrationslager«, die profaschistische »Welt« meldete die »Blut(mit)arbeit« von »Tschechen« und »Deutschen« in den polnischen Milizen, der »Stern« ließ 45.000 Menschen verhaften« und in »Konzentrationslager« bringen, die »FAZ« erinnerte sich und ihre Leser »an die dreißiger Jahre« und der »Spiegel« sah Jaruzelski Zustände schaffen »vergleichbar denen nach dem deutschen Einmarsch 1939«.

Wie es ihnen erst gekommen wäre, wenn die Russen gekommen wären, das ersehnte Blutbad zu nehmen, lassen die Ersatzhandlungen nur ahnen: »In Polen führt ein General Krieg gegen das Volk. Und er führt ihn im Auftrag der Sowjetunion« (»Stern«); »wer die Wirklichkeit nicht willentlich umdichtet, kann an der Tatsache der sowjetischen Intervention nicht zweifeln« (»Welt«); die Ausrufung des Kriegsrechts »ist im Endeffekt von gleicher Qualität, als wenn die Sowjets selbst einmarschiert wären« (Friedrich Zimmermann, Verschwörer). In einem tiefen Teiche, da fand man ihre Leiche, sie war so schön, sie war das allerschönste Kind, das man in Polen find'...

Das Purgatorium der deutschen Antisemiten ist der Staat Israel (»Unsere Juden macht uns keiner nach ... «). Das Israel der deutschen Antikommunisten ist Polen. Selbst die Berufsschlesier und andere Parteigenossen von 1939, die Erfinder der »polnischen Wirtschaft«, ergreift der nationale Stolz auf den nationalen Stolz ihrer heldenhaft für die Freiheit und Unabhängigkeit des Vaterlandes kämpfenden Polacken, pardon, Polen. Die in Dortmund Betriebsräte für Agenten des Weltbolschewismus halten, hängen ihr Herz an Fabrikbesetzer in Kattowitz. Strauß geht mit Ratzinger (als Mob?) auf die Straße, Albrecht demonstriert dreißig Kilometer vor Gorleben für ein freies Polen. Und in der »TAZ« wird Wolfgang Pohrt originell: »Nicht Brandt, sondern Kohl hat gefordert, daß eine Kommission vom internationalen Roten Kreuz unverzüglich die Haftbedingungen in Polen überprüfen müsse. Dies war die einzige vernünftige Bemerkung zur Schreckensherrschaft in Polen, die aus dem Mund eines westdeutschen Politikers oder Gewerkschaftsführers kam.«

Einsam wachend in der Nacht, bis der Traum uns Sühne lacht, in dem Jaruzelski an der Rampe von Oswiecim (richtig deutsch: Auschwitz) steht und die Mitglieder der Solidarnosz selektiert, um uns endlich zu reinigen von unserer schuldhaften Vergangenheit, damit wir das Maul noch weiter aufreißen können für Freiheit und Demokratie und für das Polen, das uns noch nicht verloren ist, auch wenn wir als private und öffentliche Rechtsnachfolger dort vor allem eins haben: nichts zu suchen.

Genug von Strauß, Albrecht, Kohl, Blüm, Ratzinger und den anderen moralischen Nullnummern, die sich bekanntlich schon für die Gefolterten von Santiago und Ankara die Hacken schiefdemonstriert haben. Wenn schon Laienspiel, dann Buxtehuder Bauernbühne. Genug auch von denen, die jetzt die moralische Rüstungslücke der Nato schließen, den Moralisten, den honorigen »Terror-Sympathisanten«, denen einwöchiger Zugang zu den Massenmedien gewährt wurde, um ihr »Entsetzen« über die »polnischen Ereignisse« publik zu machen. Weder der Hinweis auf das Gezeter der Nato-Helden, die dort, wo sie nach ihrem Bündnisvertrag nichts verloren haben, mit Brzezinski als Pilsudski einmarschieren möchten, noch die Bestimmung der Funktion, die das Protest-Gestammel lieber Liberaler bei der Förderung dieses Zieles übernimmt, aber auch nicht der coole Realismus einiger Autoren (Augstein, Nannen, Bender) und sozialdemokratischer Politiker (Egon Bahr: »Die Erhaltung des Weltfriedens ist noch wichtiger als Polen«) befreien einen in der Bundesrepublik lebenden Linken, Sozialisten, Marxisten, Kommunisten von der *polnischen Frage:* was nach fünfunddreißigjähriger Herrschaft einer kommunistischen Partei aus dem Sozialismus geworden ist, warum ihm dies geschah von wem. Was hat die einfachste Sache der Welt, die so schwer zu machen ist, in Polen unmöglich gemacht?

Alle Erklärungen sind richtig: der bürokratische Staats- und Parteiapparat; die Entmündigung der Arbeiterklasse; der Machtinstinkt der Bonzen; das wirtschaftliche Chaos; die Korruption; die Subversion; die Bekämpfung der Subversion. Und alle Erklärungen erklären nichts. Sie helfen, schlimmstenfalls, einigen Eurokommunisten auf den Weg nach Godesberg. Luciano Lama, Generalsekretär der italienischen KP-Gewerkschaft CGIL, zeigt sich auf dem neuen Niveau: »Was ist das für ein Sozialismus, der neun Millionen Arbeiter zu Gesetzlosen stempelt? Realer Sozialismus? Daß ich nicht lache. Diesen Stempel haben sich die Ostblockländer doch selbst aufgedrückt. Ohne Demokratie und Freiheit kann wirklicher Sozialismus nicht existieren.« Und sein Parteichef Enrico Berlinguer schreitet voran: »Die vorwärtstreibende Kraft der Oktoberrevolution geht zu Ende. Wir müssen jetzt eine neue Phase beginnen, in der sich Sozialismus und Demokratie verbinden.«

Ein bessrer Sozialist sein, ja, wer wärs nicht gerne, doch leider sind auf dieser Erde eben die Mittel kärglich und die Menschen roh undsoweiter. So auch die Verhältnisse, die vor dem 13. Dezember kein bißchen anders waren als danach, weshalb jeder Kommunist, Sozialist, Linke, der diesen Tag zum Datum neuer Erkenntnisse über die Realität des Sozialismus in existierenden Staaten macht, lügt oder, freundlicher ausgedrückt, nur die Gelegenheit ergreift. Oder gibt es irgendwo einen politisch denkenden Menschen, der am 12. Dezember für die nächste polnische Zukunft etwas weniger »Erschreckendes« erwartet hat, als am 13. geschah?

Das Datum, die besonders Linken widerwärtige Erscheinung eines auf den General gekommenen Kommunismus, erschwert die Beantwortung der polnischen Frage, fördert opportunistisches Ausweichen: auf Haig, Reagan und Weinberger oder auf Walesa, Kuron und Michnik, auf die realistischen Ängste oder auf die illusionären Hoffnungen. Als hätte es die Reagans, die die Welt vom Kommunismus befreien wollen, nicht seit dem Augenblick gegeben, da es diesen gibt, und als hätten die Walesas je eine reelle Chance auf sozialistische Existenz gehabt oder haben wollen.

Zur Sache, zur Ursache hinter den Wirkungen führt ein Wort des italienischen Kommunisten Antonio Gramsci: »Die Krise besteht genau darin, daß das Alte im Sterben liegt und das Neue nicht geboren werden kann.« Das Alte ist der Kapitalismus, das Neue der Sozialismus. Seit der Oktoberrevolution sind die kapitalistischen Staaten damit beschäftigt, den Sozialismus zu einem real liquidierten zu machen. Zuerst finanzierten und armierten sie die weißrussischen Truppen, später schickten sie Söldnerheere, die zu Zeiten mehr als die Hälfte des Territoriums der jungen Sowjetrepublik besetzt hielten. Kaum war diese große Schlacht geschlagen, da rüstete im Westen der Große Diktator zum Marsch auf Moskau, und als er marschierte, schaute die größte Militärmacht der kapitalistischen Welt solange untätig zu, bis zwischen Minsk und Moskau kein Haus mehr stand und zwanzig Millionen tote Sowjetbürger herumlagen. Erst als sich zeigte, daß Hitler allein die Rote Armee nicht niederwerfen würde, beteiligten sich die USA am Kriegsgewinn. Doch gerade war die Beute aufgeteilt, da erklärte US-Außenminister John Forster Dulles der Sowjetunion den Kalten Krieg. Die Parole hieß »roll back«, Boykott, Sabotage, Subversion, Aufrüstung waren die Mittel. Als auch das nichts half, ließ man die Weichmacher ran. Deren Methode beschreibt Theo Sommer, vormals Helmut Schmidts Berater im Bonner Verteidigungsministerium und noch heute Mitglied des CIA-nahen Londoner Institute for Strategic Studies:

Der französische Publizist André Fontaine hat einmal gallisch-gallig bemerkt: »Entspannung ist die Fortsetzung des Kalten Krieges mit anderen Mitteln - und manchmal auch mit denselben. « Daran ist bei aller Häme etwas Richtiges. Wo es um Fernziele geht, ist die Entspannung genau so ein Instrument der Politik wie die Spannung: eine Methode, die eigenen Interessen, Absichten, Hoffnungen und Wünsche durchzusetzen. Auch Entspannung ist Mittel zum Zweck: ... zur Verbreitung der eigenen ... Anschauungen jenseits der in Jalta gezogenen Trennlinie. Nimmt man nur diese instrumentale Funktion ins Visier, so hat der Westen nach zwölf Jahren praktischer Ausgleichspolitik überhaupt keinen Grund zum Bedauern.

Heißer Krieg oder kalter, Spannung oder Entspannung, Osthandel oder Boykott - alles geheiligt durch den Zweck: Verbreitung der »eigenen Anschauungen«, der kapitalistischen Gesellschaftsform, jenseits der Grenzen, dort wo der »kommunistische Bazillus« (Sommer) wütet. Der Krieg steht im siebenten Jahrzehnt, ein Sieg ist nicht in Sicht, doch es gibt einen Erfolg, der viele verlorene Schlachten aufwiegt: Unter dem endlosen militärischen, ökonomischen, politischen und ideologischen Druck von außen hat sich der revolutionäre Sozialismus des roten Oktober verformt. Lenins erziehungsdiktatorisches Organisationsmodell, ohnehin anfällig für Verkrustung, wurde aller Unberechenbarkeit entkleidet. Die schöpferische Selbsttätigkeit der Klasse barg Risiken, die der Machtapparat von Partei und Staat teils nicht tragen konnte, teils nicht tragen wollte. Der brutale Kampf um die nackte Existenz des sozialistischen Staates brachte einen Machtapparat hervor, der den Sozialismus blockieren mußte.

Und doch hält sich dieser Sozialismus in Ländern, die auf eine erfolgreiche Revolution zurückblicken oder auf eine starke Arbeiterbewegung bauen können, recht gut. Das Bewußtsein und die Disziplin der Arbeiterklasse lassen ihn als das kleinere Übel erscheinen. Die größeren Übel sind Krieg oder Ausbeutung oder - in Grenzfällen - Knast.

Antisemitismus gegen Datscha: ein polnischer Ringtausch

Dieser Sozialismus nun importiert nach Polen, ins Land der großen abendländischeh Religionen (Katholismus, Nationalismus, Antisemitismus), importiert von den verhaßten russischen Nachbarn: hatte er je eine Chance? Die Arbeiter: umgeschulte Kleinbauern. Die Kleinbauern: bigotte Mini-Unternehmer. Die Intelligenz: pariserisch. Die Idee der Emanzipation: ein Diktat der Besatzer. Und obendrauf: eine kommunistische Partei ohne Basis, eine Karikatur nicht nur der Marxschen, auch der Leninschen Avantgarde.

Eine solche Partei war von Anfang an verlockt, immer den Weg des geringsten Widerstandes zu gehen. Statt den Kampf der Klassen auszukämpfen, mußte sie den nationalen Kompromiß suchen, gesellschaftlich mit den kleinbäuerlichen Massen, ideologisch mit der katholischen Kirche. Und damit hatte sie auch noch Erfolg. Keine kommunistische Partei Osteuropas

stand in den sechziger Jahren bei den eigenen Intellektuellen wie bei denen des westlichen Auslands so hoch im Kurs wie die polnische, die ein nur formal sozialistisches Land nur formal sozialistisch regierte und den lieben Gott einen besonders guten Mann sein ließ, damit dessen Stellvertreter auf Erden ihr nicht ins Geschäft pfuschten.

Wo immer Widerstand aufkeimte, gab die Partei nach, solange nur das friedliche Leben ihres Apparats nicht in Frage gestellt wurde. Antisemitismus gegen Datscha: ein polnisch-bürokratischer Ringtausch. Doch was sich im Ideologischen recht unauffällig treiben ließ, mußte ökonomisch in die Katastrophe führen.

Als Polens wirtschaftliche Entwicklung am Ende der Wiederaufbau-Phase (Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre) zu stagnieren begann, sollte zunächst das System der Planung und Lenkung reformiert werden. Da aber dieses Programm vielen Partei- und Staatsfunktionären große Anstrengungen abverlangt hätte, entschied die Parteiführung, alles beim alten zu lassen und den Lebensstandard durch Auslandskredite zu heben. In der »Frankfurter Rundschau« hat Edward Böhm vorn Hamburger Welt-Wirtschafts-Archiv den Vorgang beschrieben:

Diese Wirtschaftspolitik hatte die Kredite aus dem Westen im Visier. Mit deren Hilfe ist ein enormes Investitionsprogramm eingeleitet worden, das in dem laufenden Fünfjahresplan (1971-71) die polnische Wirtschaft vollständig modernisieren und in dem nächsten Fünfjahrplan (1976-80) durch hohe zusätzliche Exporte aus dem neuen Maschinenpark die Rückzahlung der Kredite gewährleisten sollte ... Es entstand ein Rennen aller Fachministerien, Woiwodschaftssekretäre und Industrievereinigungen nach Zuteilung von Investitionsmitteln, wenn möglich noch dazu aus dem Westen.

In diesem Investitionsboom haben das Rennen nicht die Investoren mit den besten wirtschaftlichen Aussichten gemacht, sondern diejenigen, die einen besseren Kontakt zu der Partei- und Regierungsspitze haben... Daran, daß die importierten Objekte für eine andere wirtschaftliche Umwelt konstruiert worden sind und ihre Importe unter Umständen auch Begleitinvestitionen sowie Importe von Vorprodukten erfordern, wurde selten gedacht.

Vertrauen ist gut, Solidarnosz ist besser

Die polnische Arbeiterklasse, das reale Objekt und nicht einmal ideelle Subjekt dieser Politik, mußte mit Versprechungen und Lohnerhöhungen ruhiggestellt werden. Als dann das Warenangebot viel zu klein war für die auf dem Markt der Konsumgüter umlaufende Geldmenge und die Leute in langen Schlangen vor leeren Geschäften standen, versuchte es die Staatsführung mit einer Preiserhöhung. Doch Unruhen an einigen Orten genügten, den Versuch abzubrechen, und um die Arbeiter zu besänftigen, wurden die Löhne angehoben. Die Mittel dafür mußten im Westen gepumpt werden. 1981 addierten sich Polens Schulden im kapitalistischen Ausland auf 26 Milliarden Dollar-, schon 1980 verschlang der Schuldendienst (Zinsen und Tilgung) 83,2 Prozent des Werts der polnischen Westexporte.

Als einige Mitglieder der polnischen Partei- und Staatsführung 1979 den Zusammenbruch ihrer Politik kommen sahen und das unseriöse Geschäft mit den Westkrediten eindämmen wollten« fanden sie dafür in der Arbeiterklasse keine Basis. Dem Opportunisten glaubt man nicht und wenn er auch die Wahrheit spricht. Die Partei hatte nichts mehr zu verteilen? Gut, dann brauchte man sie nicht mehr, denn daß sie zu etwas anderem taugen könnte, als jedem Maulenden etwas in den Rachen zu stopfen, hatte sie nie bewiesen. Vertrauen ist gut, Solidarnosz ist besser.

Eine Arbeiterklasse, die ihre Korrumpierung nicht länger ertrug, sich von inkompetenten Bonzen um die Früchte ihrer Arbeit gebracht sah und die letzten Reste von Glauben an die Partei, die sich die ihre nannte, verloren hatte, erhob sich. Sie wußte, was sie nicht mehr wollte, nur: was sie wollte, wußte sie nicht so recht. Doch auch dieser Vorwurf trifft weniger die Solidarnosz als jene, die ihre Machtmittel zur politischen Entmündigung der Beherrschten mißbraucht hatten. Wenn Solidarnosz-Führer lieber die päpstlichen Enzykliken lasen als das kommunistische Manifest, wenn sie nationalistische und antikommunistische Phrasen droschen, wenn Walesa aus Polen »ein zweites Japan« machen wollte und wenn die Führer dieser Bewegung aus Mangel an einem Partner, der sich offen und ehrlich gestellt hätte, anstatt alles Mögliche und Unmögliche zu versprechen, nur um es später nicht zu halten, schließlich ein Ende mit Schrecken herbeizusehnen schienen: wessen Schuld war das wohl.

Das Ende war, wie gesagt, weniger schrecklich als alle befürchtet hatten. So aufrichtig, so verzweifelt ehrlich hat sich noch keine polnische Regierung gezeigt wie die diktatorische der Militärs. Wer darin keine Hoffnung sieht, kann für Polen - und für die polnische Arbeiterklasse - keine haben. Es sei denn, jemand rechne damit, daß die Sowjetunion ihren vierundsechzigjahrigen Überlebenskampf durch Suizid beendet.

Noch einmal Antonio Gramsci: »Die Krise besteht genau darin, daß das Alte im Sterben liegt und das Neue nicht geboren werden kann.« Der internationale Kapitalismus steckt seit zehn Jahren in einer Krise, die sich ständig verschärft und deren letzte Zuckungen man kaum noch zyklische Aufschwünge zu nennen wagt. Selbst im Zentrum seines Reichtums, in Westeuropa und den USA , gibt es nun schon 28 Millionen Arbeitslose, und an seiner Peripherie läßt dieses System jedes Jahr 15 Millionen Kinder verhungern.

Ihm hilft nur noch Gewalt, nach innen und außen. Mobile Eingreiftruppen, chemische und bakteriologische Waffen, Atombomben müssen die äußeren Opfer in Schach halten, industrielle Massenverblödung soll Ruhe im Innern schaffen. Je mehr die Realität das System diskreditiert, um so bedingungsloser arbeitet es an der Zerstörung der Alternative.

Es läßt sich nicht leugnen, daß es der Kapitalismus bei der Zerstörung des Sozialismus recht weit gebracht hat. Als die Sowjetunion dem Druck des Kalten Krieges und seinen Rüstungslasten, die allen produktiven Fortschritt auffraßen, entfliehen wollte und eine Politik der »friedlichen Koexistenz« - von Geschäftspartnern - vorschlug, erfanden amerikanische und bundesdeutsche Politiker die »Entspannung« als Decknamen für die Korrumpierung sozialistischer Staaten durch westliches Kapital. Das Ergebnis: Die Anziehungskraft des Sozialismus in Europa ist zu keiner Zeit, nicht einmal zu der Stalins, so drastisch gesunken wie in den Jahren der »Entspannung«. Nur in der Dritten und Vierten Welt, bei den ärmsten Opfern imperialistischer Ausbeutung, gilt Sozialismus noch als die einzige Alternative.

Hätte also die Sowjetunion sich der Entspannungspolitik verweigern, hätte sie die Grenzen dicht machen und auf Autarkie setzen sollen? Wer wollte in Zeiten atomarer Bewaffnung zur Fortführung des Kalten Kriegs raten? Hätten die USA wohl ihre vietnamesischen Kolonie aufgegeben, wenn sie nicht das Geschäft mit dem Osten gelockt hätte? Und wie hätte die Sowjetunion an die Mittel kommen sollen, um der gegen sie gerichteten Rüstung etwas entgegensetzen zu können?

Nein, dem Sozialismus ist nicht mit Empfehlungen an Moskau, Prag, Warschau, Berlin, Budapest oder Sofia, nicht mit dem hundertachtunddreißigsten dritten Weg und nicht mit noch einem Osteuropa-Kommitee zu helfen, sondern nur mit dem Kampf gegen das Alte, das das Neue nicht oder nur verkrüppelt zur Welt kommen lassen will. »Solidarität mit Solidarnosz« hilft der polnischen Arbeiterklasse weniger als die Besetzung der Startbahn West, der Krefelder Appell und jede andere Aktion, die den Kapitalismus trifft.

Pflicht des Revolutionärs ist es, hat mal einer gesagt, die Revolution zu machen. Vom Zugucken und stürmischen Kommentieren der Revolutionen, die andere machen, war nicht die Rede.

Kasten »Sozialistisches Solidaritätslied aus der `Frankfurter Allgemeinen´« auf Seite »8«

Sozialistisches Solidaritätslied aus der »Frankfurter Allgemeinen«

Wolf Biermann

13. Dezember

Es war der Schnee, der Schnee, der Schnee
In dieser Nacht fiel Schnee, General
daß einer den anderen töte
Im Neuschnee blüht das Blut so schön
in seiner lebendigen Röte

Wir hättens wissen müssen
In dieser Nacht fiel Schnee, General
Jaruzelski, mit all deiner List
Jetzt schreit der Schnee die Wahrheit aus
daß du ja der Bluthund bist

Sechs Tage Arbeit
Sechs Tage Streik
Sechs Tage Krieg der Klassen
Am siebten Tage
Ruht Gott sich aus
Jetzt kommt die dunkle Schweigezeit

Und kommt das kalte Hassen
Jetzt kommt zum Hunger
Hilflose Wut
Schuld war
der Schnee, nein
Schuld war
die Nacht, nein
Schuld war
das schuldlose Blut

Und Gott schlief tief in' Sonntag rein
In dieser Nacht fiel Schnee, General
die Reißzähne starren im Rachen
Du machst für die Russen die Dreckarbeit
und *du* mußt den Bluthund machen

Konkret 02/82, S. 11

Winfried Wolf

Pleite und Moral

Polen ist zahlungsunfähig, die polnischen Arbeiter hungern für die westlichen Banken.

GEMESSEN an den Maßstäben einer politischen Moral, die bei anderen (passenderen) Gelegenheiten hervorgekramt wird, hat die Partei- und Staatsbürokratie der Volksrepublik Polen mit dem Militärputsch vom 13. Dezember 1981 ihren *politischen* Bankrott erklärt. Gemessen an den einschlägigen Bestimmungen des internationalen Handelsrechts erlitt die VR Polen mit der Nichtbegleichung ausstehender Zinszahlungen am 31. Dezember den *wirtschaftlichen* Bankrott.

Doch Moral hin, Handelsrecht her - beides wird in Kapital-Kreisen im Westen anders gesehen. Daß dabei das Sein das Bewußtsein, Handel die Moral bestimmt, dürfte spätestens dann deutlich werden, wenn hinzugefügt wird: es geht um 28.500.000 US-Dollar, um runde 65 Milliarden Mark mit denen die VR Polen bei den Westbanken in der Kreide steht; es geht um Soll oder Haben solch riesiger Summen und für einige dieser Banken möglicherweise auch um Sein oder Nichtsein. Dieses 28-Mrd.-Dollar-Argument läßt den 13. und den 3 1. Dezember 1981 in einem völlig anderen Licht erscheinen.

Natürlich, wir reden nicht von den Fassadenklebern und - streichern; nicht von »Bild«, auch nicht von den halbwegs allgemein zugänglichen ersten Seiten der bürgerlichen und liberalen Blätter. Hier ist Polen der Vorwand, um die antikommunistische Sau rauszulassen. Wir reden von den feineren Blättern und den weniger zugänglichen Wirtschaftsseiten der bürgerlichen Zeitungen:

»Niemand im Westen kann jetzt ein Interesse daran haben, die Hilfsmöglichkeiten (für das Polen unter der Militärregierung) drastisch zu beschneiden.« Befand das »Handelsblatt«. »Obwohl man Jaruzelskis Militärputsch nicht zuzustimmen braucht«, so war in der »Zeit« zu lesen, »muß man ihm doch Erfolg wünschen.« Das New Yorker »Wall Street Journal« äußerte sich eine Spur direkter: »Die Mehrheit der Banker ist der Ansicht, daß autoritäre Regierungen eine gute Sache sind, da sie zur Disziplin zwingen. « Und die Londoner »Financial Times« wurde ausgesprochen lyrisch: »Es ist eine Tatsache, daß die « westlichen Regierungen die Ereignisse in Osteuropa nicht bestimmen können und nicht versuchen sollten, dies zu tun. « In den unsterblichen Worten von Fats Waller: »I'll sigh for you (yeah), I'll cry for you (yeah) / I tear the stars down from the sky for you / What more can I say? You want me to rob a bank? / Well, I won't do it! / If this ain't love, it'll have to do ...«

Am 31. Dezember 1981, 24 Uhr, war die Volksrepublik Polen bankrott. Denn sie konnte im letzten Jahr nicht nur die Tilgungsraten der Westschulden nicht begleichen - sie blieb auch den größten Teil der Zinszahlungen schuldig. Die volle Begleichung aller Zinsen war jedoch Voraussetzung dafür, daß die Umschuldungsvereinbarungen von Mitte 1981 Gültigkeit erlangen; der entsprechende Vertrag sollte am 29. Dezember 1981 unterzeichnet werden. Daraus wurde nichts - wenige Tage nach dem Militärputsch ließen die neuen polnischen Machthaber die Westbanker wissen, daß sie auch die ausstehenden 350 Millionen Dollar Zinsen für 1981 nicht begleichen konnten. Damit hätten die Polenkredite, da keine neuen Abmachungen erfolgten, nach internationalem Wirtschaftsrecht, als .»notleidend«, die VR Polen als zahlungsunfähig erklärt werden müssen.

Die kapitalistischen Gläubiger zitterten und zittern, daß auch nur eines der 460 am Polen-Kredit-Geschäft beteiligten Institute die Nerven verliert, seine Kredite für verloren erklärt (abschreibt) und damit Polen offiziell »in Verzug« setzt. Die am Kredit-Clearing beteiligte Wiener *Creditanstalt Bankverein* erließ eigens ein Fernschreiben an die Banker-Kollegen und appellierte an die Solidarität mit den beteiligten Banken, um eine »Kette von Kreditausfällen« zu vermeiden. Da paßt es dann ins Bild, wenn der erste Westemissär der polnischen Putschisten, Rakowski, in der BRD, dem Land mit den größten Osthandelsinteressen und dem stärksten Engagement bei den Polen-Krediten empfangen wird und mit Otto Wolff von Amerongen eine Art TV-Silvesteransprache hält. Man wundert sich auch kaum, daß Dresdner Bank-Chef Friderichs als erste westliche VIP das Polen des Militärrats besucht und man ahnt, daß seine hochnotpeinlichen Fragen dort nicht den Internierten gelten. Schon möglich, daß er gemeint war, als der »Spiegel« einen »Frankfurter Großbankier« wie folgt zu Worte kommen ließ: »So sehr uns Demokraten das Herz blutet, durch den Ausnahmezustand können unsere Kredite nur sicherer und besser werden.«

Daß die Kredite jetzt sicherer sind, ist möglich, jedoch keineswegs gewiß; die Banker jedenfalls hoffen es. Und dies nicht erst seitdem 13. Dezember 1981. »Diesesmal«, so das »Handelsblatt«, »kann sich keine westliche Regierung darauf hinausreden, von den Ereignissen überrascht worden zu sein.« Die Bankiers schon gar nicht.

Schon im November 1981 ließ die polnische Regierung den westlichen Gläubiger-Banken ein Papier zukommen, das dort wie eine Bombe einschlug. Es handelte sich um ein umfassendes, detailliertes Dossier über die polnische Wirtschaft und deren (angebliche) Perspektiven. Experten sind sich einig: noch nie gab ein nicht-kapitalistisches Land freiwillig einen so intimen Einblick in das Innenleben bürokratischer (Miß-)Wirtschaft.

Wie kam es zu dem Gesinnungswandel der bisherigen professionellen Geheimniskrämer? Sollten damit neue Dollar-Milliarden lockergemacht werden? Wohl kaum, denn das Papier malt schwarz in schwarz: Devisenreserven - gleich null; staatliche Industrie - vom Defizit zur Quadratur des Defizits; Staatshaushalt und Zahlungsbilanz - triefend von roter Tinte... Die polnische Partei- und Staatsführung brach damit offensichtlich alle Brücken hinter sich ab und signalisierte den Kurs auf eine direkte Konfrontation mit Solidarnosc.

Das in revolutionärer Gärung befindliche Polen hatte offensichtlich an der Wall Street und beim europäischen Finanzkapital jeden Kredit verloren - bis zum 31. Dezember 1981, als der revolutionäre Prozeß gewaltsam gestoppt, Polen »von straffer Hand« regiert und unter Kriegsrecht gestellt wurde. Jetzt ließ man den 31. Dezember verstreichen, praktizierte die in diesen Kreisen übliche Solidarität, erklärte, daß Zins-Zahlungen auch noch bis Ende des ersten Vierteljahres 1982 als 1981 eingegangen gebucht werden könnten...

Hätten die Banken Ende 1981 ihre Polen-Kredite abschreiben, als Verluste buchen müssen, dann wäre unter den derzeitigen Bedingungen leicht die eine oder andere Bank ins Wanken geraten - und hätte eine Kettenreaktion auslösen können. »Schon der nächste Zahlungsverzug«, warnte der britische Währungswissenschaftler Thomas Balogh, »könnte einen Dominoeffekt auslösen, der dann zu einer Katastrophe führen müßte.«

Daß die Gefahr eines solchen Bankenkrachs in den letzten Jahren enorm zugenommen hat, verdeutlicht folgende Entwicklung: während die Summe der ausstehenden Eurokredite im Zeitraum 1975 bis 1979 um 128 Prozent von 428 auf 979 Milliarden US-Dollar) anstieg, erhöhten sich die Einlagen lediglich um 18 Prozent (von 37,5 auf 44,4 Milliarden US-Dollar). Das Verhältnis der Einlagen zu den vergebenen Krediten von 1: 11 auf 1:22! Die Kombination: internationale Weltwirtschaftsrezession 1980/81/82 plus die Gefahr eines Bankenkrachs drängt Remineszenzen an die Weltwirtschaftskrise 1929 geradezu auf.

Nach den jeweiligen Machtwechseln in Polen, 1956, 1970 und 1980 ließen die neuen Mächtigen jeweils ZK-Resolutionen verabschieden, die die zuvor verantwortlichen als »Kriminelle« und »in Sachen Wirtschaftsplanung Unfähige« abstempelten; nach den Aussagen der »führenden Partei der Arbeiterklasse«, der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP), wurde Polen damit über drei Jahrzehnte lang von »verbrecherischen Elementen« regiert. Die Verschuldung Polens ist zweifellos der Sektor, auf dem dies am deutlichsten demonstriert wird. Sie hat inzwischen solche Ausmaße angenommen, daß sie entweder die Wirtschaft oder das Volk, möglicherweise alle beide erdrosseln muß. Selbst unter optimalen Bedingungen kann Polen inzwischen nicht mehr so viel in den Westen exportieren, wie an Zins und Tilgung pro Jahr bezahlt werden müßte (1981 rund 8 Milliarden Dollar). Von neuen, dringend benötigten Importen - ebenfalls zum Teil Resultat, der an Westtechnologie orientierten Industrialisierungspolitik - ganz zu schweigen .

Nun sind 1981 die West-Exporte auf 5,6 Milliarden Dollar gesunken (z.T. sicher als Resultat der inneren Krise, aber auch als Resultat der kapitalistischen Krise). Die Folge sind neue Kredite und eine nochmals höhere Verschuldung. Die »Umschuldungen« selbst, die im Westen als »Geschenk an die Polen« verkauft werden, sind ebenfalls nichts anderes als neue Kredite: die Stundung von 2,5 Milliarden Dollar Tilgungsleistungen 1981 bis zum Jahr 1985 heißt im Klartext, daß damit Polen ein neuer Kredit über diese Summe gewährt wurde, der zur bisherigen Gesamtschuldensumme von 27 Mrd. Dollar hinzuzurechnen ist und voll verzinst werden muß.

Damit ist ein Teufelskreis beschritten. Für 1982 meldete die polnische Regierung einen Bedarf von 10,5 Milliarden US-Dollar neue Kredite an, wenn die Wirtschaft einigermaßen im Lot gehalten werden soll. US-Banken brachten - nach dem Putsch - die Idee eines »Marshall-Plan« für Polen auf, wobei an 20 Milliarden Dollar neue Kredite gedacht ist.

Wie kann es weitergehen? Im Prinzip gibt es drei Möglichkeiten:

1. Der Teufelskreis wird auf revolutionärem Weg gesprengt, eine souverän herrschende und entscheidende polnische Arbeiterklasse kündigt diese Verträge auf und erklärt sich nur zu solchen Neuabmachungen bereit, die dem polnischen Volk ihren bis 1979 erreichten Lebensstandard und die sozialen Errungenschaften erhalten und deren weiteren Ausbau gestatten. Eine solche Lösung erfordert mehr als den Sieg der Arbeiter in Polen - sie ist nur im Rahmen einer massiven Solidarität der internationalen Arbeiterbewegung vorstellbar.

2. Die polnische Wirtschaft kann im Würgegriff dieser Schulden so aus den Fugen geraten, daß sie entweder im Chaos versinkt oder einer echten Konterrevolution - Wiedererrichtung des Kapitalismus - den Boden bereitet.

3. Das polnische Volk kann von der Militärdiktatur und den Westbanken - einschließlich des Internationalen Währungsfonds! - so in die Zange genommen werden, daß ein beträchtlicher Teil von Zins und Tilgung für die Westbanken buchstäblich mit polnischem Hunger und Elend erwirtschaftet wird. Den Rest soll bei diesem Lösungsmodell die UdSSR beisteuern. Das meint Ronald Reagan, wenn er von der »Verantwortung der UdSSR« für den Putsch in Polen spricht. Der »Daily Telegraph« formulierte am Tag nach dem Putsch unmißverständlich: »Die Banken sind der Überzeugung, daß ihre beste Waffe, um die Polen zu enormen Anstrengungen zu überreden, ihre Wirtschaft in den Griff zu bekommen, in der Drohung liegt, andernfalls jegliche zukünftige Finanzierung für den gesamten Ostblock zu verweigern. Dies hätte für alle betroffenen Länder katastrophale Folgen.«

Gegenwärtig erleben wir den Versuch der Anwendung des Modells Nummer drei: Kriegsrecht, Ausschaltung aller elementaren demokratischen Rechte, massive Preiserhöhungen, noch knappere Rationierung, verlängerte Arbeitszeit und Anordnung von Arbeitszwang, Abwertung des Zloty... während gleichzeitig die UdSSR auf den internationalen Gold- und Währungsmärkten aktiv ist, und offensichtlich für einen Teil der ausstehenden polnischen Zinszahlungen aufkommen wird.

Ob der Rubel tatsächlich von Moskau nach Warschau rollt und letztlich in New Yorker und Frankfurter Kassen klingeln wird, ob die Realisierung dieses Modells realistisch ist, ist eine andere Frage. Sicher ist, daß man hierauf in Moskau, Warschau *und im Westen* setzt.

Geld stinkt nicht; Kredite verbreiten, gleichgültig wie und aus wem ihre Rückzahlung und Verzinsung herausgepreßt wird, in den Finanzzentren des Kapitalismus Wohlgeruch und Wohlgefallen. Die private Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel Osteuropas, der UdSSR oder VR China mag man verloren haben - »der Kredit bietet dem Kapitalisten« jedoch , so schon Karl Marx, »eine innerhalb gewissen Schranken absolute Verfügungsgewalt über fremde Arbeit.«

Konkret 02/82, S. 12

Winfried Thomsen

Radikalauer

Auch in diesem Jahr, sagt Helmut Schmidt, wachsen die Bäume nicht in den Himmel. Vorher werden sie abgeholzt.

Polnische Zustände: 1,7 Millionen Deutsche bleiben ihren Arbeitsplätzen aus Protest gegen das Schmidt-Regime fern.

Jeder Mensch braucht mal einen Raketenwechsel.

Gegen eine kleine Spende bestätigt Graf Lambsdorff gern, daß er nicht korrupt ist.

Pluralismus in Washington. Die Regierung hat acht verschiedene Meinungen, und alle falsch.

Bei Hoechst und Bayer ist alles im Fluß.

Die CSU macht ihre Klausurtagungen in Kreuth, um überflüssiges Gehirn abzutrainieren, also Wehrsport.

Alle reden vom Weltuntergang. Der bringt uns auch nicht weiter.

Was ist Fallout? Saurer Reagan.

Eine SPD ohne Börner ist wie ein Wald ohne Startbahn.

Der Berliner Senat ist nicht kopflos. Er hat vielmehr eine Abrißbirne.

Warum darf sich Strauß ohne Strafe des Parteiausschlusses mit Breschnew treffen? Entweder ist der kein Kommunist oder Strauß kein Friedensforscher.

Die Bundeswehr sichert den Frieden? Richtig, als wir sie noch nicht hatten, wurden wir dauernd überfallen.

Aus dem Geschichtsbuch: Die USA traten immer auf die Seite der Unterdrückten. Oft aber auch auf den Bauch.

Konkret 02/82, S. 14

Günter Neuberger

Nikaragua: Falkenauge ist wachsam

US-Manöver an den Grenzen, Interventionsdrohungen und CIA-Kampagnen, Kapitalflucht und Investitionsboykott: im befreiten Nikaragua exerzieren die ansässige Bourgeoisie und ihre Washingtoner Freunde das Repertoire der Konterrevolution. Günter Neuberger war vor Ort.

MITTELAMERIKA ist der Hinterhof der USA. So steht es - ohne Gänsefüßchen - immer wieder in den großen Zeitungen, die in Washington, New York oder Los Angeles erscheinen. Im Hinterhof deponieren die Leute aus dem feinen Vorderhaus ihren Abfall und mokieren sich über den Gestank. Und wenn die schmuddeligen Armeleutekinder einmal zu viel Krach machen und die feinen Leute stören, dann kommt der Hausmeister, greift sich einen beim Ohr und haut ihm eine runter. Mit aller Strenge wird darauf geachtet, daß die Miete gezahlt wird, pünktlich und ohne, Abzug.

Hausbesitzer Ronald Reagan sieht die Hausordnung in Gefahr. Die Armeleutekinder Nikaraguas haben angefangen, ihre Ecke des Hinterhofs aufzuräumen, sie wollen seinen Abfall nicht mehr und auch keine überhöhten Mieten mehr bezahlen. Und Somoza, den Kalfaktor haben sie davongejagt.

Derartige Verstöße müssen bestraft werden. Im März dieses Jahres stellten die USA ihre Wirtschaftshilfe ein - unter dem Vorwand, Nikaragua sei ein Umschlagplatz für sowjetische und kubanische Waffenlieferungen an die Befreiungsbewegung EI Salvadors. Außenminister Haig läßt keinen Zweifel daran, daß die USA »ein zweites Kuba« nicht dulden würden und schließt auch den Einsatz militärischer Mittel gegen Nikaragua nicht aus.

Anfang Oktober bekräftigten die USA ihre Interventionsdrohungen: In Honduras, unmittelbar an der Grenze zu Nikaragua, fand ein gemeinsames Manöver von Truppen aus den USA und Honduras statt. »Halcón Vista« (zu deutsch etwa »Falkenauge«) war die unmißverständliche Bezeichnung für diese Provokation, an der alle Waffengattungen beteiligt waren. In ganz Mittelamerika hielt man den Atem an. Würde man es bei der Provokation belassen? Oder war »Halcón Vista« der Auftakt für eine militärische Unterwerfung Nikaraguas?

Die Sandinisten antworteten auf ihre Weise. Sie riefen die Bevölkerung zur »nationalen Mobilisierung« - eine Woche lang: heute in dieser, morgen in jener Stadt, am 13. Oktober schließlich im ganzen Land: Es marschierte die Armee, gut 40 000 Mann stark; es marschierten die Milizen, in ihren Reihen jung und alt; und wer nicht marschierte, der schaute vom Straßenrand aus zu. Und abends eine breite Berichterstattung im Fernsehen: marschierende Kolonnen, bisweilen minutenlang ohne Kommentar. Zwei Millionen sollen während der Mobilisierung insgesamt auf den Beinen gewesen sein - 80 Prozent der Bevölkerung.

»Über die Souveränität eines Landes diskutiert man nicht, man verteidigt sie mit der Waffe in der Hand!« Dieser Satz, immer wieder skandiert oder auf Spruchbändern gezeigt, stammt von General Augusto C. Sandino, der die US-amerikanischen Besatzer und ihre Quislinge in den zwanziger Jahren mit seiner Armee das Fürchten lehrte. Am 21. Februar 1934 meuchelte ihn die Nationalgarde Anastasio Somozas, die mit Geldern aus den USA aufgestellt worden war. Mehr als 45 Jahre sollten vergehen, bevor am 19. Juli 1979 der Sieg der sandinistischen Revolution dem Foltern und Morden der Nationalgarde ein Ende setzen würde.

Noch nicht alle scheinen sich mit dieser Tatsache abgefunden zu haben. Versprengte Nationalgardisten flohen nach Honduras, reorganisierten sich dort mit Hilfe von CIA-Geldern und verüben seither Terroranschläge und Sabotageakte im nördlichen Grenzgebiet von Nikaragua. Erst im Oktober fielen ihnen zwei kubanische Lehrer zum Opfer, die dort ihren Beitrag zur Alphabetisierung leisteten. Leider konnten nicht alle Täter von Einheiten der Miliz ergriffen werden.

Die nationale Mobilisierung war nötig - nicht nur, um der Reagan-Administration vor Augen zu führen, daß eine militärische Invasion viele Menschenleben kosten würde, auch auf Seiten der US-Truppen. Sie war auch wichtig mit Blick auf die innere Situation des Landes, die sich, vor allem im ökonomischen Bereich, drastisch verschärft hat.

Am 9. September rief die Regierung den »wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Notstand« aus und verkündete einen Katalog von einschneidenden Maßnahmen, um die Wirtschaft des Landes vor dem Ruin zu bewahren - oder richtiger, um die Wirtschaft nicht noch tiefer in den Ruin stürzen zu lassen.

Managua, die Hauptstadt Nikaraguas, ist ein erschütterndes Symbol für das, was die Sandinisten nach ihrem Sieg vorfanden. Am Tag nach meiner Ankunft machte ich eine Stadtrundfahrt. Doch das, was ich da sah, war keine Stadt. Es war eine riesige Fläche Brachland, durchzogen von einem Gitternetz notdürftig asphaltierter Wege, bedeckt mit wild wucherndem Unkraut und Gebüsch. Dazwischen Ansammlungen von Elendshütten, auf festgestampftem Lehm errichtet aus Brettern, Pappe, Wellblech, Plastikfolie. Und überall stinkender modernder Abfall, von räudigen Hunden und halbwilden Schweinen nach Freßbarem durchwühlt. Mittendrin spielen Kinder, manche in Lumpen, manche nackt. Sie

kreischen, lachen und tollen wie auf einem unserer Abenteuerspielplätze, wo jeder 50 Mark zahlen muß, der seinen Hund in den Sandkasten pinkeln läßt.

1972 war das verheerende Erdbeben, das Managua in Schutt und Asche legte. Die Hilfsgelder, die für den Wiederaufbau aus dem Ausland kamen, flossen in Somozas Taschen. Dann kam der Bürgerkrieg, und Somoza ließ die Elendshütten bombardieren, in denen er zu Recht die Sandinisten und ihre Sympathisanten vermutete. Doch diese Menschen hatten nichts zu verlieren, und darum haben sie gewonnen. Unter Somoza fielen die US-Konzerne gemeinsam mit den einheimischen Oligarchien wie die Moskitos über Nikaragua her, sogen sich voll und schwirrten dann wieder ab.

Im Nordosten des Landes, etwa 30 Kilometer von der Grenze zu Honduras entfernt, liegt mitten im Busch eine Fabrik - ATCHEMCO *(Atlantik Chemical Corporation).* Dort wurden seit 1965 aus Pinienwurzeln Öl und Harz gewonnen, begehrte Grundstoffe für Kosmetik und Reinigungsmittel. Die Profite teilten sich Anteilseigner aus Nikaragua und den USA. Weil man nicht daran gedacht hatte, die abgeholzten Pinienwälder wieder aufzuforsten, wurden die Transportwege immer länger, die Rohstoffkosten höher, die Profite geringer. 1976 wurde die Produktion gedrosselt, wurden Anlagen demontiert, wurde nach und nach das Kapital außer Landes gebracht. Ein Großbrand im Jahre 1978 brachte dann die Produktion vollends zum Erliegen und ein ansehnliches Sümmchen von der Feuerversicherung in die Taschen der Aktionäre.

ATCHEMCO ist kein Einzelfall »1975/76 hat der private Sektor aufgehört zu investieren«, erklärte Planungsminister Xabier Gorostiaga. »Davor machten die Privatinvestitionen 85 Prozent der Gesamtinvestitionen auf. Heute muß der öffentliche Sektor 85 Prozent investieren, was unmöglich ist, da er nur 20 bis 25 Prozent der materiellen Produktion kontrolliert.« Investitionsboykott, Kapitalflucht - 1980/81 allein etwa 140 Millionen US-Dollar - und die ausbleibende Wirtschaftshilfe aus den USA sind die Hauptursachen für die äußerst kritische Situation des Landes.

Die Sandinisten wollen eine gemischte Wirtschaftsordnung. Ein öffentlicher und ein privater Sektor sollen nebeneinander existieren, und den Privatunternehmern wird ein angemessener Gewinn zugestanden. »Aber«, so Minister Gorostiaga, »wenn diese gemischte Planwirtschaft nicht funktioniert, weil der private Sektor nicht kooperiert, dann wird diese Revolution Maßnahmen ergreifen, um sicherzustellen, daß diese Wirtschaft im Interesse der Mehrheit arbeitet. «

Und was verlangt die Regierung von den Unternehmern? »Sie müssen investieren. Sie müssen produzieren. Sie werden einen angemessenen Gewinn erhalten. Aber Sie können nicht dekapitalisieren, denn wenn Sie dekapitalisieren, wird Ihre Firma verstaatlicht.« Gorostiaga, ein Jesuitenpater übrigens, läßt auch keinen Zweifel daran, daß die Regierung auf Verstöße gegen die gesetzlich festgelegten »Spielregeln« mit Sanktionen antworten wird.

Prominentestes Opfer staatlicher Sanktionen war bislang kein Unternehmer, sondern *»La Prensa«.* Die älteste und auflagenstärkste Tageszeitung des Landes hat eine auf den ersten Blick rätselhafte Entwicklung hinter sich. Unter dem Somoza-Regime war *»La Prensa«* das Oppositionsblatt, und ihr ehemaliger Herausgeber, Pedro Joaquin Chamorro, mußte dafür mit seinem Leben bezahlen. Auch *»La Prensa«* begrüßte zunächst die Revolution, machte aber wenig später eine grundlegende Kehrtwende und ist nun wieder in der Opposition - gegen die Sandinisten.

»Es ist klar, daß die CIA noch eine Menge tun kann.«

»'La Prensa' ist das Sprachrohr der wenigen ökonomisch mächtigen Oligarchen im Lande, die sich an den Verlust der politischen Macht nicht gewöhnen können.« Diese Einschätzung stammt von einem Zeugen, der über den Verdacht, sandinistische Propaganda zu verbreiten, hoch erhaben ist: vom Pressereferenten in der BRD-Botschaft in Managua, Herrn Fleischmann, der Nikaragua auf dem direkten Weg in den totalitären Gulag wähnt.

»La Prensa« ist vier- oder fünfmal für einige Tage dichtgemacht worden, eine Maßnahme, die das Gesetz über den ökonomischen Notstand für die Verbreitung irreführender Informationen auf dem wirtschaftlichen Sektor vorsieht. Für mich als Außenstehender war es äußerst schwierig zu beurteilen, ob die Schließungen gerechtfertigt waren, zumal *»La Prensa«* während meines Aufenthalts in Managua ohne Unterbrechung erscheinen konnte. Das heißt nicht, daß das Blatt während dieser Zeit nicht manipuliert hat. Im Gegenteil. Die gesamte Woche der nationalen Mobilisierung schlug sich in *»La Prensa«* mit keiner einzigen Silbe nieder! Stattdessen - beispielsweise - auf der letzten Seite ein Mehrspalter über die Jungfrau Maria, die vor Jahresfrist irgendeinem alten Mann irgendwo in Nikaragua erschienen sein soll.

»La Prensa« manipuliert nicht subtil, sondern so offensichtlich, daß man sich unwillkürlich fragt: Legen sie es drauf an, daß ihr Laden dichtgemacht wird? Daß die westliche Presse über die Sandinisten herfällt und ihnen vorwirft, Pressefreiheit, Pluralismus, Menschenrechte zu verletzen? Daß westliche Regierungen - wie jüngst die Bundesregierung in Bonn - unter Verweis auf Menschenrechtsverletzungen mit der Einstellung der Entwicklungshilfe drohen können?

Ein ähnlicher Mechanismus wird von linksaußen in Gang gesetzt, von einer Sekte, die sich »Kommunistische Partei Nikaraguas« (PCN) nennt, und der ihr nahestehenden Gewerkschaft CAUS. Für die Dauer des ökonomischen Notstands ist das Streikrecht aufgehoben. Bei nüchterner Betrachtungsweise ist diese Maßnahme mehr als einleuchtend, denn in

Nikaragua gibt es viel zu erarbeiten, aber nichts zu erstreiken. PCN und CAUS verstoßen ständig und ostentativ gegen diese Bestimmung, inszenieren Streiks und wilde Landnahmen und stellen heute Forderungen, die die Revolution frühestens übermorgen erfüllen kann. Auch hier die Frage: Soll jenen, die sich sonst um die Rechte von Kommunisten - oder was sie dafür halten - einen Dreck scheren, ein Vorwand geliefert werden, über die Abschaffung des Streikrechts durch die Sandinisten zu lamentieren? Ein weiterer Beitrag zum Thema »Menschenrechte«?

Um die Menschenrechte in Nikaragua steht's tatsächlich nicht gut. Es wird noch lange dauern und großer Anstrengungen bedürfen, bis das Recht auf Arbeit, auf menschenwürdiges Wohnen, auf Kleidung und Essen für alle durchsetzbar ist. Einiges hat sich schon getan, und eine der herausragendsten Leistungen ist die faktische Beseitigung des Analphabetismus in einem Zeitraum von nur zwei Jahren. Für weitere Fortschritte braucht das Land vor allem Ruhe. Das wissen auch Reagan und Haig und tun daher alles, um Unruhe zu stiften. In diesem Zusammenhang muß natürlich auch von der CIA gesprochen werden.

Das tat Philip Agee, ehemaliger Agent des US-Geheimdienstes, als er im Oktober in Nikaragua war. Er sprach mit Regierungsmitgliedern, führenden Vertretern der sandinistischen Front und auf zahlreichen Versammlungen zu Gewerkschaftern, Jugendund Studentenorganisationen, Milizen, um ihnen die Praktiken des CIA zu erläutern. Es gebe viele Anzeichen dafür, daß die CIA versuche, den revolutionären Prozeß in Nikaragua zu unterwandern. *»La Prensa«,* so Agee, sei eine »Karikatur der grobschlächtigen antikommunistischen Propaganda«, wie sie in den fünfziger und sechziger Jahren, als er noch in der CIA war, von der Agency finanziert worden sei. Er warnte von dem *American Institute for Free Labor Development* (AIFLD), das von der CIA von jeher zur Unterwanderung der Gewerkschaften in Lateinamerika benutzt worden sei und immer noch auffällige Aktivitäten entfalte.

Die Muster sind nicht neu, die Parallelen verblüffend. Auch der Episkopat von Nikaragua, an seiner Spitze Obando y Bravo, der Erzbischof von Managua, steht unerschütterlich in der Tradition der lateinamerikanischen Kirchenhierarchie, gegen alles, was nach Fortschritt aussieht, in Nikaragua also gegen die Sandinisten.

Im vergangenen Jahr versuchten die Bischöfe, die vier katholischen Priester zur Demission zu bewegen. Sogar der Vatikan wurde mit der Sache beschäftigt, drückte sich aber um eine Entscheidung. Die Priester sind immer noch Mitglieder der Regierung, vor allem wegen der breiten Solidarität, die ihnen aus der Bevölkerung zuteil wurde. Doch die Bischöfe haben sich eine neue Zielscheibe ausgesucht, die *Comunidades de Base,* katholische Kirchengemeinden, die sich aus christlicher Überzeugung zur sandinistischen Revolution bekennen. Mit theologischen Klopffechtereien, die nur notdürftig über die eigentlichen Absichten hinwegtäusehen können, soll ein Keil zwischen die Sandinisten und die *Comunidades de Base* getrieben werden, bislang freilich ohne Erfolg.

Agee glaubt dabei nicht an Zufälle. »Als ich noch in der CIA war, da haben wir ganz zielbewußt konterrevolutionäre Kräfte im katholischen Klerus gefördert.« Er zeigte sich beeindruckt von der Wachsamkeit, die allenthalben anzutreffen sei, fügte jedoch einschränkend hinzu: »Es ist klar, daß die CIA noch eine Menge tun kann, um hier in Nikaragua Probleme zu schaffen.«

Wie es weitergeht, wie sich die USA Nikaragua gegenüber verhalten werden, das dürfte in erster Linie von der Entwicklung in EI Salvador abhängen. Sollte sich dort das Blatt zuungunsten des Duarte-Regimes wenden, so muß mit dem Schlimmsten gerechnet werden.

Konkret 02/82, S. 18

Otto Köhler

Der häßliche Deutsche: Sektion Hygiene - eine Karriere

Früher impfte Dr. Gerhard Rose KZ-Häftlinge mit Fleckfieber-Erregern. Wer heute daran erinnert, dem droht er mit dem Gericht. Denn Rose ist ein angesehner Mann, mit Ehren überhäuft, auch mit einer Medaille für seine Arbeit unter den Nazis.

ES war im Mai 1943 in der Militärärztlichen Akademie zu Berlin auf der 3. Arbeitstagung der Beratenden Ärzte der Wehrmacht der Sektion Hygiene. SS-Hauptsturmführer Dr.med. Ding-Schuler, Lagerarzt im KZ Buchenwald, berichtete seinen aufmerksam lauschenden Kollegen Militärmedizinern über den Erfolg seiner Fleckfieberexperimente an ausgewählten Versuchspersonen.

Da geschah etwas - muß jedenfalls nach den Aussagen von Zeugen geschehen sein - was den Teilnehmern völlig ungewöhnlich erschien. Der 42jährige Oberstarzt Professor Dr. Gerhard Rose erhob sich und erklärte vor der Versammlung seinen Einspruch gegen diese Art der Humanversuche. In »ziemlich scharfen Worten«, so erinnerte sich später der Tübinger Tropenmediziner Felix Höring, habe Rose darauf hingewiesen, daß ein »derartiges Vorgehen« eine »außerordentlich ernste Sache« sei. Es habe sich um einen »Zwischenfall mit beinahe - man kann sagen - sensationellem Charakter« gehandelt.

Und ein anderer Militärarzt, Professor Walter Schnell, erklärte später an Eides Statt: »Rose hatte bei dieser Ablehnung unser aller lebhafte Sympathie für sich, als im wechselseitigen Befragen daraufhin zwischen den Teilnehmern der Sitzung leise getuschelt wurde, daß es sich hierbei wohl um Konzentrationslagerversuche gehandelt habe.«

SS-Arzt Ding-Schule verteidigte seine Experimente. Professor Höring: »Er gab zu, daß es sich um Menschenversuche handle, aber die Versuchspersonen seien ausschließlich zum Tode verurteilte Verbrecher gewesen. Prof. Rose antwortete darauf noch einmal, das ändere an seiner Kritik nichts - es drehe sich hier um eine grundsätzliche Frage. Daraufhin wurde die Diskussion aber dann ziemlich plötzlich von Prof. Schreiber abgebrochen.«

Tagungsleiter Schreiber - nach Roses Erinnerung: »Er müsse gegen die von nur geübte Kritik protestieren, wenn die Herren sich über grundsätzlich ethische Fragen unterhalten wollten, dann könnten wir das während der Pause tun.«

Eines der Pausengespräche fand mit dem SS-Oberführer Professor Joachim Mrugowsky statt - wir müssen uns seinen Namen merken, denn aus bestimmten Gründen lebt er nicht mehr. Dieser Chef des Hygiene-Instituts der Waffen-SS und Oberste Hygieniker ging auf Kollege Rose zu und schloß sich ganz persönlich seiner Meinung an. Ding-Schuler, so bekundete Mrugowsky später, »war hinterher sehr aufgeregt, und zwar tagelang darüber aufgeregt« über den Oberstarzt Gerhard Rose.

Gut 38 Jahre später schreibt der pensionierte Generalarzt Prof.med. Gerhard Rose - wie schon so oft - seinem Leibblatt, der »Frankfurter Allgemeinen«, einen Brief, aus dem hervorgeht, wie ruhig er aus besonderem Grund schläft. Bekannt sei, so heißt es in dem am 31. August 1981 veröffentlichten Rose-Brief, welche Bedeutung der Leninismus den »nützlichen Idioten« zuschreibe: »Daß man sich in Moskau sorgt, die unter größter Einschränkung des Lebensstandards errungene militärische Überlegenheit wieder zu verlieren, ist verständlich. Aber was haben wir Deutsche - Jusos und Judos gerne ausgenommen - eigentlich für einen Grund zu jammern, daß die Verteidigungskraft unserer Schutzmacht so gestärkt wird, daß wir trotz der fortbestehenden Bedrohung wieder etwas ruhiger schlafen können.«

Als er dies las, schrieb der Hamburger Rechtsanwalt Heinrich Senfft dem ihm bekannten Mitherausgeber der »Frankfurter Allgemeinen« Joachim C. Fest einen Brief: »Ob nun freilich der Professor Dr.med. Gerhard Rose der richtige Mann ist, seine Stimme als Leserbriefschreiber in der »FAZ« zu erheben, ist denn doch sehr die Frage. Ich muß Ihnen nicht sagen, wer der durch seine Menschenversuche während der Nazi-Zeit bekannt gewordene Herr Rose ist.«

Hitler-Spezialist Fest druckte den Senfft-Brief und danach eine »Gegendarstellung« des Professor Rose: »Ich habe niemals Menschenversuche durchgeführt. Vielmehr habe ich gegenüber dem damaligen Staatssekretär im Innenministerium und dem damaligen Präsidenten des Robert-Koch-Institutes und anläßlich einer wehrmedizinischen Tagung im Mai 1943 meine medizinischen und ethischen Bedenken geäußert.« Und im übrigen habe ihn die Bundesdisziplinarkammer 1960 freigesprochen.

Zugleich forderte Roses Hamburger Rechtsanwalt Otto C. Hartmann seinen Kollegen Senfft auf, »es zu unterlassen, zu behaupten oder zu verbreiten bzw. behaupten oder verbreiten zu lassen, Herr Prof.Dr. Rose sei durch seine Menschenversuche während der Nazi-Zeit bekannt geworden«. Falls Kollege Senfft eine solche strafbewehrte Unterlassungserklärung - wie sie auch schon die »FAZ« abgegeben habe - nicht bis zum 2. November 1981 liefere, werde er seinem Mandanten empfehlen, »gerichtliche Hilfe« in Anspruch zu nehmen.

Der November verging, Senfft unterwarf sich nicht, Rose aber klagte nicht. Nur die »FAZ« druckte am 30. 11. den Leserbrief eines Regierungspräsidenten a.D. Dr.jur. Otto Müller-Haccius aus Hameln - nicht weit von Roses Wohnsitz

Obernkirchen: Bei dem Ansehen, das die »FAZ« weltweit genieße, wirke es befremdend, daß sie den Senfft-Brief mit der »Verleumdung« Roses gedruckt habe, der doch immerhin »in den Vorstand beziehungsweise den Aufsichtsrat deutscher und ausländischer Gesellschaften berufen wurde« und ein »Wissenschaftler von internationalem Rang« sei.

Senfft schlug zurück. Auf seinen Antrag erließ das Landgericht Hamburg eine einstweilige Verfügung, die es der »Frankfurter Allgemeinen« verbietet, über Senffts Leserbrief zu behaupten oder behaupten zu lassen, er enthalte »beleidigende und wahrheitswidrige Behauptungen«. So sitzt die »FAZ« heute fest und unbeweglich zwischen ihren Lesern Senfft und Rose. Dem Generalarzt hat sie sich juristisch verpflichtet, nie mehr zu verbreiten, er sei durch seine Menschenversuche während der Nazi-Zeit bekannt geworden. Wenn sie jedoch verbreitet, Senffts Behauptung über Roses Menschenversuche während der Nazi-Zeit sei wahrheitswidrig und beleidigend, dann muß sie eine Ordnungsstrafe bis zu 500.000 Mark oder Ordnungshaft bis zu zwei Jahre auf sich nehmen. Und das geschieht diesem Blatt für die Gebildeten aller Stände recht, das immer dann wohltätige Diskretion walten läßt, wenn die NS-Vergangenheit in unsere Gegenwart hineinragt.

Gerhard Rose, 1947 in Nürnberg vom Militärgerichtshof jener USA, die ihn heute so ruhig schlafen lassen, wegen Kriegsverbrechen und Verbrechens gegen die Menschlichkeit zu lebenslänglicher Haft verurteilt, gehört nicht zu den gewöhnlichen Medizin-Monstern des Nazi-Regimes. Von dem SS-Anatomen August Hirt beispielsweise, der sich über hundert jüdische Häftlinge aus Auschwitz kommen und für seine Schädelsammlung von »Untermenschen« töten ließ, unterscheidet sich Gerhard Rose durch die Anwendung eines beschränkten Arsenals ethischer Grundsätze bei der Ausübung seiner Verbrechen.

Schon im ersten Satz seines ersten Buches »Krieg nach dem Kriege«, das er . als 24jähriger schrieb, steckt der ganze Rose in seinem Widerspruch, seiner moralischen Schizophrenie. Was 1918 zu Ende ging, nennt er dort den »gewaltigen Krieg, der vier Jahre lang mit Not und Elend, aber auch mit Ruhm und gewaltigen Taten die Welt erfüllt hatte«.

Er kam in dieser Welt herum. Von 1929 bis 1936 war er Gesundheitsberater bei der Nationalregierung in China. Nach seiner Rückkehr wurde er Direktor der Tropenmedizinischen Abteilung am Robert-Koch-Institut in Berlin und - als der Krieg ausgebrochen war - beratender Hygieniker beim Chef des Sanitätswesens der Luftwaffe.

Sein großer ethischer Auftritt gegen den SS-Arzt Ding-Schuler, wie er 1942/3 aus der Militärärztlichen Akademie bekundet wurde, scheint nicht der erste gewesen zu sein. Bereits Anfang März 1942 will er bei seinem Institutschef Professor Eugen Gildemeister gegen Ding-Schulers Menschenversuche in Buchenwald protestiert haben. Rose: »Prof. Gildemeister sagte, daß die Versuche an zum Tode verurteilten Verbrechern durchgeführt werden sollten. Ich war von dieser Mitteilung sehr überrascht und äußerte mich impulsiv ablehnend zu diesen Plänen. Ich gab meiner Ansicht Ausdruck, daß diese Planung gegen die Überlieferung bei der Prüfung von Impfverfahren verstoße. Ich bemerkte noch unwillig, wenn dieses Verfahren Schule mache, könnten wir ja die ganze Immunitätslehre an den Scharfrichter abtreten und nächstens eine Scharfrichterschule am Institut aufmachen.«

Gildemeister reiste mit Rose nach Buchenwald, und beide besichtigten den Menschenversuchsbetrieb. Danach suchte Rose den Staatssekretär Conti im Gesundheitsministerium auf, mußte sich aber von ihm belehren lassen: »Er sei genausogut Arzt wie ich und achte den Wert des Menschenlebens ebenso, aber in Kriegszeiten, wo Millionen der Besten und völlig Unschuldige ihr Leben opfern müßten, müsse man auch vom Gemeinschaftsschädling seinen Beitrag zum allgemeinen Wohl fordern.« Rose sah diese Gewissensgründe des NS-Gewaltigen schließlich ein und bekannte später vor Gericht reumütig, daß er mit seinen vorschnellen Zweifeln an der Notwendigkeit von Menschenversuchen »Unrecht« hatte.

Allerdings mußte er sich in Nürnberg der Frage stellen, ob er sich nie Gedanken darüber gemacht habe, woher denn eine so große Zahl von zum Tode Verurteilten (150 Versuchspersonen) komme. Rose: »Mir ist damals die Mitteilung von einer Stelle gemacht worden, die mir absolut glaubwürdig erschien.« Wegen der hohen Zahl habe er sich nicht gewundert, weil wegen der »verschiedenen Sondergesetze« viele Handlungen mit dem Tode bestraft wurden: »Verbrechen unter Ausnutzung der Dunkelheit, Lebensmittelschiebungen größeren Umfangs, schwere Fälle von Schwarzschlachtungen, Plünderung bei Fliegerangriffen, Kriegsdienstverweigerung, Spionage und was weiß ich noch alles.«

Sechs Monate nachdem Rose bei der Militärärztetagung noch einmal unbeherrscht und emotional gegen Dr. Ding-Schulers Menschenversuche aufbegehrt hatte, schrieb er am 2.12.1943 an den Leiter des Hygiene-Instituts der Waffen-SS, Standartenführer Dr, Mrugowsky - denselben, den wir uns merken wollten, weil er für Roses Protest Sympathie bekundete. Den »se r Verehrten« - Mrugowsky wurde 1947 in Nürnberg wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit gehängt - fragte Rose, ob er einen neuen Fleckfieberimpfstoff »in der Versuchsanordnung von Ihnen und Ding in Buchenwald« an lebenden Menschen erproben könne. Die Antwort war positiv, wie auch Dr. Dings Buchenwalder Stationstagebuch zeigte: »8.3.44 bis 18.3.44: Auf Anregung von Herrn Oberstarzt der Luftwaffe Prof. Rose wurde der Impfstoff 'Kopenhagen' auf seine Schutzwirkung am Menschen geprüft«. 30 Personen wurden künstlich infiziert. Ergebnis: sechs Todesfälle - drei von den »Kopenhagen«-Geimpften und drei von der Kontrollgruppe.

Noch vor dem Gericht in Nürnberg war Rose aus standes-ethischen Gründen mit diesem Ergebnis zufrieden: »Vom Standpunkt meiner Verantwortung als Hygieniker aus gesehen, würde natürlich die Verantwortung für die Taten, die infolge der Anwendung eines von mir empfohlenen, aber in Wirklichkeit unbrauchbaren Impfstoffes gestorben wären, wesentlich schwerer auf mir lasten, zumal es sich ja um wesentlich größere Zahlen handeln würde als der Anteil an der Verantwortung, den mir ein Gericht zuschreiben kann, dafür, daß dieser Versuch genehmigt worden und durchgeführt worden ist an Personen, die in ordnungsgemäßer Weise von den zuständigen staatlichen Stellen bestimmt worden sind.«

Die sechs ordnungsgemäß Ermordeten dürfen für sich das bleibende Verdienst in Anspruch nehmen, noch heute für einen guten Schlaf des Professors zu sorgen.

Rose vor Gericht: »Also steht jedenfalls das eine fest, daß die Opfer dieser Buchenwalder Fleckfieber-Impfstoffe wenigstens nicht umsonst gelitten haben und umsonst gestorben sind.«

Es blieb nicht bei diesen sechs Opfern von Roses Forschungsdrang. Der Professor nahm Kontakt auf zu seinem Kollegen Eugen Haagen, der zusammen mit dem Straßburger SS-Anatom August Hirt im KZ Natzweiler an Menschen experimentierte.

Schrieb Haagen dem »lieben Herrn« Rose: »Ich hatte vor einiger Zeit in einem hiesigen KZ 100 Personen zur Schutzimpfung und Nachinfektion zur Verfügung gestellt erhalten. Leider waren die Menschen in einem derartig reduzierten Zustand, daß schon 18 auf dem Transport gestorben waren: der Rest war ebenfalls so jämmerlich, daß er für Impfzwecke nicht verwertet werden konnte. Ich habe nunmehr das Hauptamt der SS nochmals um Überlassung von 100 Personen gebeten, die sich aber in einem normalen Gesundheits- und Ernährungszustand befinden sollen, damit die Versuche an einem Material erfolgen, das unseren Soldaten physisch annähernd entspricht.«

Antwortete Rose hocherfreut dem »lieben Herrn« Haagen: »Besten Dank für Ihren Brief vom 8.12. Ich halte es für unzweckmäßig, daß neben dem von Ihnen bereits gestellten Antrag ein erneuter Sonderantrag beim SS-Hauptamt gestellt wird. Ich bitte Sie, bei der Beschaffung der Impflinge für Ihren Versuch von vornherein eine entsprechende Anzahl Impflinge für den Kopenhagener Impfstoff miteinzusetzen.«

In Nürnberg bekannte Rose ehrlich und offen, ihm sei es so gegangen wie einem Juristen, der grundsätzlich »Gegner des Todesurteils« ist. Wenn er sich mit dieser Auffassung nicht durchsetze, könne er durch die Umstände gezwungen sein, selbst einmal ein Todesurteil auszusprechen. Für den Hygieniker gab es nun einmal Einrichtungen für Menschenversuche. Rose: »Also diese Einrichtungen bestanden in Deutschland und wurden vom Staat gebilligt und gedeckt.«

Obwohl er sie nutzte, war er grundsätzlich dagegen: »Ich bin ja jetzt bei der ethischen Seite. Ich fürchtete eben, wenn einmal beim Fleckfieber-Impfstoff der Anfang gemacht worden ist mit dieser Methode, daß dann sehr bald die Forderung kommen würde, es bei andern Impfstoffen oder bei anderen Problemen genauso zu machen. Ich bin ja doch Fachmann und kenne dieses Problem genau genug, und weiß, was für ungeheure Vorteile es der Forschung bieten würde, wenn einem der Menschenversuch nach Belieben zu Gebote stünde. Aber, so sehr ich mir verstandesmäßig dieses Vorteils bewußt bin, so sehr sträubte ich mich gefühlsmäßig dagegen. Ich handelte eben nach dem bekannten Grundsatz 'Principiis non obsta'.«

Der Grundsatz heißt: Principiis obsta - Widerstehe den Anfängen. Das richtigstellende »non - nicht« hatte ihm sein Verstand in den Mund geschmuggelt.

Die lebenslängliche Haft für Rose blieb auf der Festung Landsberg erträglich. NaziAnwalt Dr. Rudolf Aschenauer - kürzlich im rechtsradikalen Druffel-Verlag als Herausgeber von »Ich - Adolf Eichmann ... « hervorgetreten - rührte schon 1951 für ihn die Freilassungstrommel. Gegen Professor Mitscherlich, den er - wie einen Schädling - konsequent »Mitscherling« nannte, erhob er heftige Vorwürfe, weil er eine Dokumentation über den Nürnberger Ärzteprozeß veröffentlichte (»Das Diktat der Menschenverachtung« - später erweitert: »Medizin ohne Menschlichkeit«).

1954 stieß Jan Molitor auf der Frontseite der »Zeit« nach und forderte die Freilassung Roses und zweier anderer Menschen-Experimentatoren: »Man denke doch - und sollte .es heute bedenken, da wir das Wirken der Forscher Behring und Ehrlich feiern! -, daß sich bisher nicht genug Stimmen der deutschen Öffentlichkeit für Rose und Schröder und Handloser hören ließen... Hier handelt es sich ja 'nur' um Ärzte, bei Gerhard Rose zumal 'nur' um einen Forscher.« Ein breites Leserecho für Rose war über viele »Zeit«-nummern die Folge, das sich bald vermischte mit den Protestbriefen nach einem Artikel über medizinische Tierversuche (»wie betrübend unangefochten die 'Kapazitäten' mit dem lebendigen Material umgehen können«). Leserin Luise Nitschmann: »Das Versuchstier, das für den kranken Menschen leidet, hat mehr Anspruch auf gute Behandlung als jeder kranke Mensch.«

In diesem Klima erholte sich Gerhard Rose nach seiner alsbaldigen Entlassung aus der lebenslänglichen Haft vorzüglich. Er wurde 1956 Generalbevollmächtigter der Pharmazie-Firma Hermann Heye, in die er hineingeheiratet hatte, und 1957 geschäftsführender Gesellschafter. Der Mann, der in Nürnberg gejammert hatte: »Man möge mir wenigstens meine Ehre lassen« - er wurde jetzt mit ebensolcher überhäuft: Ehrenmitglied des Vorstands der Arbeitsgemeinschaft der Unternehmer für Industrie, Handel und Gewerbe im mittleren Wesergebiet, Ehrenmitglied des Aufsichtsrates des Centre Technique

Internationale de l'Embouleillage, Träger der Ehrennadeln der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften und der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald - diese in Gold.

Doch die schönste Ehre war die Paul-Schürmann-Medaille, die er kürzlich für seine »hygienische und wissenschaftliche Arbeit« während des Zweiten Weltkriegs bekam. Dieser Preis ist hochverdient, denn er stammt von der Gesellschaft für Wehrmedizin und Wehrpharmazie e.V., die somit bekundet, wie nahtlos die Vergangenheit mit unserer Gegenwart verbunden ist.

Rose ist alt geworden. Die Gefahr, daß er selbst noch einmal Hand an Menschen legt, besteht wohl nicht mehr. Aber sein nimmermüder Geist gibt keine Ruhe. Der alte Herr, der sich selbstverständlich der VOGA, der »Volksbewegung für Generalamnestie« des »Nationalzeitung«-Führers Gerhard Frey angeschlossen hat, bombardiert von seinem festen Wohnsitz aus »Welt« und »FAZ« mit Leserbriefen, die dort gern gedruckt werden. Als Frau Bachmeier den mutmaßlichen Mörder ihres Kindes erschoß, fand er die »Aufhebung des Haftbefehls dringend geboten, wie sie« - er muß es wissen - »bei echten Verbrechern bekanntlich landesüblich ist, wenn sie einen festen Wohnsitz besitzen«. Und das weiß er auch: »In Deutschland gilt bekanntlich die Sorge mehr dem Wohl und der 'Resozialisierung' des Lustmörders als seinem Opfer und dessen Familie.«

Unvergeßlich aber ist der Leserbrief, den Rose an die »Welt« schrieb, als Norbert Blüm 1978 sein berühmtes Wort sprach, daß die KZs nur solange standen, wie die Front hielt. Professor Rose verlangte als »einstweilig noch beitragszahlendes Mitglied der CDU«, daß Kohl sich von Blüm (»kann mit keiner Stimme eines anständigen alten Soldaten mehr rechnen«) trenne. Roses Engagement war verständlich. Denn Blüm hatte mit seiner Äußerung zu verstehen gegeben, daß er Hitlers Konzentrationslager ablehnte. Professor Rose aber hatte - wie wir wissen - ein berechtigtes standesethisches Interesse an ihrem Fortbestehen.

Konkret 02/82, S. 21

Uwe Maeffert

Exorzisten in der Strafjustiz

Rauschgift und Staatsgewalt: Zwei, die sich gefunden haben. Beider Opfer werden dann auch noch Opfer der Justiz. Den Verfolgungsrausch deutscher Richter und Staatsanwälte beschreibt Uwe Maeffert

IHR Allgemeinzustand ist übel genug. In einen Teil der Strafjustiz aber ist der Teufel gefahren. In ihm sehen sich die Strafrichter an vorderster Front im Kampf gegen ein - unbestreitbares - gesellschaftliches Elend. Besessen von rücksichtslosestem Vergeltungsdenken und der Entschlossenheit, Abschreckung allem anderen überzuordnen, verteufeln sie den Tatbestand ihrer Zuständigkeit als »Mord auf Raten«.

Das Gesetz, mit dem sie Angeklagte mißhandeln, hat einen Namen, der nichts von dem Schrecken ahnen läßt, den seine Anwendung inzwischen verbreitet hat; eher läßt der Name auf eine Ordnungsvorschrift für Apotheker oder Anästhesisten schließen: Das Betäubungsmittelgesetz, kurz BTM-Gesetz.

Bundestag und Bundesrat haben dieses Gesetz verschärft und dem Kronzeugen Straferlaß in Aussicht gestellt. Der »Republikanische Anwaltsverein« hat zu dem Schreckenswerk, das am 1.1.1982 in Kraft getreten ist, erklärt:

»In der Bundesrepublik Deutschland ist innerhalb von zehn Jahren durch zwei Gesetzesnovellen der Strafrahmen der gesetzlichen Höchststrafe in einem strafrechtlichen Nebengesetz von zunächst drei auf zehn und jetzt auf fünfzehn Jahre erhöht worden. Die offizielle Begründung, daß nur so wirksam das Rechtsgut der Volksgesundheit geschützt werden kann, kann nicht nur nicht überzeugen, tatsächlich schafft ein gesetzlicher Überperfektionismus in den Tatbeständen sowie die Einführung von Verbrechenstatbeständen zum großen Teil erst die Kriminalität, die zu bekämpfen das Gesetz vorgibt ... «

Der Mensch hat - Gott sei Dank - noch die Freiheit, sich selbst zu töten. Mißlingt der Versuch, es zu tun, geht die persönliche Tragödie - Gott sei Dank - keinen Strafrichter etwas an. Dasselbe gilt für die Selbstverletzung. Dasselbe gilt hingegen nicht für die bloße Gefährdung der eigenen Gesundheit, wenn der unselige Mensch eine kurzfristige Zerstreuung allen Elends dieser Welt in Kopf und Seele sucht, indem er sich mit Stoffen betäubt, die auf dem Index des BTM-Gesetzes stehen. Wie die Strafjustiz das Gesetz anwendet, ist Bestandteil von beidem: Elend dieser Welt und Traum als Teufelswerk - Alptraum.

Man könnte oder sollte doch meinen, daß ein so fürchterliches Gesetz die Richter jedenfalls dazu bewegt, es behutsam anzuwenden, Prozeßrechte der Angeklagten sorgfältig zu wahren und vor allem an den Nachweis der Schuld strengste Maßstäbe anzulegen. Wer so denkt, kennt die Strafrichter nicht. Das Gegenteil ist der Fall. Der Teufel, der im Gesetz steckt, wütet sich in der Strafjustiz aus. Nach dem Gesetz erhält derjenige, der z. B. Haschisch (der Stoff, aus dem die leichtesten Träume sind) »in nicht geringer Menge« besitzt, mindestens 1 Jahr Freiheitsentzug. Und was machen die Richter daraus? 30 sog. Konsumeinheiten werden als »nicht mehr geringe Menge« angesehen, das sind z. B. weniger als 10 Gramm Haschisch - erworben für ca. 100 Mark.

Ein 21jähriger unbestrafter junger Mann steht vor Gericht. Er besaß 34 Gramm Haschisch (jetzt besitzt es die Polizei) und wurde beim ersten Versuch, ein Stück für 20 Mark zu verkaufen, von Zivilfahndern geschnappt. Er saß zwei Monate in Untersuchungshaft, bevor die Sache vor Gericht verhandelt wurde. Das Amtsgericht verurteilte ihn zur Mindeststrafe von 1 Jahr Freiheitsentzug.

Ein 26jähriger unbestrafter indonesischer Seemann wird beschuldigt, für den Preis von 500 Mark am Transport von 1 Kilo Haschisch beteiligt gewesen zu sein. Gewiß keine geringe Menge. Er wird Anfang April 1981 festgenommen und sitzt über Monate in Untersuchungshaft. Der Ausländer ist mit einer deutschen Frau verheiratet. Sie haben ein Kind. Die Frau ist schwanger, als ihr Mann verhaftet wird. Beide schreiben sich erschütternde Briefe, die von den Richtern der Briefkontrolle gelesen werden.

Das Oberlandesgericht ließ sich nicht rühren und hielt an der Haft fest:

»Es bestehen auch kaum Aussichten, daß die zu erwartende Freiheitsstrafe zur Bewährung ausgesetzt wird. Nach allem ist der Beschwerdeführer einem starken Anreiz ausgesetzt, sich dem Verfahren zu entziehen. Daß er ihm nachgibt, ist umso eher zu besorgen, als er Seemann von Beruf und in Indonesien beheimatet ist. Demgegenüber reichen die Bindungen an seine in Hamburg lebende Familie nicht aus... Es ist nicht zu erwarten, daß die Schwangerschaft seiner Ehefrau ihn veranlassen wird, sich zur Verfügung der Strafverfolgungsbehörden zu halten ... «

An die Stelle der Unschuldsvermutung setzt die Justiz die Vermutung von Schuld bei den des Rauschgiftbesitzes oder -handels Verdächtigen. Wer dem Rauschgift nahe gekommen ist oder in seine Nähe gerückt wird, muß den Nachweis seiner Unschuld führen, wenn er dem Griff nach der persönlichen Freiheit entkommen will.

Im April 1980 fanden deutsche Zollbeamte im Reisegepäck von Martin L. im Wagen Nr. 178 des D 237 aus Amsterdam ca. 800 Gramm Haschisch. Bei seiner ersten Vernehmung wird er gefragt:

»Für wen sollten Sie das Rauschgift holen ?«

»Zu den Personen möchte ich nichts sagen«.

In der zweiten Vernehmung werden ihm Namen von Personen vorgehalten, die man in einem Adressenbuch gefunden hat, das man Martin L. zurechnet. Er sagt:

»Alle Personen haben mit BTM und mit dieser Sache nichts zu tun. «

Man entdeckt an seiner Wohnungstür einen angehefteten Zettel, nicht viel sagend, unterschrieben mit »Frank«. »Wer ist der Schreiber? Was hat er mit der Sache zu tun?« wird Martin L. gefragt:

»Dazu kann ich nichts sagen«.

Man ermittelt Frank B., was nicht sonderlich schwer war, denn auf dem Zettel stand dessen Telefonnummer. Der ganze Text des Zettels: »Martin ruf mich an, ich war um ... hier. Ich warte auf Dich, bis Du vorbeikommst«.

Frank B. wird am 3.2.1981 des Erwerbs von Haschisch im Wert von 1.500 Mark angeklagt. Zollbeamte hatten am 22.4.1980 in einen Bericht geschrieben, es habe »in Erfahrung gebracht werden können, daß Frank B. dem beschuldigten Martin L. für den Ankauf von Rauschgift 1.500 Mark übergeben hat«. Wie diese Erkenntnis ermittelt worden sein soll, enthält der Bericht nicht.

Am 5.6.1980 wurde der in U-Haft sitzende Martin L. erneut vernommen. Das Protokoll dieser Vernehmung enthält die Frage: »Wollen Sie die Namen der Geldgeber nennen'?«

Und die Antwort:

»Etwa eine Woche vor meiner Festnahme... habe ich von Frank B.... 1.500 Mark als Vorschuß für Haschischlieferungen erhalten ... «

Am 26.8.1981 findet der Prozeß gegen Frank B. statt. Martin L. - inzwischen zu drei Jahren Freiheitsentzug verurteilt - wird aus der Haft vorgeführt. Er verweigert die Aussage. Der Richter fragt, ob er die Aussage verweigere, weil er damals vielleicht Personen falsch beschuldigt habe. Martin L. bejaht die Frage. Er sagt, ihm sei von den vernehmenden Beamten eine milde Strafe in Aussicht gestellt worden, wenn er »Hintermänner« nenne. Er darf schweigen. Ein Zollbeamter wird als Zeuge gefragt, wie man das ermittelt hatte, was Frank B. belastete und später Martin L. vorhielt. Der beamtete Zeuge wußte es nicht.

Der Staatsanwalt bestand dennoch auf seiner Anklage. Er beantragte, Frank B. zu 1 Jahr und 8 Monaten Freiheitsstrafe zu verurteilen: Er halte die Aussage von Martin L. bei dessen dritter Vernehmung für richtig. Eine Begründung für diese Meinung gab der Staatsanwalt nicht ab.

Auch der 19jährige Oberschüler K. kam aus dem schönen Amsterdam, wohin er von Hessen aus mit Freunden für einige Tage gefahren war. Dort traf man weitere Freunde und Bekannte. Von Amsterdam fuhr K. zurück mit seinem eigenen PKW, einem Gebrauchtwagen. Er war früher als geplant abgereist und allein, denn er wollte noch seine Mutter in Hamburg besuchen. Um Mitternacht war K. an der deutschen Grenze. Zollbeamte durchsuchten den Wagen und fanden unter der hinteren Sitzbank eine Plastiktüte mit 3 Kilo Haschisch. K. reagierte erschrocken und erklärte, vom Haschisch im Auto nichts gewußt zu haben. Mehr wurde nicht ermittelt. Die Anklageschrift war am 31.3.1981, etwa 1 Monat nach der Festnahme von K., fertiggestellt. Doch erst im August erhielt K. seinen Prozeß vor dem Landgericht Kleve.

Die Untersuchungshaft hatte den jungen Mann inzwischen an den Rand des Abgrunds gebracht. Wegen Überbelegung der Strafanstalt Kleve saß K. zeitweilig in der Haft in Köln-Ossendorf. In einem Brief beschrieb K seine Erfahrungen:

»... kam ich hier mit U-Häftlingen und Strafgefangenen aller Kategorien zusammen. Es ist alles vertreten, von Brandstiftern über Heroindealer und Mörder und Totschläger und Straßenräuber und Einbrecher bis zu 40 Jahre alten und älteren Betrügern, Hehlern, Schmugglern und Dieben. Was ich in 4 Wochen hier über Tricks beim Einbrechen und Auto- bzw. Motorradstehlen gehört habe, reicht für ein Buch... Während es in Kleve recht friedlich zuging, sind hier in Köln Drohungen - 'Kaltmachen' -, Bestehlen und Schlägereien normal... «

Als K. nach 5 Monaten erstmals seine Richter zu Gesicht bekam, stellte man fest, daß es versäumt worden war, einen Vertreter der Jugendgerichtshilfe zur Verhandlung beizuziehen und sich seines Erscheinens zu vergewissern, wie es das Jugendgerichtsgesetz vorschreibt. Natürlich, 3 Kilo Haschisch können schon mal drei Richter so berauschen, daß der Blick ins Gesetz trübe wird und klare Bestimmungen, sofern sie dem Beschuldigten Schutz bieten sollen, verschwimmen und das Rechtsgefühl ins Taumeln gerät; vom Menschen nicht zu reden.

Die Richter K.'s können ihre Sinne auch dann nicht beieinander gehabt haben, als einen Monat später ein erneuter Prozeßanlauf unternommen wurde. Wieder war die Jugendgerichtshilfe nicht da.

Irgendeiner, wirklich: Irgendeiner wurde schließlich beschafft. Über K. wußte der herangeschaffte Herr X, Helfer des Gerichts bei der Erforschung der Persönlichkeit von K., weniger als der Justizwachtmeister, mit dem sich K. während des Wartens auf X unterhalten hatte.

K. sagte aus, was er wußte. Was er bis zur Entdeckung durch Zollbeamte nicht gewußt habe, sei das Haschisch im Auto. Er verschließe sein Auto nie. Auch in Amsterdam seien noch andere Personen mit seinem Auto gefahren. Vor der Grenze habe er anläßlich Tankens eine kurze Rast gemacht, das Fahrzeug stehen gelassen und sei etwa 20 Minuten spazieren gegangen.

Der Verteidiger beantragte, Innenminister Gerhard Baum als Zeugen zu vernehmen. Er werde bestätigen, daß er, Baum, im Juni 1981 deutsche Auslandsfahrer davor gewarnt habe, ihr Fahrzeug unverschlossen abzustellen, weil den Ermittlungsbehörden aufgefallen sei, daß zunehmend ohne Wissen der Fahrer und Halter Autos dazu mißbraucht würden, Rauschgift nach Deutschland zu einzuführen.

Natürlich wurde Innenminister Baum nicht vernommen. Das werde man als wahr unterstellen, was die Verteidigung mit Baum bezeugen wolle. Nach dreistündiger Beratung verurteilte das Gericht K. zu 2 Jahren und 3 Monaten Jugendstrafe.

Auszug aus dem Indizienurteil:

»Es ist denkbar, daß eine Organisation oder sogar ein Einzeltäter sich vor Arnheim auf die Autobahnraststätte stellt, Autos mit ausländischem Nummernschild auswählt, in die PKWs Rauschgift heimlich einbringt, den PKW *irgendwie verfolgt und nach der Grenzüberquerung das Rauschgift irgendwie wieder an sich bringt. Ein solches Delikt setzt allerdings ein gehöriges Maß an Organisation und Planung der Täter voraus, weil hier ganz erhebliche wirtschaftliche Werte fremden Personen untergeschoben werden undschon allein das natürliche Verlustrisiko (Täter verlieren den* PKW *aus den Augen o.ä.) sehr groß ist. Täter, die systematisch das Risiko eingehen, Fremdpersonen als Werkzeug von Schmuggel zu benutzen, würden jedoch in keinem Fall ihr Risiko auch noch erhöhen. Dies war jedoch nach den vorliegenden Umständen unbedingt der Fall... Der / die Täter konnte jederzeit den PKW aus den Augen verlieren. Da die Raststätte sich vor Arnheim befand, war überhaupt nicht klar, ob der Angeklagte überhaupt nach Deutschland fahren wollte. Genausogut hätte er in den Niederlanden bleiben können... Das Risiko des Entdeckens durch Zollbeamte war ebenfalls gegenüber anderen, den Tätern möglichen Gelegenheiten erheblich erhöht. Die Täter, die sich fremde Personen zum Einschmuggeln aussuchen, werden in jedem Fall bemüht sein, unverdächtige Personen als Transporteure zu benutzen... Der Angeklagte mußte nach seinem Habitus als junger, langhaariger Mann, alleinreisend mit Hund in einem alten Auto zu mitternächtlicher Stunde von Amsterdam kommend, die Zöllner geradezu zu einer Kontrolle herausfordern ...* «

Hatten die Richter wirklich nicht bemerkt, daß sie sich mit der letzten Überlegung auf einen Weg begeben hatten, der zu einem Freispruch hätte führen müssen? Das Rätsel, warum dann gerade K. bewußt das Risiko seiner eigenen Entdeckung in einem Maße erhöht haben sollte, das nach der Überzeugung des Gerichts andere Personen auf jeden Fall abgehalten hatte, K.'s Fahrt in jener Nacht für einen Schmuggel zu benutzen, bleibt im Urteil ungelöst. Der Mangel im Urteil ist ein Indiz seiner Willkür.

Hunderte solcher Urteile hat inzwischen die jüngste Prozeßgeschichte der BTM-Justiz geschrieben. Ihre dunkelsten Kapitel betreffen die Bedenkenlosigkeit, mit der die Richter Beschuldigungen von Mitangeklagten zur Verurteilung haben ausreichen lassen, das V-Mann-Wesen auch in seinen Auswüchsen legitimierten und ihre Urteile auch dann auf die Aussagen von Polizeizeugen stützten, wenn diese der Lüge überführt waren. Versteht es sich nicht schon von selbst, so sei angemerkt, daß die Justiz üblicherweise - vom BTM-Verfahren und politischen Prozessen abgesehen - angesichts solcher Bedingungen eines Prozesses und derart heiklen Beweismaterials fordert, daß strengste Sorgfalt zu walten habe und derartige Beweise für sich allein eine Verurteilung nicht tragen dürften. Nicht so in der BTM-Justiz!

»Wenn es um V-Leute geht, wird wohl vor Gericht gelegentlich nicht die Wahrheit gesagt«, erklärte kürzlich vor Gericht ein Hamburger Staatsanwalt, der damit Erfahrung und dafür Verständnis hat.

Ein Türke wird von einem Landsmann, der bei dem Versuch der Übergabe von Rauschgift festgenommen wurde, beschuldigt, einer der »Hintermänner« zu sein. Als sich aufgrund einer Vielzahl wirrer Briefe, die der beschuldigende Türke an Richter und Staatsanwälte schrieb, Zweifel an der Richtigkeit seiner Aussage einstellen, kündigt der Haftrichter dem Staatsanwalt an, den beschuldigten Türken aus der U-Haft zu entlassen, wenn nicht binnen einer Woche mehr an belastendem Material beigebracht werde. Am letzten Tag der Frist gelangt ein Schreiben des Polizeibeamten S. zur Akte. Der Türke bleibt in Untersuchungshaft. Im Prozeß wird der Polizeizeuge S. der Lüge überführt, der von S. beschuldigte Türke dennoch verurteilt. Das Landgericht Hamburg hielt S. eine »Notlüge« zugute:

»Der Zeuge ist glaubwürdig. Zwar geht die Kammer... davon aus, daß der Zeuge S. über den Beginn seiner Bekanntschaft zu dem Zeugen B. und dem amerikanischen Kriminalbeamten C. sowie über ihren geplanten Einsatz im Hotel Intercontinental am 9. März 1978 nicht richtig ausgesagt hat. Dadurch wird jedoch nicht der Kern seiner Aussage berührt. Vielmehr wird hieran deutlich, daß der Zeuge S. Art und Umstände des Einsatzes, die möglicherweise zugleich die polizeilichen Ermittlungsmethoden hätte erkennen lassen können, im dunkeln lassen wollte. Der Zeuge S. hat mithin quasi

eine 'Notlüge' gebraucht. Selbst wenn er bewußt gehandelt haben sollte, so ist dies lediglich geschehen, um die Form der polizeilichen Zusammenarbeit zu verschleiern ... «

Der Bundesgerichtshof wies die Revision gegen das Urteil ohne ein Wort der Begründung zurück. Nun hatte der verurteilte Türke noch die Chance, die Wiederaufnahme des Verfahrens zu erreichen, wenn dem beamteten Zeugen S. der Prozeß wegen seiner erwiesenen Falschaussage gemacht würde. Die Hoffnung zerschlug sich dadurch, daß die Staatsanwaltschaft das Ermittlungsverfahren einstellte:

»Das Ermittlungsverfahren ist mit Zustimmung des Amtsgerichts Hamburg... eingestellt worden, da die Schuld als gering anzusehen ist und kein öffentliches Interesse an der Verfolgung besteht.

Nach Sachlage machte der Beschuldigte am 21.12.1978 vor dem Landgericht Hamburg... eine falsche Aussage, um aus kriminaltaktischen Gründen die am 9.3.1978 zum Tragen gekommene Zusammenarbeit zwischen der Fahndungsgruppe Rauschgift in Hamburg und amerikanischen Bediensteten der Drug Enforcement Administration zu verschleiern.

Es besteht ein dringendes öffentliches Interesse daran, kriminalpolizeiliche Ermittlungsmethoden nicht vor der Öffentlichkeit auszubreiten, um die polizeiliche Effizienz nach Möglichkeit zu sichern.

Der Beschuldigte wird verwarnt werden.«

Die Begründung der Einstellung des Verfahrens ist mehr als fadenscheinig, denn der Polizeibeamte hätte nicht lügen müssen, um polizeiliche Arbeitsmethoden verbergen zu können. Als Beamter hätte er sich auf Schranken seiner Aussagegenehmigung berufen können. Es liegt der Verdacht nahe, daß der wahre Grund für die Einstellung durch eine »Notlüge« des einstellenden Staatsanwaltes verdeckt bleiben sollte. Der Beamte S. ist ein sog. Untergrundfahnder und seiner Natur entsprechend »verzieh« man ihm das kriminelle Aussageverhalten. Arthur Kreuzer, ehemaliger Richter und seit Jahren Forscher von Drogendeliquenz, schreibt über den »verdeckten Fahnder«:

»Das jüngste Kind der Kriminalpolizei - der Untergrundfahnder in der Drogenszene - ist zugleich eines ihrer fragwürdigsten Instrumente. In ihm wird die Methodenannäherung zwischen Kriminalbeamten und Kriminellen am sichtbarsten. Der Untergrundfahnder übernimmt äußerlich Rollen der Subkultur. Je erfolgreicherer sein will, umso stärker muß er Verhaltensmuster der Subkultur übernehmen, einschließlich delinquenter Formen... Im einzelnen können Konfliktbereiche in der Tätigkeit des polizeilichen Untergrundfahnders ausgemacht werden: Der in den Untergrund eingeschleuste Polizist stiftet unmittelbar andere zu deren strafbarem Tun an, wenn er Einzelaktionen auslöst, um Zugriffe zu ermöglichen; er trägt aber auch mittelbar durch seine Beteiligung am Scene-Leben zum Verhalten der anderen bei. Er muß also nicht nur manches Strafbare im Vorfeld schwerer Fälle 'übersehen', sondern sogar dazu beitragen und selbst mitmachen. Dies alles als rechtlich durch übergesetzlichen Notstand oder durch fehlenden Vorsatz gedeckt zu sehen hieße, rechtliche Konstruktionen zu pervertieren. Mag die Tätigkeit des Untergrundfahnders notwendig sein und bislang volle Rückendeckung in der Justiz finden, sie bewegt sich doch weitgehend am Rande der Illegalität ... «

Daß der Subfahnder S. durch seine Lüge im Prozeß die Zusammenarbeit mit amerikanischen Fahndern verheimlichen wollte, konnte daher den Staatsanwalt gar nicht empören. Die Nachsicht der Justiz mit dem falsch aussagenden Zivilfahnder hatte seine Grundlage darin, daß sich der Beamte grundsätzlich so verhalten hatte, wie man es von ihm erwartete. Und daß der Fahnder ausgerechnet über die Zusammenarbeit mit der Truppe log, die in der BRD Entwicklungshilfe leistet, hat die Justiz eher vor Hochachtung erstarren lassen als dazu angeregt, dem Beamten den Prozeß zu machen. Hans-Georg Behr, Schriftsteller und Drogenexperte schrieb über die amerikanische DEA:

»... ist die DEA mit einer Polizeitruppe nicht mehr zu vergleichen; Organisation und Methoden werden von Geheimdiensten übernommen, ebenso viele erfahrene CIA-Agenten. Die DEA arbeitet weltweit und kooperiert mit vielen befreundeten Rauschgift-Fahndungstruppen ... «

Hans-Georg Behrs Verdienste bestehen gerade darin, daß er einmal die weltweiten ökonomischen Interessen am Drogenhandel aufgedeckt hat und zum anderen die polizeilichen Ermittlungsmethoden, die erst Kriminalität schaffen, mehr Schaden als Nutzen bringen und die bedenkenlos von der Justiz abgesichert werden. Der Mut, der zu einer solchen publizistischen Arbeit gehört, und die Feigheit, mit der die Justiz vor kriminellen Ermittlungsmethoden von polizeilichen Sondertruppen die Augen verschließt, brachten Hans-Georg Behr im November 1980 selbst vor ein Strafgericht. Er wurde zusammen mit einem Freund und Mitarbeiter des Besitzes von Haschisch und 0,8 Gramm Opium sowie angeklagt, »am 27.6.1980 gegen 17.30 Uhr einem Scheinkäufer, der vorgegeben hatte, einen Interessenten für eine größere Menge Betäubungsmittel an der Hand zu haben, ... etwa 0,5 Gramm Haschisch zur Probe ... « übergeben zu haben.

Die Staatsanwaltschaft mochte zunächst jenen »Scheinkäufer« als den einzigen unmittelbaren Zeugen nicht präsentieren. Sie wird gewußt haben, warum. Die Anklage sollte mit den Aussagen von zwei Polizeibeamten durchgebracht werden, die als sog. Zeugen vom Hörensagen das erzählen sollten, was ihnen der »Scheinkäufer« anvertraut haben sollte.

Die Verteidigung von Hans-Georg Behr stellte im Prozeß Anträge, die beweisen sollten, welche Bewandtnis es mit den zwei erreichbaren, aber mittelbaren, und dem einen unmittelbaren, aber nicht präsentierten Zeugen auf sich hatte. Es war

schon starker Tobak , was da von der Verteidigung behauptet wurde:

Der »Scheinkäufer«, selbst Fixer, habe von einem der beiden Polizeibeamten im August 1980 ca. 30 Gramm Heroin für den eigenen Konsum erhalten; die beiden Polizeizeugen würden »Geschäftsbeziehungen« derart unterhalten, daß sie von nicht registrierten Prostituierten regelmäßig Beträge abkassieren, sie mit Heroin in kleinen Mengen versorgen, das sie wiederum ihnen bekannten Fixern abnehmen; der »Scheinkäufer« sei von den Zeugen auf Hans-Georg Behr angesetzt worden, er habe sich Zutritt in dessen Wohnung verschaffen sollen und auch verschafft und habe im Rahmen seines Auftrages das Opium in der Wohnung Behrs deponiert.

Die Verteidigung beantragte, Didi, den »Scheinkäufer«, als Zeugen zu vernehmen. Zunächst war er nicht aufzufinden. Als er vor Gericht erschien, stellte sich heraus, daß die Staatsanwaltschaft Didi inzwischen vernommen hatte - in ihren eigenen Räumen und ohne die Verteidigung Hans-Georg Behrs - versteht sich. Didi, Stricher im Bereich des Hamburger Hauptbahnhofes, war auf seine Aussage festgelegt worden und wiederholte sie nun mehr schlecht als recht vor Gericht. Vor allem bei Fragen, die ihm vom Staatsanwalt noch nicht gestellt worden waren, kam Didi mächtig ins Schwitzen. Kurz vor Prozeßende schrieb der »Spiegel«:

»Mangels Glaubwürdigkeit brach der (Didi; d. V.) ... vor Gericht ziemlich ein ... «

Prozeßbeobachter und Verteidigung konnten nicht glauben, daß ein Gericht Hans-Georg Behr nur aufgrund einer solchen Aussage eines solchen Zeugen verurteilen würde. Sie irrten sich. Das Gericht glaubte Didi »auf Teufel komm heraus«. Es hielt die Aussage des Zeugen, wie es so schön im Sprachgebrauch richterlicher Beweiswillkür heißt, für »im Kern« glaubwürdig.

Angst, auf die beschriebene Weise Opfer von Fehlurteilen der Justiz zu werden, geht um. Am meisten dort, wo Menschen besonders ausgeliefert sind, wo sie am wenigsten Vorkehrungen zum eigenen Schutz treffen können und wo sie sich am wenigsten gegen den Verdacht, der der bloßen Nähe von Rauschgift anhaftet, wehren können: In den Strafanstalten. Fast jeder Gefangene ist erpreßbar, zumindest einschüchterbar geworden durch eine direkte oder ausgestreute Drohung, ihm werde Rauschgift in die Zelle geschmuggelt. Nur durch verdeckte Informanten funktioniert dieses System. Indem die Justiz regelmäßig die Informanten im dunkel läßt und die Beschuldigten dennoch verurteilt, ist sie es, die an erster Stelle den Terror von Korruption und Bespitzelung begünstigt.

Konkret 02/82, S. 25

Jan-Philipp Sendker

Fortsetzung, verschärft

Damit noch mehr hinter den Nato-Drähten der Drogenknäste (oben: Drogentherapieanstalt Brauel) landen, hat der Bundestag ein neues Gesetz beschlossen.

AUF den ersten Blick sieht es ganz progressiv aus, was da der Bundestag am 28. Juli letzten Jahres beschlossen hat: In Zukunft sollen Justiz und Therapeuten beim Kampf gegen die Drogenabhängigkeit eng zusammenarbeiten, und Abhängige, die zur Aufklärung des kriminellen Drogenhandels beitragen, sollen von Strafe verschont bleiben.

Die Justiz ist frohen Muts. Axel Vogt, Sprecher der Richter am Amtsgericht Hamburg: »Die besonderen Vorschriften des BTMG werden sich nur dann, wie vom Gesetzgeber beabsichtigt, zugunsten des betäubungsmittelabhängigen Straftäters auswirken, wenn sämtliche Beteiligte an dem jeweiligen Verfahren - jeder an seiner Stelle und in seinem Zuständigkeitsbereich - zusammenarbeiten.« Zu dieser »Zusammenarbeit« gehört es, daß Gerichte detaillierte Berichte über die Therapiemotive von Angeklagten und über die Erfolgsaussichten anfordern. Außerdem bestimmt Paragraf 35 des neuen BTMG: »Die behandelnden Personen oder Einrichtungen teilen der Vollstreckungsbehörde einen Abbruch der Behandlung mit.«

Was da, wiederum auf den ersten Blick, ganz vernünftig erscheint, erweist sich bei näherem Hinsehen als Ende aller vernünftigen Drogen-Therapie. Denn es gibt kaum einen Abhängigen, der sich ohne äußeren Druck zu einer Langzeit-Therapie entscheidet - und meist besteht der Druck in der Alternative zwischen Therapie und Knast. Eine innere Motivation, die bei den Strafrichtern positiv aufgenommen würde, entwickeln die meisten Abhängigen erst Wochen oder Monate nach Beginn der Therapie. Und ein Therapeut, der den Abbruch der Behandlung melden muß, wird für den Abhängigen zu einem Schließer ohne Uniform. Jedes Vertrauen des Abhängigen zu seinem Therapeuten, *die* Voraussetzung für eine erfolgreiche Behandlung, wird zerstört.

Eine mindestens ebenso verheerende Auswirkung auf die therapeutische Arbeit wird das neu in das bundesdeutsche Strafrecht eingeführte Prinzip des Kronzeugen haben. Nach Paragraf 31 des neuen BTMG kann das Gericht nach seinem Ermessen die Strafe mildern oder gar von ihr absehen, wenn der Täter »durch freiwillige Offenbarung seines Wissens wesentlich dazu beigetragen hat, daß die Tat über seinen eigenen Tatbeitrag hinaus aufgedeckt werden konnte«, oder freiwillig sein Wissen so rechtzeitig einer Dienststelle offenbart, daß Straftaten, von deren Planung er weiß, noch verhindert werden können. (Was die Justiz in der Praxis unter »freiwillig« versteht, wird sich noch zeigen.)

Mit Hilfe dieses Paragrafen werden Methoden, die die Justiz schon seit Jahren illegal praktiziert, legalisiert. Für die Auswirkungen des § 31 gibt es deshalb schon Beispiele. Im »Göttinger Tageblatt« erschien am 3.9.81 ein Artikel unter der Überschrift. »Wer 'singt', braucht nicht zu 'sitzen'. Göttinger Heroinszene trockengelegt: Das neue BTMG machte es möglich.« Der Leiter des Drogendezernats bei der Göttinger Staatsanwaltschaft, Uwe-Karsten Koch, wird zum Teil wörtlich zitiert: »Mit Heroin läuft nichts mehr. Die Szene in Göttingen ist so gut wie trocken ... ohne die umfassenden Geständnisse und Aussagen der Beschuldigten, bei denen Dealer preisgegeben wurden, hinter denen das Landeskriminalamt z. T. schon seit Jahren her war, wären uns diese Erfolge nicht gelungen.« Koch führt das auf eine »exzessive Auslegung des Gesetzes« zurück. »Mit dem neuen BTMG ist in Gesetzesform gegossen, was wir seit geraumer Zeit praktizieren.« Im selben Artikel hebt Koch noch einmal den Anspruch des neuen BTMG hervor: Therapie statt Strafe. Dabei hat gerade er selbst bewiesen, wie das Gesetz seinen eigenen Anspruch ad absurdum führt.

Erfahren hat das die Therapieeinrichtung » Jugend hilft Jugend« in Hamburg. In ihren Wohngruppen waren gleich mehrere Drogenabhängige aus Göttingen, die auf Grund der »exzessiven Auslegung des Gesetzes« dort verurteilt wurden. Die Geschichte von Andreas B. ist kein sonderbarer Einzelfall, sondern ein Beispiel von vielen:

Mai 1978, Göttingen. Andreas B., seit mehreren Jahren drogenabhängig, ist kurz zuvor aus Persien gekommen. In Göttingen wurden in seiner Wohnung 150 Gramm Heroin gefunden. Zwei Jahre Freiheitsentzug. Ohne irgendwelche Vorbereitungen wird er nach Verbüßen von 2/3 der Strafe auf Bewährung entlassen. Andreas B. kann sich nicht »bewähren«, denn er besitzt nichts, was er der Droge entgegensetzen könnte. Nur auf der Göttinger Drogenszene kann er sich nützlich machen. Er steht bei Brüchen Schmiere und dolmetscht beim Drogeneinkauf. Delikte, die unter den Begriff Beschaffungskriminalität fallen.

Für Fixer etwas Alltägliches, da sonst die Abhängigkeit nicht zu finanzieren wäre. Seine Komplizen entlohnen ihn mit täglich 3 x 1/3 Gramm Heroin. Seine Verhaftung, vier Monate später, war nur eine Frage der Zeit. Doch nun hat die Staatsanwaltschaft mit Andreas B. Größeres vor. Sie läßt ihn im Göttinger Landeskrankenhaus einen Entzug unter »ärztlicher Aufsicht« machen. Das ist ein Entgegenkommen, denn ein Entzug ohne ärztliche Hilfe und kreislaufstabilisierende Mittel in einer Zelle ist qualvoll. Zwei Tage nach seiner Verhaftung erhält Andreas B. Besuch: Staatsanwältin Otten, eine Sekretärin und eine Schreibmaschine. Zwei Tage nach Beginn des körperlichen Entzuges ist bei

Abhängigen das, was die Psychiater die Steuerungsfähigkeit nennen, erheblich eingeschränkt. Trotzdem oder deshalb schlägt Frau Otten Andreas B. einen Deal vor: Er soll zum erstenmal eine Chance bekommen, etwas für sich und gegen seine Abhängigkeit zu tun. Andreas B. kann in eine Langzeittherapie anstatt in den Knast. Selbstverständlich erfordert das auch ein wenig Entgegenkommen seinerseits. Er soll auspacken, Namen nennen. Andreas B. lehnt die Rolle des Kronzeugen ab. In einem privaten Brief schreibt er:

»So sah also ihr Schlüssel fürs Leben aus, sich verkaufen, die verpfeifen, mit denen man seinen beschissenen Alltag da draußen geteilt hat. Ein seltsamer Start in ein 'rechtschaffenes' Leben.«

Die Staatsanwaltschaft wird exzessiv: Andreas B. kommt in das Landeskrankenhaus Moringen. Psychiatrie. Achtstündige Wäscheklammer-Produktion statt Steinbruch, Psychopharmaka statt Elektroschocks, 40 Betten-Schlafsaal statt kalter ZweimannZellen. Die Staatsanwaltschaft in Göttingen ist geduldig. Sie läßt des öfteren anfragen, ob Andreas B. nun bereit sei, sein Wissen freiwillig zu offenbaren. Er sitzt bereits 5 Monate wegen Verdachts auf versuchten Diebstahl in Moringen, als die Staatsanwaltschaft endlich Erfolg hat. Ein anderer Fixer aus der Göttinger Szene ist dem Druck erlegen, er packt aus. Er belastet unter anderem auch Andreas B. so schwer, daß es für eine Verurteilung reichen müßte.

Andreas B. kommt wieder nach Göttingen in das Verwahrungshaus des Landeskrankenhauses. Vier lange Wochen ein Leben im schalldichten Raum, Tag und Nacht Neonröhrenbeleuchtung, Trennscheibe beim Besuch des Anwalts.

Im Oktober platzt die erste Hauptverhandlung wegen Befangenheit des Richters. Die zweite Hauptverhandlung findet im Dezember statt. Andreas B. wird zu 18 Monaten Haftstrafe mit Bewährung verurteilt. Das Gericht schöpft dabei alle rechtlichen Möglichkeiten aus, um Andreas B. eine Langzeittherapie zu ermöglichen. Die Staatsanwaltschaft kann dieses Urteil nicht akzeptieren. Es scheint, als hätte sich Andreas B. aus ihrer Sicht nicht nur im strafrechtlichen Sinne schuldig gemacht. Er war nicht bereit, dem Ausstieg aus der einen Szene den Einstieg in die andere folgen zu lassen, und sollte dennoch die Chance zur Therapie bekommen. Für die Staatsanwaltschaft mußte das Urteil die Gefahr einer Signalwirkung in sich bergen. Sie legte Berufung ein.

Andreas B. bewirbt sich bei mehreren therapeutischen Langzeiteinrichtungen. Da er auf Wartelisten steht, zögert sich der Therapiebeginn hinaus... Obwohl Andreas B. für Juli 81 dann eine feste Therapieplatzzusage hat, er seit Dezember in einer Wohngemeinschaft mit Sozialpädagogen zusammenlebt, sich an alle Auflagen des Gerichts hält, findet im Mai seine Berufungsverhandlung statt. Doch der eine Verhandlungstag reicht nicht aus, um alle Entlastungszeugen vernehmen zu können, die Verhandlung wird auf November vertagt. Im Juli beginnt Andreas B. eine Langzeittherapie bei »Jugend hilft Jugend« in Hamburg. Zu diesem Zeitpunkt hat er bereits ein halbes Jahr in der Wohngemeinschaft gelebt, ist dort zur Ruhe gekommen, hat wieder gelernt, Menschen zu vertrauen, hat erfahren, daß Drogenabhängigkeit kein Schicksal ist, dem man nicht entrinnen kann. Die Therapie reißt ihn aus dieser Umgebung heraus, der Regelrahmen läßt einen Außenkontakt nicht zu. Die Therapie, die vor einem halben Jahr noch eine einmalige Chance war, wird nun zur Strafe.

Das Konzept dieser Gruppentherapie beruht unter anderem auf dem Prinzip der Gleichbehandlung und Gleichberechtigung aller Klienten. Andreas B. hat im vergangenen halben Jahr Erfahrungen gemacht, die dieses Prinzip in Frage stellen. Seine Situation rückt immer wieder -in den Mittelpunkt der Diskussionen, andere Gruppenmitglieder kommen zu kurz. Das Mitarbeiterteam droht an der Frage, ob man Andreas B. gesondert behandeln soll, zu zerbrechen. Hinzu kommt die noch ausstehende Berufungsverhandlung. Sie läßt das Therapieziel, sich eine Perspektive für die Zukunft auszubauen, zur Farce werden.

Nach einem Vierteljahr ist die Situation in der Therapie so unerträglich geworden, daß Andreas in die zweite Stufe kommt. Dort ist der Regelrahmen gelockert, eine Prozeßvorbereitung eher möglich. Während dieser Zeit versucht Pflichtverteidiger Christoph Lehmann immer wieder, die Staatsanwaltschaft davon zu überzeugen, daß eine Berufung in diesem Fall völlig absurd sei. Vergeblich.

Während Andreas B. im Göttinger Knast auf seine Verhandlung wartet, sitzt sein Hauptbelastungszeuge bereits in der Therapie. Die freiwillige Offenbarung seines Wissens machte es möglich. In der Therapie soll er lernen, eine offene und gradlinige Auseinandersetzung mit seinen Mitmenschen, aber auch mit Behörden und Gerichten u.s.w. zu führen. Verhaltensweisen, deren Anwendung ihn geradewegs in den Knast bringen würde.

Der Erfolg einer Gruppentherapie hängt unter anderem von der gemeinsamen Aufarbeitung der eigenen Lebensgeschichte ab. Wichtigste Voraussetzung dafür: Gegenseitige Offenheit und Solidarität; Vertrauen muß sich entwickeln können. Unmöglich, wenn ein Kronzeuge in der Gruppe sitzt. Stattdessen herrscht Mißtrauen, gegenseitige Abgrenzung und Konkurrenz. Hinzu kommen wöchentliche Vorladungen der Staatsanwaltschaft zu Zeugenterminen. Alles unter dem Motto: Therapie statt Strafe. Die therapeutischen Einrichtungen verkommen so zu Aufbewahrungsstätten für Zeugen der Anklage.

Konkret 02/82, S. 31

Peter Dahl

Kultur für alle

KULTUR für alle - das Schlagwort bekommt zunehmend Aussicht auf Verwirklichung. Zwei Millionen Arbeitslose 1982 und drei Millionen 1984, das wären schon mal zwei oder drei Millionen Kulturkonsumenten mit ausreichend Muße zum Kunstgenuß. Der gutmeinende Frankfurter Kulturdezernent Hilmar Hoffmann formuliert in seinem Buch, das eben » Kultur für alle« heißt, wenn auch von einem überholten Zahlenstand ausgehend: »Über eine Million Menschen ohne Arbeit als nahezu ganzjähriger 'Arbeitslosensockel' und die Prognose von mehr verweisen uns auf neue Dimensionen des Freizeitproblems.« Das Arbeitsmarktproblem lassen wir mal außen vor. Aber gerade das ist der nüchterne Blick des realistischen Kulturpolitikers, der an die Realisierung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen nicht glaubt und sich nach Kulturbeschaffungsmaßnahmen umsieht, um das Schlimmste zu verhüten.

Da hat er ordentlich zu tun. Auf ihm bleiben nicht nur die Arbeitslosen hängen; der mustergültige Kulturpolitiker schlägt sich heutzutage nicht nur mit seinem Stadttheaterintendanten und den Museumsdirektoren herum, sondern zerbricht sich den Kopf über Schlüsselkinder, desillusionierte Jugendliche, vereinsamte alte Menschen und über Probleme, die die Betonsiedlungen am - Stadtrand schaffen. »Gerade in mangelhaft ausgestatteten Stadtteilen, wie z.B. den Neubaugebieten am Stadtrand«, schreibt der Bremer Senator für Wissenschaft und Kunst in einer Broschüre, »ist die Bereitschaft, sich für die Verbesserung der Lebensbedingungen, also auch für eine 'Kultivierung' des Stadtteils, einzusetzen, besonders hoch.«

Kultur als Stimulans mit sedativer Wirkung, als Anregungsmittel mit beruhigendem Effekt. »Ich meine, gerade in trüben Zeiten ist es wichtig, etwas gegen die Tristesse zu tun«, erklärt Ernst Pappermann, Kulturdezernent des nordrhein-westfälischen Städtetags.

Die einschlägigen Konzepte umfassen Bürgerhäuser, Kultur-, Kommunikations- und Jugendzentren (für die das Argument, es gehe darum, die Jugendlichen »von der Straße zu holen« noch immer das beliebteste ist), und natürlich seit einigen Jahren die Welle der Stadt- und Stadtteilfeste. 80 bundesdeutsche Städte veranstalten jährlich etwa 130 solcher Spektakel. Da wird der Animateur fallweise zum Ersatz für die Eltern oder für den Vorarbeiter; für eine Woche funktioniert das bürgerliche Miteinander, zerfließt die Grenze zwischen Arbeit (oder Nicht-Arbeit) und Freizeit; eine Stadt oder ein Wohngebiet fühlt sich sichtlich wohl, deutsche Gemütlichkeit mit urbaner Weltläufigkeit. Es ist die konkrete Utopie der Kulturpolitiker. Und das alles zum Nulltarif.

Dabei kommt das noch billig. Wer sonst in die Oper geht, tut das jetzt auch und zahlt einen Hunderter für Eintritt nebst Gattin. Schließlich kann die zum Stadtteilfest weder das Kleine Schwarze noch den Nerz tragen. Und auf jedem der gepolsterten Opernsessel liegt Abend für Abend rund ein öffentlicher Subventions-Hunderter.

Das Problem ist nur: Der liegt da fest. Der größte Teil der Subventionen geht in unkündbare Personalkosten. Wenn also an dem einen (einen!) Prozent, das die Kulturetats im Durchschnitt der öffentlichen Haushalte ausmacht, auch noch gespart werden soll, dann geht's eben doch wieder an die »freien« Aktivitäten zum sowieso billigen Nulltarif. Soz.-dem. Kulturpolitiker verteidigen ihre Errungenschaften, die sie gern »Bürgerkultur«, »Kultur von unten« oder »Kultur für alle« nennen, ein bißchen hartnäckiger als ihre christ.-dem. Kollegen - aber was soll's.

Das hat schon seine Richtigkeit. Die Stadtfeste und diversen Zentren bedienen sich aus dem gleichen Topf von Angeboten. Die meisten Gruppen, die durchs Land tingeln, melden durchaus Anspruch an auf Demokratisierung von Kultur, auf Solidarität und Veränderung. Das einzudämmen, dafür kommt der ökonomische Hebel ganz recht. Was da vom Alstervernügen zum Altstadtfest und weiter zur Weserlust zieht, ist auf möglichst viele solcher sporadischer Engagements angewiesen, um überhaupt existieren zu können.

Phantasie an die Macht? Oder, orthodoxer: Die Phantasie als Organisator kollektiver Erfahrungen? Da sind die Kulturbürokraten vor, die als »kreative Selbstbetätigung« immer noch am liebsten gemeinsame Formen in Ton oder gruppenmäßiges Weben sähen. Und die vom Sinn und Zweck der Kultur Vorstellungen haben, in die sie sich nicht gern von irgendwelchen Kulturaktivisten hineinpfuschen lassen: »Dadurch, daß die Kultur sinnstiftend ist, wirkt sie staatserhaltend. Indem sie den Bürger zum Erlebnis eigener Identität verhilft, stärkt sie auch sein überindividuelles, sein staatliches Selbstbewußtsein.« - so der schweizerische Bundesrat Hürlimann.

Womit wir wieder bei Züricher Zuständen wären, diesmal in München. Ausgerechnet »Freizeit '81 « nennt sich dort eine Gruppe, die Flugblätter macht und Punk-Konzerte, aber auch mal Zoff mit den Schaufensterscheiben von Banken, und die jetzt in einem Interview mit dem Münchner »Blatt« zu Protokoll gegeben hat: »Bei uns ist es einfach bloß Reaktion. Da ist nichts, worauf wir aufbauen, wir reagieren nur. Unser Haß ist ständig da.«

Und dann, wie um auf eine besonders gefährliche und wirksame Waffe aufmerksam zu machen: »Unsere Hoffnung gründet sich auf eine neue Kultur, nicht auf die Politik.«

Auch wenn nun alle Beteiligten unter »Kultur« was anderes verstehen - was machts, wenn die Verwirrung der Klarheit dient.

Konkret 02/82, S. 32

Hermann Peter Piwitt

Weihnachtsgans & Polen-Ente

Wohl wegen der Nachrichtensperre griff das bundesdeutsche Fernsehen auf einen polnischen Historien-Schinken zurück, der ein ganzes Grabensystem nationaler, sozialer und religiöser Fronten ahnen ließ.

ZWEI Highlights hatte das vergangene Weihnachtsfest: Die polnische Gans und den polnischen Zweiteiler »Sintflut« im Fernsehen nach dem Roman von Sienkiewicz. Über unseren Braten hatte vor Weihnachten die Edeka-Zentrale in Hamburg gemeldet: »Die Versorgung mit Weihnachtsgänsen aus Polen war schon vor Beginn der jüngsten polnischen Entwicklung gesichert.« Wir aßen das Tier, wie wir Kaffee aus Brasilien trinken, Bananen aus Guatemala essen und dazu die preiswerten Hemden tragen, die in Pakistan genäht sind: Also ohne Entsühnungsrituale vorweg. Der Geist derer, die Opfer bringen, hat in diesen Fällen nun mal keine Naturgewalt.

Vom Geist der die Polen bewegt, war »Sintflut« voll, Kmicic, ein Mann mit sieben Leben wie Burt Lancaster, reitet darin, nach anfänglichen Identitätsproblemen, vierdreiviertel Stunden lang gegen die eingefallenen Schweden für die heilige römische Kirche, den König und die polnische Adelsrepublik. Die Popen: Standbilder von Edelmut. Der König: ein sorgenvoller aufgeklärter Monarch. Die Bauern: schlitzohrig und krumm. Der Adel: nun, so wie er 1655 in Polen bekanntlich war: voll Adel eben, anständig durch und durch. Bis, natürlich, auf den obligaten Verräter, Radziwill, der sich mit den Schweden verbündet.

Schwer hat es Kmicic mit beiden, mit den halb vertrottelten, halb dekadenten Eindringlingen aus dem Norden. Und dem einen schwarzen Schaf unter soviel Tugendbolzen von Stand. Kmicic rettet die schwarze Madonna von Tschenstochau. Er zähmt den Khan der Krim, der, Beute witternd, zu Hilfe eilt. Und haut schließlich mit einem Pferdeaufgebot, durch dessen Requirierung die polnische Landwirtschaft im Drehjahr empfindlich gelitten haben dürfte, die Ketzer zusammen. Es folgen Messe, Beichte und Absolution. Und Schluß, Kuß, aus.

Frage 1: Gab es im Drehjahr 1974 in Polen keine Zensur? Oder wollte die Zensur eben diesen Film so? Und wenn ja, warum?

Frage 2: Gab es in ganz Polen keinen wissenschaftlichen Berater, der dem Drehbuch von Sienkiewicz' Feudal-Schinken aus der Sicht des 20. Jahrhunderts wenigstens zu bürgerlich-liberalen Korrekturen hätte verhelfen können, Tugenden, wie sie westeuropäischen Historienfilmen längst eigen sind, von »Fanfan, la Tulipe« bis zu Lesters »Musketieren«? Schließlich ging es um den teuersten Film der polnischen Filmgeschichte.

Frage 3: Was mag die Ostberliner Defa bewogen haben, den Film auch noch zu synchronisieren?

Und Frage 4: Spiegelt am Ende dieser Film den Stand der intellektuellen Emanzipation der polnischen Gesellschaft wider? Also: Spinnen die Polen?

Wohl nicht, wenn denn historisches Sein das Bewußtsein bestimmt. Aber eben deshalb geht da doch wohl schon einiges gewaltig durcheinander, seit Jahrhunderten, notgedrungen. Nicht klare Klassengegensätze, sondern ein ganzes Grabensystem sich verwirrender nationaler, sozialer und religiöser Fronten, wie in Nordirland, im Libanon. Da fordert das Bäuerlein in Tracht im TV den »freien Bauern auf privater Erde«. Aber eine entsprechende freie Konkurrenz wie im Westen: Würde sie ihn nicht im Handumdrehn vom Markt fegen? Da wird der Sozialismus als nationale Gefahr aus dem Osten erlebt. Und dazu braucht es tatsächlich ja nicht erst des Verfolgungswahns. Nach Marschall Pilsudski, dem Diktator und Freund Hitlers, wird eine Werft in Gdansk benannt. Und Woytila, der Papst, der den Hungernden und Gefolterten Südamerikas Gehorsam und Friedfertigkeit predigt, gefeiert als Polens größter lebender Sohn. Während der derzeit zweitgrößte, Walesa, noch am Vorabend des Ausnahmezustands von der eigenen Gewerkschaft abgehalftert wird, als Laumichel. Und die parteiamtlichen Wirtschaftsplaner? Sie erhöhen zehn Jahre lang di e Löhne und lassen die Preise beim alten aus Angst vor Aufständen und Anarchie. Sie gehen, in der Hoffnung auf spätere Exporterlöse, mit ihrer Investitionspolitik westlichen Krediten solange auf den Leim, bis sie, zahlungsunfähig, vor den Ruinen halbfertiger Produktionsanlagen stehen. Und dann verkaufen sie den Rest an Eßbarem, um überhaupt noch Erlöse im Ausland zu erzielen. Wobei wir wieder da wären, bei der Gans...

Polen, die national-katholische Republik unter sozialistischer Verwaltung auf der Grundlage bäuerlichen Privateigentums. Mit den idealistischen Beinen im Mittelalter. Mit dem träumenden Bauch im Westen. Und der Wasserkopf sozialistisch. Eine abenteuerliche Mutation ist das schon. Und kein Wunder, daß sie nun künstlich ernährt werden muß.

»Noch ist Polen nicht verloren.« Ich kann es nicht mehr hören, das Gehudel um der Polen Stolz; und schon gar nicht von Leuten, die, mit dem Knüppel des Weltwährungsfonds im Sack, von den Grenzen von 1937 träumen.

Da wird ein Volk um die Nation betrogen, bis sie ihm zur fixen Lanzenreiter-Idee wird. Und zum Hüter dieser Idee mausert sich ausgerechnet die älteste und verlumpteste Ideologie des Abendlands, der Katholizismus.

Die Nation immer nur im Herzen tragen müssen, das kann ein Buckel fürs Leben sein.

Was tun mit dem Krüppel, zu dem die Vormundsstaaten das Volk verdreht haben, jahrhundertelang, bis heute? Die deutschen Banken drücken dem Jaruzelski die Daumen. Und der Ostblock sammelt, daß der Mutant wenigstens die Zinsen wieder zurückzahlen kann. Hauptsache, er kommt wieder auf die Beine. Damit man sich wieder drum reißen kann.

Schade. Dabei paßten sie eigentlich ganz gut zusammen, Walesa und der kleine General. Der scheue Knabe mit den Grundsätzen und das wilde Mädchen mit dem Lippenbart. Wie ein Arsch auf'n Eimer, sagten wir als Jungs. Und kann man besseres sagen von zweien, die füreinander bestimmt sind? Trotz »TAZ« und »Bild«? Und jenen fleißigen Reportern und Kommentatoren von »Spiegel« und »Stern«, die schon soweit ihre eigenen Hintermänner sind, daß sie an ihren eigenen Arbeitgebern rechts vorbeischreiben? So daß sich Kommentare von Augstein und Nannen schon fast ausnehmen wie linke Narrenfreiheit im eigenen Blatt?

Konkret 02/82, S. 34

Karl Unger

Kritisch-liberale Bullen am Tatort Gesellschaft

Hansjörg Martin und seine Kollegen vom deutschen Kriminalroman haben es zu beachtlichen Auflagen und einem respektablen Ruf gebracht. Mit der Qualität ihrer Bücher ist es weniger weit her.

Es war und ist die Aufgabe des Krimis, Märchen zu erzählen, die doch die ganze Bitterkeit und Problematik des Lebens im 20. Jahrhundert in sich schließen. Das macht sie so lesenswert.

Helmut Heißenbüttel

SEIT gut 15 Jahren gibt es eine bundesdeutsche Krimiszene, die sich sehr gut verkauft. Ob ihre Produkte jedoch gut sind, ist eine andere Frage; das Genre hat seine Tücken und mancher Autor wollte eigentlich etwas ganz anderes schreiben, wie Horst Bosetzky, der unter dem Pseudonym -ky veröffentlichte, offen gesteht: »Als ich gemerkt hatte, daß ich den großen Roman des 20. Jahrhunderts doch nicht schaffen würde, dachte ich: Versuch's doch mal mit einem Krimi. Als ich dahinter kam, daß auch das nicht leicht ist, war es bereits zu spät.«

Oft ist der Kriminalroman, vor allem für Journalisten, die einen großen Teil der Autoren stellen, auch der Versuch, die Unzulänglichkeiten ihres Berufes und damit der Realität durch das Ausweichen in die Fiktion aufzuheben. Felix Huby alias Hungerbühler, ehemaliger »Spiegel«Korrespondent, schrieb den Roman »Sein letzter Wille«, aus Wut, »weil mir bei der Recherche über Grundstücksspekulationen der letzte Beweis fehlte«.

Hört man die programmatischen Äußerungen von bundesdeutschen Autoren, dann stellen sie sich bewußt in die Tradition des realistischen Krimis und nicht in die intellektuell versnobte der Dorothy Sayers und Agatha Christie. Aufklärerisch oder gar bewußtseinsverändernd wirken möchten sie allemal, auch wenn inzwischen bei nahezu allen die Erkenntnis gewachsen ist, daß dies nur begrenzt möglich ist. Aber die Geschichten, die die bundesdeutschen Autoren schreiben, drängen den Verdacht auf, daß für sie Gesellschaftskritik wichtiger ist als die Story. Beispielhaft dafür ist »Betriebsausflug ins Jenseits« von Hansjörg Martin, dem Nestor dieses Genres in der Bundesrepublik. In diesem Roman erzählt er die Geschichte eines intriganten und reaktionären Personalchefs, der sich in seiner Firma, der EWS, mehrere persönliche Feinde geschaffen hat, die alle - unabhängig voneinander - beschließen, ihn während eines Betriebsausfluges zu ermorden. Harnisch stirbt auch wirklich während dieses Ausfluges, aber offensichtlich ist die Todesursache ein Schädelbruch, den ihm ein Schiffsjunge aus Notwehr zufügte. So braucht denn keiner der sympathischen Menschen, deren Existenzgrundlage Harnisch vernichten wollte, zum Mörder zu werden. Und am Schluß ist, wie der Autor - leider ohne jeglichen Anflug von Ironie - feststellt, »ein winziges Stückchen heile Welt wiederhergestellt«.

Dieser Roman ist weit davon entfernt, überhaupt ein Element an Spannung oder Geheimnisvollem zu besitzen. Die Gestalten sind farb- und niveaulos und zeichnen sich hauptsächlich durch ihr politisches Räsonnement aus. Die positive Hauptfigur, der natürlich fortschrittliche Betriebsrat Jochen Wesemayer, hat zu jeder Zeit den Zusammenhang zwischen den innerbetrieblichen Schweinereien des Personalchefs und den großen Linien der Politik fest im Griff: »'Irre!', wiederholte Jochen Wesemayer. Die EWS stellt Leibwächter für Leute, die bei ihr Kriegsgerät kaufen. Und der Detektivboß Lorenzen, womöglich tatsächlich ein alter Gestapomann, beschützt Juden, die vor fünfunddreißig Jahren von Lorenzen in die Gaskammer geschickt worden sind. Und unser reaktionärer Personalchef bezahlt ihn dafür aus der Kasse eines Unternehmens, das wiederum vermutlich an die liefert, die den Israelis an den Kragen wollen, die Lorenzen - gegen Geld - beschützt!«

Noch deutlicher wird der bloße gute Wille in Michael Molsners »Tote brauchen keine Wohnung«. Der Titel verrät, worum es geht: Um Tote und Wohnungen, Molsners Interesse gilt dem Wohnungsproblem, die Toten braucht er, um den Roman in einer Krimireihe erscheinen lassen zu können. Die Geschichte ist im Münchner Sanierungsviertel Lehel angesiedelt, und hier hat Molsner intensiv und genau recherchiert. Doch sein Mord hat mit der Sanierungsproblematik überhaupt nichts zu tun, außer daß das Opfer eben im Lehel wohnt. Die Affekttat eines Heranwachsenden ist nur die Garnitur, mit der Molsner seine Ausführungen zum Sanierungsproblem überzieht.

Ihre Kritik an den bestehenden Verhältnissen bringt die Autoren gelegentlich in Schwierigkeiten. Auch Michael Molsner mußte seinen Verlag wechseln: »Ich hatte beim Rowohlt-Verlag mit meinem dritten Kriminalroman, das war 'Rote Messe', Schwierigkeiten, und zwar war der Lektor der Meinung, das Buch sei zu politisch, zu links engagiert. Der Kriminalfall spielt vor dem Hintergrund der ausklingenden Studentenbewegung, und der Lektor hielt das für eine Gefahr in dem Sinn, daß vielleicht die Leser daran Anstoß nehmen könnten, und hat aus diesem Grunde das Buch abgelehnt.«

Aber auch ohne Schwierigkeiten mit dem Verlag können die Krimiautoren von ihren Honoraren kaum leben. Horst Bosetzky bekommt 23 Pfennig pro Taschenbuch, bei einer garantierten Startauflage von 30.000. Und er gehört bereits zu

den Prominenten. Zwar ist er als Hochschullehrer frei von finanziellen Zwängen, aber über andere Zwänge klagt auch er. Bestimmte Stoffe kann er bei Rundfunk und Fernsehen, die wesentlich besser bezahlen, nicht unterbringen, weil diese zu allererst immer prüfen, ob denn auch nichts Staatsgefährdendes gesagt werde. Und unter den Zwängen der Massenproduktion leidet er allemal.

Als der Rowohlt-Verlag vor über 15 Jahren die ersten bundesdeutschen Kriminalromane auf den Markt brachte, versah er dieses Produkt mit einem werbewirksamen Image: Gesellschaftskritisch, intellektuell und antikapitalistisch. Diese Strategie erwies sich, wie die Auflagenhöhen zeigen, als erfolgreich; daher müssen die einzelnen Produkte weiterhin diesem Image entsprechen. Die Gesellschaftskritik der deutschen Kriminalromane ist zu einer sich gut verkaufenden Ware geworden. Das aber bedeutet, daß weniger Kriminalstories gesucht werden als vielmehr aktuelle politische Probleme, die als Anreißer für das Publikum dienen und als Folie für einen Kriminalroman, dessen Handlung dann nach einfachem Muster abläuft.

Für den Verlag besteht außerdem der Zwang, aus Konkurrenzgründen eine bestimmte Anzahl von Kriminalromanen bundesdeutscher Autoren zu veröffentlichen, da inzwischen mehrere Taschenbuchverlage auf diesem Gebiet tätig sind. Und zwar nicht, weil der bundesdeutsche Krimi so gut ist, sondern weil es einen Markt dafür gibt und auch aus ganz simplen Kostengründen: Für die deutschen Autoren brauchen die Verlage keine Übersetzungskosten und keine Lizenzgebühren zu zahlen. Und außerdem ist der bundesdeutsche Kriminalroman schließlich etwas ganz Besonderes, wie -ky meint, »weil er in Deutschland spielt und die deutschen Probleme aufarbeitet«.

Doch scheint es, daß die Orts- und Namensbezeichnungen von deutschen Städten die einzigen Punkte sind, die an die bundesdeutsche Wirklichkeit erinnern. Die Romane handeln vom Bürgertum und seinen Beschädigungen; Ärzte, Rechtsanwälte, Fabrikanten, Lehrer und Journalisten spielen die zentralen Rollen. Die Arbeitswelt bleibt ebenso ausgespart wie Arbeiter und Angestellte. Doch das könne man ihnen, den Autoren, nicht vorwerfen, meint Irene Rodrian, denn zum einen stammten sie selbst alle aus dem Kleinbürgertum und zum anderen wäre es gegenüber den »untersten Gesellschaftsschichten« denunziatorisch, deren Formen der Kriminalität darzustellen, selbst wenn dort die Masse der Gewaltverbrechen stattfindet.

Das allein erklärt aber noch nicht das Versagen beim Einlösen des Realismus-Anspruches durch die Mehrzahl der bundesdeutschen Kriminalschriftsteller. Eine wichtige Rolle spielt das Politikverständnis der Autoren. Horst Bosetzky, der selbst keine oder kaum Kriminalromane liest, erläutert seinen politischen Anspruch in Abgrenzung zu Raymond Chandler, dem vor dreiundzwanzig Jahren verstorbenen Klassiker des realistischen Kriminalromans, und zu dessen Analyse der amerikanischen Gesellschaft: »Es wäre zu sagen, daß, soweit ich Chandler kenne, die Kritik ja doch irgendwie nebulös und ein bißchen individualpsychologisch verblasen ist, ganz konkrete amerikanische Probleme werden nicht aufgespießt. Bei Chandler ist von einem Vietnamheimkehrer meiner Ansicht nach nicht die Rede, der nicht zurecht kommt, da ist nicht von Harrisburg die Rede, da ist nicht vom Ku Klux-Klan in den Südstaaten die Rede. Da ist nicht von der CIA die Rede, da ist nicht von EI Salvador die Rede, da ist nicht vom Allende-Sturz die Rede, das ist also amerikanische Wirklichkeit auf einer esoterisch verblasenen Ebene, die mich überhaupt nicht anspricht, die ich läppisch finde. Das auf die deutschen Verhältnisse übertragen, das tut die 'Hochliteratur' mit deutschen Problemen ja schon die ganze Zeit. Wir Krimimacher haben die Chance, das an aktuellen Fällen, an ganz harten Sachen festzumachen und sollten die auch nutzen und wirklich politisch sein.«

Was den realistischen deutschen Kriminalroman von den Werken Chandlers wirklich unterscheidet, ist ein gegensätzliches Verständnis von Kriminalität. Für Chandler ist Kriminalität erst einmal vorhanden, und sein Interesse gilt dem Kriminellen. In der Entwicklung des Falls schafft es Chandler dann, die gesellschaftlichen Ursachen für Kriminalität aufzuzeigen. Auch der Detektiv ist. bei ihm ein Produkt dieser Gesellschaft, und es ist oft nur ein Zufall, daß er auf der Seite des Gesetzes steht. Aktuelles Zeitgeschehen - wie etwa politische Korruption - bekommt in Chandlers Romanen nie einen eigenen, besonderen Stellenwert, sondern wird immer im Zusammenhang mit der Aufklärung des Verbrechens dargestellt. Im Vordergrund steht die Lösung des Falles, und dabei kommt der Detektiv immer wieder in Situationen, die von ihm Kritik an den bestehenden Verhältnissen fordern.

Die bundesdeutschen Autoren hingegen nehmen die Gesellschaft, die den Kriminellen macht. Daher konzentriert sich ihr ganzes Interesse auf diese Gesellschaft und die Kritik daran, die Entwicklung der kriminellen Handlung wird zweitrangig. Ihr Kommissar muß denn auch den ganz großen Durchblick haben, denn ohne soziologisch fundierte Gesellschaftsanalyse kann er seinen Täter nicht stellen, Wenn aber die kritische Auseinandersetzung mit der bundesrepublikanischen Wirklichkeit und nicht das Erzählen eines Kriminalfalls im Vordergrund steht, dann sind die Autoren gezwungen, nach jedem nur möglichen aktuellen politischen Aufhänger für ihre Geschichte zu suchen.

Diese direkte Verknüpfung mit dem aktuellen Geschehen und der Zwang, ständig einen neuen Roman oder zumindest eine Sammlung von Kurzgeschichten auf den Markt zu bringen, führt dazu, daß die Charaktere blaß bleiben und realitätsfern nur gradlinige Menschen ohne Widersprüche auftreten. Die Schwarz-Weiß-Zeichnung überwiegt, die Zwischentöne fehlen. Die Geschichten veralten schnell und laden nicht dazu ein, nochmals gelesen zu werden.

Die literarische Arbeit mit sozialwissenschaftlichen Idealtypen führt zu einem Mißgriff, der den Realitätsanspruch der Autoren nahezu im Absurden verkommen läßt. Da in der Bundesrepublik Privatdetektive kaum eine Rolle spielen, ist in der Mehrzahl der Krimis die Identifikationsfigur, der positive Held, ein Kriminalkommissar. Und über ihn werden die wesentlichen Kritikpunkte an der Gesellschaft transportiert und die gedanklichen Alternativen zur bestehenden Sozial- und Wirtschaftsordnung.

Typisch für solch einen »progressiven«

Kommissar ist Leo Klipp in Hansjörg Martins »Wotan weint und weiß von nichts«, der sich beim Kaffeetrinken in der Kantine so seine Gedanken macht: »Das neugeschaffene Sonderdezernat Terroristenbekämpfung war meinem Eindruck nach ein zur Erfolglosigkeit verurteilter Verein, der mehr eine Alibifunktion für ratlos-ohnmächtige Politiker als einen wirklichen Wert hatte. Karli Kufuss also tat mir leid, daß er auf diesen Frustrationsposten versetzt worden war. Zugleich wunderte ich mich darüber; ich hatte gehört - und das war ja eigentlich auch klar -, daß zu diesem Dezernat nur politisch zuverlässige Leute gekommen waren. Und Karli galt im Haus als leicht suspekt, seit er sich 1969 geweigert hatte, auf demonstrierende Studenten einzuknüppeln... Wenn es den Radikalenerlaß, den man nicht Berufsverbot nennen darf, vor fünf Jahren schon gegeben hätte, wäre Karli Kufuss womöglich nicht ins Beamtenverhältnis übernommen worden. Ich allerdings wahrscheinlich auch nicht: mein Onkel, der älteste Bruder meines Vaters, hat von 1908 bis 1917 im gleichen Berliner Haus wie Karl Liebknecht gewohnt und soll, so sagt die Familienlegende, einmal sogar vor Rosa Luxemburg den Hut gezogen haben, als er sie im Treppenhaus traf... Mit einem solchen Onkel biete ich in den Augen der bundesrepublikanischen McCarthyisten vermutlich nicht die gewünschte Gewähr für treue Pflichterfüllung im Dienste der Demokratie.«

Solche Formulierungen sind eher modisch als Kritik an bundesrepublikanischer Realität, sie sind eher mißglückte Karikatur als gesellschaftskritische Analyse. Nichts gegen die Gedankenfreiheit - aber wenn sich Kommissar Leo Klipp mehr mit dem Randproblem dieses Romans beschäftigt hätte (einem angeblichen Mordversuch), der Fall wäre etwas früher aufzulösen gewesen.

Dieser intellektuelle, resignativ-zynische und radikaldemokratische Kommissar Leo Klipp ist typisch für das Bild der Polizei, wie es das Publikum aus Romanen und Fernsehserien kennt. Der jungdynamische oder väterlich-kumpelhafte, auf jeden Fall aber sympathische Polizist ist hierzulande zum Klischee geworden - ganz so, als hätten sich bei der Kripo die lautersten Charaktere der Nation versammelt.

Ein Kommissar, der erfolgreich seine Fälle löst, das Grundgesetz nur vom Hörensagen kennt und in seinen Vernehmungsmethoden nicht zimperlich ist, mag zwar der Realität eher entsprechen, paßt aber nicht in den bundesdeutschen Kriminalroman. Er würde die Illusion der heilen Welt, die sich hier trotz aller Kritik an den bestehenden Verhältnissen findet, zerstören.

Für diese Sehnsucht nach der heilen Welt ist typisch, daß die Mehrzahl der Romane neben der Verbrecherjagd auch eine Liebesgeschichte schildern. Dabei verkommt die Sprache oft zu der von Groschenheften; aus Hansjörg Martins »Betriebsausflug ins Jenseits«: »'Soll ich uns noch eine Flasche von dem schönen Roten aufmachen?' 'Rotwein macht müde', sagte Jochen Wesemeyer. 'Ja, und? Willst Du denn nicht schlafen?' gab sie mit Gurrstimme zurück.

Er sah sie verliebt an.

'Doch', sagte er, 'natürlich will ich schlafen, was soll ich denn sonst machen in deinem Bett?'«

Zur Rechtfertigung der massenweisen Produktion einer mit kritischer, linker Garnitur versehenen Heilen-Welt-Konstruktion wird das Bedürfnis des Krimi-Lesers herbeigeredet. Nicht nur Horst Bosetzky ist der Meinung, daß er für die Szene schreibt, der er selbst angehört: Jenem diffusen linken Intellektuellenspektrum aus Sozialwissenschaftlern, liberalen Studenten, alternativen Lehrern und ähnlichem. Sie bekommen von den Schriftstellern geliefert, was sie selbst denken, nicht aber, was in unserer Gesellschaft die Ursachen für Mord, Raub und Diebstahl sind.

Die treudeutsche Gartenzwerg-Kriminalität erklärt Irene Rodrian aus dem Fehlen »wirklicher« Kriminalität, da die meisten Gewaltverbrechen Affekthandlungen seien. An diesem Punkt sind sich die bundesdeutschen Krimi-Autoren unabgesprochen einig: Wirkliche Verbrecher gibt es nur in New York oder Los Angeles, aber kaum in Hamburg oder München. Und wenn es sie dann doch gibt, dann sind es Türken oder Italiener.

Die zentrale Schwäche des bundesdeutschen Kriminalromans ist, daß er das Verbrechen - wohl aus falschen ideologischen Gründen - meist in der oberen Mittelklasse ansiedelt, wo es nicht unbedingt beheimatet ist, und daß die gesellschaftlichen Konflikte so nur in sehr verquerer Form aufbrechen. Die Vertreter der Mittelschicht werden als Privatpersonen gezeigt, von ihren beruflichen Problemen erfährt der Leser so gut wie nichts. Daher spielen Leidenschaft, Eifersucht und Rache, wenn es um die Tatmotive geht, die bedeutsamsten Rollen.

Es ist zwar eigentlich nicht einzusehen, warum die Leiterin eines Forschungslabors Mordpläne gegen ihren Personalchef schmiedet, nur weil der sie in die Frührente schicken will. Der Direktor eines Warenhauses, der einen Dealer ermordet,

weil der seine Tochter an die Nadel gebracht hat, ist von ebenso geringer Glaubwürdigkeit wie ein Arbeiter, der eine Schulklasse in die Luft sprengen will, weil der Autofahrer, der seine Freundin getötet hat, immer noch flüchtig ist, oder der Optiker, der unter Vortäuschung eines Mordes Selbstmord begeht, um einen kommunalen Korruptionsskandal ans Licht zu bringen.

Das alles bekommt nur einen Sinn, wenn im Vordergrund der erzählerischen Konstruktion eben nicht das Kriminelle steht, sondern das aktuelle Tagesgeschehen: Umweltverschmutzung, Geiselnahme und Bauspekulation. In der Tat haben die bundesdeutschen Autoren vom Atomkraftwerk über ungesühnte Nazi-Verbrechen bis zum Terrorismus kein Thema ausgelassen. Bei soviel sozialkritischem Engagement kommt leider das Handwerkliche zu kurz. Und das merkt der Leser spätestens bei der Auflösung des Falles.

Konkret 02/82, S. 38

Horst Tomayer

Schluß, liebe/r Leser/in!

Letzte Mahnung von Horst Tomayer

SEIT mich vor nunmehr bald zwei Dezennien eine auf Mittelwelle sendende Innere Stimme mahnte: »Sei schlau - geh zum Überbau! « hat mich mein Entschluß, Tagesschriftsteller geworden zu sein, keine Stunde gereut. Viele schöne Erfolge im Umgang mit meiner Mutter Sprache verbuchte ich seither, auch auf dem Konto der Berliner Bank (5921320501), und ich begehrte gern schuld daran zu sein, wenn Sinnschöpfungen auf meiner »Olympia Electric« wie »Das Schwein bestimmt das Bewußtschwein« oder »Manus manum lavamat« oder »Gebe Gott, den Frankenwein gäbe es auf Krankenschein« oft wochenlang in zahlloser Mitbürger(innen) Munde waren.

Auch die im verflossenen annum auf meinem Acker rechtschaffener Denkungsart geborgne Ernte ausgereifter Formulierungsfrüchte kann sich blicken lassen. Ein gehäuftes Fuder körnig-knackiger Prosa, ein hübsches Bündel Blüten vom Stil (wie pflückfrisch!), Disteliges auch, womit gallerte Gesellen wie der Apel, krude Kerle wie der Kandidat gegeißelt wurden, ja, und dies und das an brave Mädels schriftlich Gerichtete, wovon der Schreiber freilich fein stille schweigt. Und da, ja, dort oben, am Sparren, unterm Schädeldach, da hängt auch das Filetstück der Saison, ein ideologisch wohlgeräucherter Endreim-Schinken, den die Darmstädter Akademie für Sprache und Dichtung mit Fleiß und zum Plaisier die Wertung »konkret - 14 Karat!« verpaßte: »Biermann - ein Kindermärchen.«

***

Ich darf, mit Genehmigung meines redaktionellen Führungsoffiziers, des Kollegen Peter Dahl, erinnern: Professor Fritz J. Raddatz folgt eines Abends im vergangenen Altweibersommer dem Telefonanruf Wolf Biermanns, um zu dunkler Stunde beim Plausch in Biermanns Bleibe zu Hamburg-Blankenese Zeuge von dessen Geständnis zu werden: Daß die widerliche Kriegsgefahr von den Russen drohe, daß dies aber nicht in den Schädel gewisser hiesiger Friedensfanatiker gehe. Professor Raddatz notierte und protokollierte wenig später in seinem Blatt, der »Zeit«. Da stand denn auch, daß der Grande der Agitarre des politischen Tagesalphabets (**A**pel, **B**arzel, **C**arstens) überdrüssig sei; und er wolle sich mehr in die Poeterey an sich versenken.

***

Weder verlegerischer Willkür fähig noch raffiniertem Druck der Redaktion mich fügend, sondern einzig dem ersten der zehn Gebote für den Tagesschriftsteller folgend, das da lautet: »Du sollst einen guten Einfall haben und keine andern Götter neben ihm! «, legte ich mich alsogleich ins Geschirr. Wie prä-pariert schien ja der Plot, und auch des Spektakels Chargen (beide kleinwüchsige Medien-Monomanen wie Derwalls Dribbelderwisch Littbarski), waren ruckzuck charakterisiert.

Was Wunder, daß in der 30. Strophe des Nacherzählungsgeschehens dem Sänger, der die amerikanischen Generale für harmloser hält als ihre sowjetischen Widerparts, weil die US-Haudegen in altersbedingte Pension gehen, während die unter Hammer und Sichel noch im Sarg mit den SS-20-Zähnen knirschen, am nachtdunklen Himmel von Hamburg ein Ungeheuer erscheint und eine peinliche Perspektive verheißt:

Kommandier ich, gestatten, der russische
Bär
Bald Hagenbecks Gehege
Dann nehm ich dich - nimm mein Wort
darauf
In ideologische Pflege
Den ganzen lieben langen Tag
Spielst du Balalaika, ich schwöre:
Du bringst dich da im Pfauengeheg

Bei den deinen zu Gehöre

***

Eine kugelrunde Nummer, dieses, Liebhabern der Heinrich-Heineschen Reimrigidität seltsam vertraut anmutende »Kindermarchen«, das Zehntausende zufriedener KONKRET-Kundinnen und Kunden von den Socken in die Beifallshaltung riß, und dem selbst Deutschlands zweitbeste satirische Zeitschrift, »titanic«, Lob zollte. Doch kann der fröhlichste Schreiber nicht in Frieden spaßen, wenn es einer kleinen Clique extremistischer Leser nicht gefällt. Die tauchen - wenns heißt: Leserbrief! - die Feder nicht in Tinte, nein, die nässen sie im Faß mit Haß. Lesegenuß - kennen die nicht. Den Schreiber kränken - das tut gut! Der ist ja ein Kübel, und in den kippt man den Unrat. Und nix wird ausgelassen: Den Abschnitt des deutschen Strafgesetzbuchs - einmal rauf und einmal runter. Beleidigung, üble Nachrede, Rufmord - das bringt Spaß.

Aber damit ist '82 Schluß, Damen und Herrschaften. Ab dato wird zurückgeschrieben. So ein Tagesschriftsteller, der rund um die Uhr auf Themensuche ist, sich um Schönschreiben müht, auf dem Hochseil zwischen dem Ortograf und der Grammatik balanziert, täglich allein zwei Stunden Beistrichsetzen übt - der ist nicht das Geherda-Geschöpf in der Jahrmarktbude, das man aus lauter Gaudi mit Stopfbällen von der Wippe in den Wasserbottich wirft.

Dir, liebe Maria Manowski aus Hamburg, sei noch einmal verziehen, sagst du doch nur, ich habe »Biermann als alternden melancholisch gestimmten Lebemann verhöhnt« und tue alles, »um ihn noch einmal zu vertreiben«. Keine Angst, Biermann siedelt seit fünf Jahren aus freien Stücken wo's gefällt. Aber schon dich, Christoph Ehmann aus Berlin, muß ich verwarnen, unterstellst du mir doch, »Rache mit arg real-sozialistischem Beigeschmack« »geübt« zu haben.

Dir, Gabriele Prinzing aus Stuttgart, zeig ich die gelbe Karte, nennst du doch den Autor »KONKRETs Radfahrer« und sein Werk »fies-dümmliche Verschen«. Meinen »Verstand soll ich wieder einmal freiradeln« ? Gabriele, Gabriele, du hast eine schwarze Seele! Vom Platz fliegst du, Stefan Keller aus Berlin-Neukölln, heißt du mich doch »verblödet«, ja, schlimmer noch, den »Büttel Gremlizas«. Dies aber tu ich dir zur Strafe, Holger Wriggers aus Hamburg, da du mein »Dichtertemperament« die Quelle »schamlosen, galligen statt kreativen Spotts«, die Verse »zwanghaft und leer« und mein Werk »ein ästhetisch-politisches Schurkenstück« schmähst: Ein Jahr darfst du Horst Tomayer nicht lesen!

Dich aber, Ulrich Waldera aus Düsseldorf, verurteilt der »Tomatenheini« (so freveltest du an meinem Namen, Kerl!) zu zehn Friedensmärschen ä 20 Kilometer, da du das Poem eine »zu groß geratene Garderobennummer«, mich aber »Kunstlehrling«, und »destruktiven Schreihals« schimpfst und die unmenschliche »Hoffnung« hegst »auf meine lohnenswerten Sitzungen beim Psychoanalytiker«.

Was aber mit dir geschieht, Fritz Kremser aus Laubach-Freiensen, der du den in der Buchstaben-Branche weithin Bekannten, ja Verehrten einen »Möchtegernpoeten« titulierst und in seinem »Kindermärchen« »hinterfotzige« diffamierende und mißglückte »Reimversuche« aufspürst, derer sich »wohl keine Schülerzeitung« annähme, (»abgesehen davon, daß das braune Vergangenheit suggerierende Foto übelkeiterregend gedankenlos ist«?) Lies dies (wenns dich noch erreicht, denn du hast ja das KONKRET-Abo tapfer gekündigt): Die Haltung Tomayers auf dem Foto ist bis auf den Millimeter einer Pose Biermanns nachgestellt.

Lektüre-Nackter des Jahres aber seist du genannt, Eugen Koch aus Berlin-Neukölln. »Stern und Spiegel machen mich schon lange nicht mehr an« schreibst du mir, »die Zeit habe ich noch nie in die Hand genommen, den Vorwärts habe ich abbestellt, blieb KONKRET«. Da du aber meine »Elegien« für »eine Schweinerei« hältst, hast du dich nun auch noch von KONKRET entblättert.

Hier klingeln wieder mal nur Wörter im Akkord des Zorns? Oh nein! Dies ist der Aufruf an gleichermaßen getretene, gedemütigte, beleidigte, verspottete und verhöhnte Tagesschriftsteller, sich zusammenzuschließen gegen die jeder Beschreibung spottenden Übergriffe seitens extremistischer Leser.

Hand in Hand, Kolleginnen und Kollegen, laßt uns zusammenhalten wie unser lieber geschätzter Kollege Bert Brecht es einmal anläßlich eines Refrains trefflich sagte: »Wer im Stich läßt seinesgleichen, läßt ja nur sich selbst im Stich«.

Meldet Euch massenhaft.

Konkret 02/82, S. 40

Erich Fried

Baummeister mit Tradition

Haben der Sicherheitstrakt 3 in Stammheim und die Gaskammer in Block 3 des Nazi-Zuchthauses Brandenburg die gleichen Erbauer? ERICH FRIED ruft zur Untersuchung auf

ALS Erbauer des Sicherheitstraktes der Justizvollzugsanstalt Stuttgart-Stammheim - wenn man bei einem Bauwerk wie dieser Gefängnisfestung überhaupt von *einem* Erbauer sprechen kann - wurde mir ein Herr Werner genannt. Immerhin, als Leiter der Hauptabteilung Landesbauten und Sozialer Wohnungsbau und Ministerialdirigent im baden-württembergischen Innenministerium hatte Herr Werner wohl mehr Anspruch auf die Bezeichnung Erbauer als die meisten anderen an dem Unternehmen Beteiligten.

Eigentlich interessierte mich Herr Werner, Paul Werner, Polizeioberst a.D., gar nicht so sehr. Den Bau von Stammheim habe ich immer entsetzlich und unnütz gefunden. Um die hohe Sicherheit für oder gegen die Gefangenen war es offenbar trotz des ungeheuren Aufwandes an Mitteln nicht gut bestellt. Das Bauwerk selbst ist ein Greuel, steingewordener Terror, so daß man die Gefangenen, für die es angeblich errichtet wurde, angesichts dieses furchteinflößenden Mauerwerks eigentlich gar nicht mehr Terroristen nennen kann. Ich kann auch nie vergessen, daß der Kostenaufwand, zu dem laut Massenmedien die Terroristen den Staat gezwungen haben sollen, damit ihre Verwahrung und der Prozeß gegen sie unter optimalen Bedingungen gesichert werden könne, die erbosten deutschen Steuerzahler zu Äußerungen veranlaßt hat wie: »Schade, daß Adolf nicht mehr da ist. Sonst wären die gleich ins Gas gegangen. Das wäre billiger gewesen.«

Als Überlebender der Hitlerzeit, dem einige seiner liebsten Angehörigen vergast wurden, habe ich für derlei Äußerungen ein gutes Gedächtnis. Aber ist Herr Werner schuldig an solchem losen Gerede, an dem nichts stimmt? Denn auch Hitler hatte ja etwas für große Prozesse übrig, etwa den Reichstagsbrandprozeß oder die Prozesse gegen die Männer des 20. Juli 1944.

Schuldig oder unschuldig, wer weiß? Polizeioberst außer Dienst. Schon unter Hitler Polizeioberst. Zum Generalleutnant ernannt wurde er erst knapp nach Hitlers Tod, unter Dönitz. Warum nennt er sich nur Oberst, nicht Generalleutnant? Erkennt er das kurzlebige Dönitzreich nicht an, das vorhergegangene aber nach wie vor?

Der nächste Blick auf das Material über Herrn Werner läßt solche Überlegungen verblassen. Ich sehe noch einmal genau hin, ich darf mich nicht irren. Da steht, daß Paul Werner 1939 Leiter der Gruppe Kriminalpolitik des Reichssicherheitshauptamtes war, das am 26. Oktober 1939 gegründet wurde.

Dieser 26. Oktober 1939 ist aber, wenn mein Informationsmaterial stimmt, auch noch in ganz anderer Hinsicht ein wichtiger Tag in Herrn Werners Leben. An diesem Tag fand unter seiner Leitung ein Versuch mit sogenannten Vergasungsapparaten statt. Ort der Handlung: Zuchthaus Brandenburg an der Havel; für den Versuch wurde eine Gaskammer gebaut. Mitanwesend als verantwortlicher Chemiker- Dr. Albert Widmann, Hauptmann und Kommissar der Reichskriminalpolizei und SS-Hauptsturmführer. Versuchspersonen: sechs sogenannte »kriminelle« polnische Kriegsgefangene. Versuchsweise Tötung im Block Drei. Der Versuch verlief erfolgreich, die sechs Polen waren tot.

Dr. Widman war damals, laut meinen Informationen, Stellvertretender Direktor des Kriminaltechnischen Institutes (KTI) des Reichssicherheitshauptamtes. Herr Werner war sein Vorgesetzter und wurde sein Freund. Nach meinen Informationen lebt Dr. Widmann in Stuttgart-Stammheirn, nahe dem großen Bau seines alten Freundes in einem gemütlichen Haus In den Weinbergen. Er ist als Chemiker Miteigentümer der Voteler Lackwerke geworden.

Den Informationen ist noch weiter zu entnehmen, daß Herr Werner, der Initiator der Vergasungen, dann nach dem 20. Juli 1944 kommissarischer Chef der gesamten deutschen Kriminalpolizei wurde, daß ihm die Techniker der Gaskammern unterstanden und daß er sich in der Sowjetunion als Chef des Einsatzkommandos No. 9 an den Massenhinrichtungen in der Nordukraine beteiligt hat. Seine beiden damaligen Stellvertreter haben später, lange nach Ende des Dritten Reiches, die zum Schutz der Bundesregierung gegründete Sicherungsgruppe Bonn> des Bundeskriminalamtes geleitet. Einer von ihnen, ein Herr Peters, hat - anscheinend in Zusammenhang mit dem Bekanntwerden seiner Wirksamkeit in der Ukraine - Selbstmord begangen. Herr Werner wurde laut meinen Informationen zwar einmal angeschuldigt (die Informationen enthalten einen Hinweis auf die Aktennotizen des Generalstaatsanwalts von Hessen vom 1. Januar 1961, Seiten 1-183), aber er wurde immer außer Verfolgung gesetzt. Zu einer Anklage kam es nie.

Soweit meine Informationen, nach denen, mindestens als ich sie erhielt, Ministerialdirigent Paul Werner und Dr. Albert Widmann noch am Leben waren. Es geht mir nicht um den von Lästermäulern durch ihren Vorschlag, »Diese Verbrecher in Stammheim sollten lieber gleich ins Gas gehen!« hergestellten Zusammenhang zwischen dem Sicherheitstrakt 3 in Stuttgart-Stammheim und der Gaskammer in Block Drei im Zuchthaus Brandenburg 1, obwohl hier eine groteske Querverbindung vorzuliegen scheint, so kitschig und so grauenhaft, wie nur die Wirklichkeit selbst sie inszenieren kann.

Es geht mir aber daru m, daß diese Informationen, die ich selbst nicht in allen Einzelheiten überprüfen kann, endlich einmal gründlich überprüft werden müssen, denn entweder tun sie Paul Werner und Albert Widmann ungeheuerliches Unrecht, oder es ist nicht minder ungeheuerlich, daß solche Männer noch nach Ende des Dritten Reiches unbehelligt weiterwirken konnten. Ununtersucht dürfen Fälle wie dieser nicht bleiben.

Konkret 02/82, S. 41

Gunter Schmidt

Schwule und andere Ratten

Ein Wissenschaftler in der DDR plant die hormonelle Endlösung des Homosexuellen-Problems.

In den letzten Jahren suchen Wissenschaftler - wieder einmal - emsig nach einfachen körperlichen Erklärungen für sexuelle Probleme. Die Ursache der Homosexualität wird - aufgrund von Tierexperimenten - in einem vorgeburtlichen Hormon-Ungleichgewicht gesehen, und balancierenden Hormongaben, ebenfalls vorgeburtlich, werden zur Vorbeugung erwogen (s. Kasten). Der Sitz der Perversionen wird - wieder aufgrund von Tierexperimenten - im Zwischenhirn vermutet und hirnchirurgisch will man ihnen zu Leibe rücken.

Auch für die Transsexualität glaubte man, kurzfristig, die »biologische Kraft« gefunden zu haben in Form eines Antigens - bevor sich die »Forschungsergebnisse« als Kunstprodukt der Meßtechnik erwiesen.

Aber auch vor alltäglicheren Problemen macht der Fortschritt konsequenter somatischer Medizin nicht halt: Bei den Erektionsstörungen wendet man sich - psychologische Überlegungen verdrängend - den Durchblutungs- und Strömungsverhältnissen im Penis zu und versucht sich mit Gefäßchirurgie - kaum daß die in Penisprothesen gesetzten Hoffnungen verblaßt sind. Für Orgasmusschwierigkeiten der Frau macht man die ungünstige Lokalisation der Klitoris verantwortlich und verlegt sie operativ, scheidenabwärts.

Sexuelle Probleme werden auf den Punkt gebracht, auf einen organischen, greifbaren, angreifbaren und ausmerzbaren Punkt. Das vereinfacht die Welt, macht sie übersichtlich, entlastet von der Anstrengung, unser Halbwissen zu ertragen. Die Wut über die therapeutische Ohnmacht kann verleugnet oder, schlimmer, sadistisch gegen die Auslöser dieser Ohnmacht, die »Patienten« gewendet werden. Man bedient sich dabei fast immer der kompliziertesten apparativen Methoden, was in einem irritierenden, aber nur scheinbaren Gegensatz zur psychologischen Arglosigkeit dieser Sexualmedizin steht. Der Verweis auf die hochtechnisierte, nicht nur für den Laien undurchschaubare Methodik bringt dabei allzuleicht Skepsis autoritär zum Schweigen.

Fast alle diese Erkenntnisse und Behandlungskonsequenzen werden, nachdem sie mit viel Wirbel verbreitet und propagiert wurden, bald wieder zu den Akten gelegt. Sie sind wie wechselnde Moden, Moden allerdings, die viele »versorgte« Patienten hinter sich lassen.

Eine dieser Moden, die sich hartnäckiger hält, ist die These von der Homosexualität als vorgeburtliche Hormonstörung. Die Forschungen Günter Dörners, obwohl sie seit fast zehn Jahren auf dem gleichen Stand verharren, werden in Abständen immer wieder von den Medien in die Öffentlichkeit gebracht. Im Namen des Fortschritts - letzthin im Deutschen Fernsehen: Bilder aus der Wissenschaft (am 23.12.81). Dörners Ansatz zielt auf die Abschaffung der Homosexualität, spielt mit »der Möglichkeit einer endokrinologischen Euthanasie der Homosexualität«, wie es in einer Stellungnahme der Deutschen Gesellschaft für Sexualforschung heißt. Wer Dörner und seine Thesen so liebevoll in Szene setzt wie das Deutsche Fernsehen, wer so ausführlich und scheinbar sachbezogen über einen Skandal berichtet und Kritiker totschweigt, der macht sich zum Propagandisten und Handlanger dessen, was Dörner beabsichtigt: den Versuch einer unblutigen Endlösung für das »Problem« Homosexualität; der verheert die ohnehin schwache Toleranz gegenüber Homosexuellen zu einer Duldung bis zu ihrem Verschwinden.

Dörner sitzt nicht in den Forschungslabors von Schering - wie man denken könnte -, um neue Absatzmärkte für Androcur zu schaffen, das Antihormon, mit dem er der männlichen Homosexualität vorbeugen möchte. Dörner forscht an der Humboldt-Universität in der Hauptstadt der DDR. Und die Propagierung seiner Thesen in der BRD setzt eine gesamtdeutsche Kumpanei fort, die Tradition hat. Dörner lieferte, ebenfalls mit seinen Rattenexperimenten, westdeutschen Hirnchirurgen den Vorwand zum Eingriff in das Gehirn bei Menschen mit unangepaßtem Sexualverhalten und bei Sexualstraftätern: zur stereotaktischen Verödung bestimmter Teile des Zwischenhirns. In der BRD wurden mindestens 75 solcher Patienten operiert - als einzigem Land in der Welt, sieht man von wenigen Operationen in der CSSR ab. Die Operationen sind - soviel zu sehen ist - wegen öffentlicher Proteste seit etwa drei Jahren eingestellt. Dörner hat sie bis zum Schluß als wissenschaftlich gesichert verteidigt - und man wird den Verdacht nicht los, daß er sie als willkommene Experimente zur Überprüfung seiner Thesen ansah. Die Zusammenarbeit der als Wissenschaftler getarnten Sozialkontrolleure funktioniert im geteilten Deutschland. Es ist eine gesamtdeutsche Kumpanei mit großdeutscher Geschichte: Zur Ausmerzung der Artfremden.

Nur nebenbei: Aufhänger für die Dörner-Sendung im Fernsehen war eine sozialwissenschaftliche Untersuchung aus dem Kinsey-Institut, die auch schon der »Spiegel« in Zusammenhang mit Dörner brachte. Die amerikanischen Forscher befragten eine große Anzahl homo- und heterosexueller Männer und Frauen auch über ihre Kindheit, das Verhältnis zu Eltern und Geschwistern. Sie fanden weniger Unterschiede zwischen Homo- und Heterosexuellen, als sie erwartet hatten, und schlossen, daß psychoanalytische Annahmen über die Entstehungsbedingungen von Homosexualität bisher überschätzt

wurden. Nun sind solche Annahmen mit einem retrospektiven Interview gar nicht zu überprüfen, da sie Prozesse betreffen, die weitgehend unbewußt bleiben und in frühester Kindheit liegen, der Erinnerung also nicht zugänglich sind. Ein sozialwissenschaftlicher Kurzschluß hält also diesmal für die Dörner-Renaissance her: Da man so wenig Psychologisches findet, muß man auf biologische Erklärungsversuche bauen. Man sieht die Hand vor Augen nicht, weil man im dunkeln tappt und glaubt, keine Hand zu haben!

Tatsächlich wissen wir heute wenig über die Entstehungsbedingungen von Homosexualität und Heterosexualität. Politisch, und das heißt hier: für die Verbesserung der Lebenssituation Homosexueller, ist diese Frage auch ohne Belang. Denn verfolgt werden können sie im Namen jeder Ursachenlehre: als moralisch Degenerierte (wie im 19. Jahrhundert), als Psychopathen, als Kranke oder biologisch Entartete. Und jede Theorie über die Entstehung kann auch die »Normalität« der Heterosexuellen absichern. Klare Verhältnisse bedeuten hier auch: Ich bin ganz anders als Homosexuelle; geben Gewißheit, daß man mit ihnen nichts gemein h at.

Die Homosexualität ist - wie immer sie entsteht - eine im Menschen liegende Möglichkeit, seine Sexualität und sein Bedürfnis nach Liebe zu leben. Sie ist nichts, das der Vorbeugung oder Behandlung bedürfte. Jede Diskussion um Prophylaxe oder Therapie im Sinne einer Umpolung zum Heterosexuellen ist die Verschiebung des Vorurteils und der Abgrenzung von der moralischen auf die medizinisch-klinische Ebene und bleibt Diskriminierung.

In einer Gesellschaft, die ihren Frieden mit der Homosexualität nicht gemacht hat, die Andersartigkeit so wenig erträgt, ist die »Entdeckung« von Entstehungsbedingungen - das lehrt die Diskussion um Dörners Thesen - potentiell von vernichtender Konsequenz. So gesehen ist es gut, daß wir so wenig wissen.

Bespringen und ducken

Professor Dr. Günter Dörner, Humboldt-Universität in Berlin, untersucht seit mehr als zehn Jahren das Paarungsverhalten der weißen Ratte. Bei diesem Nager geht es ordentlich zu: Die Männchen bespringen, die Weibchen ducken (»präsentieren«) und lassen sich bespringen. Einfache vorprogrammierte Verhaltensmuster, die ohne Übung funktionieren.

Dörner fand nun, daß man diese Verhaltensmuster durch Hormongaben vor der Geburt manipulieren kann. Männliche Rattenjunge, die durch einen Androgenmangel (Androgen = männliches Sexualhormon) »hormonell verweiblicht« werden, lassen sich nach der Pubertät häufig bespringen; weibliche Rattenjunge, die durch einen Androgenüberschuß »hormonell vermännlicht« werden, machen, einmal ausgewachsen, häufig Sprünge.

So weit so gut. Nur: Dörner nennt diese manipulierten Sprung- und Duckgewohnheiten »homosexuell« und sah in seinen »homosexuellen« Ratten anstandslos ein Modell für die Homosexualität des Menschen. Danach werden Menschen durch untypische Hormonverhältnisse in einer kritischen Phase der vorgeburtlichen Entwicklung (4. - 7. Schwangerschaftsmonat) homosexuell: Androgenmangel präge bestimmte Teile des männlichen Zwischenhirns »weiblich«, Androgenüberschuß bewirke eine »männliche« Entwicklung des Zwischenhirns beider Frau. Homosexualität sei eine hormonell bedingte Entwicklungsstörung, eine Endokrinopathie (Hormonkrankheit), die zu einer geschlechtsuntypischen Gehirnentwicklung führe. Krank im Kopf, soweit nichts Neues.

Durch die Dürftigkeit der »Beweise«, die Dörner vorlegt, schimmert der Fanatismus seiner Vorurteile. Aus anderen Ratten-Versuchen weiß er, daß Streß die Androgenproduktion unterdrückt, daß unter Streß ausgetragene Rattenmännchen entsprechend einen Androgenmangel haben und, später, eine hohe Neigung zum Ducken. Dann fand er in einer Statistik über geschlechtskranke Männer einer Beratungsstelle in der DDR, daß der Anteil Homosexueller unter den in den Kriegsjahren Geborenen überdurchschnittlich hoch ist. Und nun fügt sich alles zueinander: Krieg ist Streß, Streß bedeutet Androgenmangel, Androgenmangel macht homosexuell. Endlich wissen wir, was den Krieg so schrecklich macht.

Und wenn es *noch* eines Beweises bedurfte, Dörner präsentierte ihn im Deutschen Fernsehen, kürzlich: Einen Homosexuellen, dessen Mutter im vierten Schwangerschaftsmonat vergewaltigt worden war: Vergewaltigung ist Streß, Streß ist ... usw., siehe oben.

Wo man Krankheiten aufspürt, will man sie ausrotten. So auch Dörner. Schon jetzt, so verkündete er, wieder im Deutschen Fernsehen, werden Langzeitversuche gemacht: Während der Schwangerschaft werden aus dem Fruchtwasser laufend Hormonspiegel bestimmt; dann die Entwicklung der abnormen Kinder gebannt verfolgt. Mit korrigierenden Hormongaben von außen in den mütterlichen Blutkreislauf könnte dann einmal die Homosexualität für immer ausgeschaltet werden, wie andere Seuchen auch. Niemand weiß, ob nicht heute schon an den Dörnerschen Labors eine »Kontrollgruppe« derartig prophylaktisch behandelt wird. Jedenfalls dementiert keiner die Existenz solcher gemeingefährlichen Versuche am Menschen.

Konkret 02/82, S. 43

Karl Pawek

Es könnte alles viel lustiger sein

Die Parteien denken über ein neues Demonstrationsrecht nach, KARL W. PAWEK macht sich Gedanken, wie Demonstrationen phantasievoller werden können

EIN bißchen mehr Fantasie bräuchten wir schon. Sie muß deswegen nicht gleich die Macht übernehmen, die liegt beim Volk in zukunftsträchtigeren Händen, aber sie könnte uns helfen im Kampf um den Frieden.

Wir haben demonstriert in Bonn, und es war beeindruckend. Selbstverständlich gingen wir auch bei den folgenden Demonstrationen mit, denn es ist die Pflicht jedes politisch denkenden Menschen, andere von seiner Haltung und seinem Wissen zu überzeugen. Die meisten von uns und schließlich immer noch viele werden auch an den künftigen Friedensmärschen teilnehmen im nächsten und übernächsten Jahr. Denn die NATO-Regierungen spielen auf Zeit, warten nur darauf, daß der innere Widerstand gegen ihre wahnsinnige Politik ermattet. Wir werden uns, hoffen sie, ausdemonstrieren. Ihre Chancen stehen nicht schlecht. Jede Pflichtdemonstration mit geringerer Beteiligung bereitet den Schwund der folgenden vor.

Demonstrationen können bei entsprechender Unterstützung durch die Medien auf Gefahren, Verbrechen aufmerksam machen. Aber sie vermitteln den unbeteiligten Bürgern kaum Wissen. Sprüche wie »Mit-marschie-ren-soli-dari-sieren« oder »Bürger, laß das Gaffen sein, komm herunter, reih' dich ein« sind daher schlicht dumm. Wäre es nämlich dem Bürger bewußt, worum es geht, käme er auch ohne Einladung mit. Bewußtsein aber erzeugt man nicht durch arrogante Provokationen.

Nützlicher wäre es, wir wurden ernsthaft und fantasievoll nicht nur uns, sondern die politischen Probleme demonstrieren. Nur so kann die Friedensbewegung noch größer und stärker werden, was wir zum gegebenen Zeitpunkt dann durchaus wieder in Form einer Demonstration zeigen können.

Die Bereitschaft sehr vieler Menschen, für den Frieden mehr zu tun als nur zu marschieren, ist enorm. Nicht geringer ist die Zahl der Möglichkeiten. Private Gespräche über Rüstung und Kriegsgefahr mit Eltern, Verwandten und Nachbarn sollten selbstverständlich sein. Aber warum eigentlich muß jede Demonstration von einem Treffpunkt zu einer Abschlußkundgebung führen? Umgekehrt wäre es sehr viel sinnvoller. Wir treffen uns auf einer Kundgebung, lassen uns aufrüsten mit Argumenten und verteilen uns gruppenweise in der Stadt, diskutieren mit Passanten in den Einkaufsstraßen. Statt Schnorrern mit ihren Madonnenbildchen die Pflastermalerei zu überlassen, könnten fortschrittliche Maler mit Anti-Kriegs-Bildern Einkaufsbummler neugierig machen. Theatergruppen und Musiker sollten kurze Stücke an wechselnden Orten aufführen. Live-Diskussionen mit Passanten, die mittels Video auf zwei, drei Monitore übertragen werden, sind nicht minder attraktiv. Und wenn in einer Passage vermeintlich Kauflustige schlendernd plötzlich ein Friedenslied singen, werden schon ein paar Leute zuhören. Reihen wir uns nicht länger nur ein, zeigen wir mehr als nur unsere Gesinnung, seien wir kreativ.

Viele Künstler und nicht die schlechtesten sind bereit, sich für die Abrüstung zu engagieren. Organisieren wir für sie Veranstaltungen, Friedenskonzerte, aber auch mit Volksmusik, auch mit klassischen Werken! Machen wir an den Wochenenden Friedensausflüge in die Dörfer der Umgebung! Sprechen wir mit Kinobesuchern über Kriegsfilme! Informieren wir über Aktivitäten im Ausland! Wer in unserer Medienprovinz weiß schon, daß sich unsere UNO-Vertretung weigerte, einer Resolution zuzustimmen, die den atomaren Erstschlag als ein Verbrechen definiert? Wer hat schon von Loroy T. Matthiesen gehört, dem katholischen Bischof aus Amarillo/Texas, der an die 2400 Arbeiter eines Rüstungsbetriebes appellierte, aus Gewissensgründen das Unternehmen zu verlassen: »Macht euch klar, was ihr da tut, und sucht einen neuen Arbeitsplatz, wo ihr dem Leben dienen könnt.« Es wäre nicht schwierig, ein tägliches Friedensbulletin mit ähnlichen Nachrichten zu füllen.

Laßt uns Friedenspreise stiften für Soldaten, die ihres politischen Mutes wegen gemaßregelt wurden, für Beamte und Gewerkschafter, für Kleinhändler, die ihren Abrüstungswillen nicht für sich behalten. Und seien wir nicht zu bescheiden. Verlangen wir von jedem, der den Krefelder Appell unterschreiben durfte, sich mit 10 Mark an den Kosten einer Friedenskampagne zu beteiligen. Denn wenn auch die Fantasie wohlfeil ist, ihre Umsetzung kostet Geld.

Und wäre es schließlich nicht ein ebenso ermutigendes wie ergötzliches Schauspiel, wenn beim nächsten NATO-Großmanöver auf bundesdeutschem Boden 300 000 Friedenskämpfer einen Spaziergang ins Manövergebiet unternehmen würden, wirklich ganz friedfertig? Auch als Aufrüstungsgegner würde ich mir gerne einmal einen Leopard-Panzer aus der Nähe anschauen, am liebsten zerlegt, damit ich die Funktion der einzelnen Teile besser verstehe.

Konkret 02/82, S. 44

Peter Dahl, Karl Nemsi

Nichts zu verbessern, nichts zu lernen

Er war lange vergessen, jetzt liegen die Bücher von Franz Jung gleich in mehreren Ausgaben wieder vor. Das Werk dieses Spontaneisten und »Linksradikalen« könnte das gängige Literaturverständnis der Spontis ins Wanken bringen: statt gefühliger Selbstbespiegelung geht es hier um schonungslos genaue Beobachtung und Erinnerung

IN Weimar war er ein Hansdampf, die zwölf Jahre der Nazi-Herrschaft mogelte er sich mit wenig Erfolg durch - »ich habe den Ruf: 'Rette sich, wer kann!' geflissentlich überhört; an mich war er auch direkt nicht gerichtet gewesen« - danach irrte er durch die Länder des Exils, ohne Fuß zu fassen. 1961 wurde seine Autobiographie veröffentlicht; im Laufe von zwei Jahren waren 335 Exemplare verkauft: » ... warum mein sogenanntes literarisches Come-back gescheitert ist, scheitern mußte, weil ich nichts mehr auszusagen hatte als das, worauf ich mein Leben, meine Erlebnisform sozusagen, gestellt hatte, und das ist nicht mehr die literarische Darstellungsform gewesen.«

Franz Jung starb 1963; in den Siebzigern wurde er zum Geheimtip. Heute liegen vor (neben mancherlei Verstreutem und ausführlichen Abdrucken in Uwe Nettelbecks Zeitschrift »Die Republik«): der erste Halbband einer auf zehn Bände angelegten Gesamtausgabe (»Feinde ringsum« - Edition Nautilus), eine zweibändige Werkausgabe (Schriften und Briefe« - Verlag Die Republik/Verlag Petra Nettelbeck/Zweitausendeins) und eine Textsammlung (»Grosz/Jung/Grosz«-Verlag Brinkmann und Bose).

Für einen Geheimtip ist das reichlich viel, aber offenbar sind es ganz verschiedene Franz Jungs, die da von unterschiedlichen Interessen vereinnahmt werden. Da ist der Literat und Dramatiker, der, so seine Herausgeber Fähnders und Rector, »Pionierleistungen der proletarisch-revolutionären Literatur erbrachte«, da ist der linkskommunistische Politiker, der einen biologistischen, psychoanalytischen, individualistischen Spontaneismus propagierte: »Der Revolutionär im wahren Sinne des Wortes, d.h. der Umstürzler, der Empörer, der den Zustand der Welt und seinen eigenen Zustand... wahr erkannt hat, benötigt keine revolutionären Mittel. Er stellt sich selbst mit seinem Zustand die neue Atmosphäre her.« Und da ist schließlich der Autor der Autobiographie »Der Weg nach unten«, die im Mittelpunkt der Ausgabe bei Zweitausendeins steht. »Interessiert daran bin ich nur zu erkläre , warum alles falsch war, warum ich nicht mich normal entwickeln konnte, warum diese Zeit und diese Gesellschaft... zu Ende geht, warum es mir nicht gelungen ist und gelingen konnte, sie vorher zu zerstören, selbst was dazu mitzuwirken an der Zerstörung - auch dazu ist eben der Einzelne und vor allem ich in Wirklichkeit zu schwach.«

»Der Weg nach unten« entwickelt Jungs frühere literarische Arbeit nicht weiter, sondern steht dagegen, ist sicher aber das Beste, was er geschrieben hat. Literatur ist nicht Trost noch Hoffnung noch Lebenshilfe, nicht einmal Selbstversöhnung (»-verwirklichung«), und das dürfte unseren Spontis diesen Spontaneisten ziemlich ungenießbar machen:

»Wer mit sich selbst im Gespräch ist, muß vor allem ein guter Zuhörer sein, mit ausreichender Geduld. Er muß ein gelernter Zuhörer sein, beobachten, wägen, urteilen, standhaft bleiben und - in der Distanz. Die Schriftsteller, die bei einer solchen Gelegenheit leicht in das Autobiographische abrutschen, haben einen rührenden Zug, die balzen um die Existenz ihres Ego wie ein Auerhahn - bald liegen sie sich in den Armen, denn sie lieben sich sehr... Wer im Unrecht ist, der darf sich nicht selbst lieben, und um stolz darauf zu sein, muß man sich vorbeigehen lassen und untertauchen im Strom der Passanten, die deine Straße entlangwandern, die einen nach rechts herauf, die anderen nach links hinunter - (es wäre gut zu sagen, daß heute alle im Unrecht sind).«

Und nicht nur unsere Spontis wird das Resumée der Autobiographie verunsichern, schließlich gewöhnen wir es uns gedankenlos an, zu meinen, Literatur habe eine friedliche Welt zu beschwören, statt ihren Unfrieden und die zu erwartende Katastrophe zu konstatieren:

»Die Gesellschaft, in die wir hineingeboren werden und in die wir gestellt sind, ist krank... Zuerst müßten die Krankheitsträger, die Menschen, das heißt die einzelnen, zerstört werden, ausgerottet. Es scheint, daß hierfür vielversprechende Ansätze bereits vorhanden sind; die Wasserstoffbombe gehört dazu. Nieder mit dem Frieden!«

Sträflich verantwortungslos? Die 30 Jahre, die man einer Generation zuzählt, reichen aus für die öde Stagnation von Adenauer zu Schmidt, beispielsweise, oder sie umfassen Epochen: Revolution, Weimar, Faschismus, Weltkrieg. Was ist die Verantwortung des Schriftstellers? »Es ist nicht die Frage der Zweckmäßigkeit, der besseren Vorbereitung, der Erfahrung, aus der etwas zu lernen wäre - es ist das Ziel, und das Ziel wird immer das gleiche sein: nichts zu verbessern, nichts zu lernen.«

Win deutschen Schrifttum überwiegt der Literat, der verantwortungslose Schreiber«, formuliert Max Herrmann-Neiße, »Franz Jung war... über den offiziellen Bestand Blühendes durch die Gewissenhaftigkeit, mit der er seine Dichtung jederzeit durch sein Leben deckte.« Max Herrmann aus Neiße war ein Jugendfreund Jungs, der 1888 ebenfalls in dem heutigen Nysa geboren wurde. Jung studiert Musik und Wirtschaftswissenschaften, bricht ab, weil er seiner späteren ersten

Frau, einer Varieté-Tänzerin, nach St. Petersburg nachreist. Zurück in München, gerät er an die Gruppe »Tat« um Erich Mühsam, er veröffentlicht im »Sturm« und in der »Aktion«, 1912 erscheint sein erstes Buch und er plant ein »Organ für psychologische Probleme des Anarchismus«, zusammen mit dem Psychoanalytiker Dr. Otto Groß. Dessen Versuch einer politisch-revolutionären Psychoanalyse bestimmte Jungs politisches Denken; 1913 ließ Groß' Vater, der sich durch Arbeiten zum Vater-Sohn-Konflikt persönlich angegriffen fühlte, seinen Sohn in eine Heilanstalt einsperren. Jung startet mit Erfolg eine öffentliche Aktion zur Freilassung Groß'; Pfemferts »Aktion«, Jacobsohns »Schaubühne«, Waldens »Zukunft«, die »Vossische Zeitung« und die »Wiener Neue Freie Presse« unterstützen ihn. (Der Fall ist in dem Buch »Grosz/Jung/Grosz« dokumentiert).

Im ersten Weltkrieg Freiwilliger; Anti-Kriegspropaganda innerhalb der »Tat«Gruppe. Jung desertiert, wird verhaftet, flieht, arbeitet als Wirtschaftsjournalist und unterstützt die illegale Propaganda des Spartakusbundes. 1918 unterzeichnet er mit Tzara, George Grosz, Huelsenbeck, Raoul Hausmann und Walter Mehring das Berliner Dada-Manifest und gehört zu den revolutionären Besetzern des Wolffschen Telegrafenbüros. Bei den Kämpfen im Berliner Zeitungsviertel wird er 1919 verhaftet und flieht. Er tritt kurz nach deren Gründung der KPD bei, unterzeichnet den Aufruf »Dadaisten gegen Weimar« und gründet einen Wirtschaftsnachrichtendienst. 1920 gehört Jung zu den Gründern der KAPD, der Kommunistischen Arbeiter-Partei, einer linken, aktionistischen - Abspaltung ist nicht richtig; in Berlin übernahm die KAPD 7.500 von 8.000, im Reich immerhin mehr als ein Drittel der KP-Mitglieder. Jung entführt einen Fischdampfer nach Murmansk, um die Aufnahme seiner Partei in die Kommunistische Internationale zu betreiben.

Lenin reagiert mit der Schrift »Der 'linke' Radikalismus, eine Kinderkrankheit des Kommunismus«. Zwar wurde die KAPD »provisorisch« in die Internationale aufgenommen, die Partei lehnt aber die Zusammenarbeit mit den »orthodoxen« Kommunisten ab. Für Jung, der »wegen Schiffsraub auf hoher See« verhaftet wird, ist der Aufenthalt in verschiedenen Gefängnissen eine literarisch produktive Zeit; schließlich wird er gegen eine Kaution der sowjetischen Regierung freigelassen. Er wird zur Organisierung von Streiks zu Max Hölz nach Mitteldeutschland geschickt, seine Bücher werden im Malik-Verlag veröffentlicht, die Piscator-Bühne führt sein erstes Drama auf.

Wieder ein - literarisch ergiebiger - Gefängnisaufenthalt, diesmal in Holland. Als sowjetischer Staatsbürger wird er freigelassen, geht nach Rußland, trennt sich von der KAPD, deren Kritik an einer zentralistischen Parteiorganisation er teilt und deren Feindlichkeit gegenüber der Sowjetunion er kritisiert. Er arbeitet in der Presseabteilung der Komintern, beim Aufbau einer Zündholzfabrik bei Nowgorod und stellt als Beauftragter der Internationalen Arbeiterhilfe des Willi Münzenberg einen ziemlich unrealistischen Plan zur Entwicklung der Landwirtschaft im Ural auf.

Nach drei Jahren zurück in Deutschland, gründet Jung unter einem Tarnnamen wieder eine Wirtschaftskorrespondenz, als »Schrittmacher der deutschen Industrie für den deutschen Weltmarkt«, gibt die Zeitschrift »Der Gegner« heraus, schreibt Feuilletons für Tageszeitungen, arbeitet als Versicherungsberater und Prämien-Experte für Seeversicherungen. Sein »Wirtschaftsverlag« finanziert die Aufführungen von Brechts »Mahagonny« und »Die Mutter«, aber auch den Verkauf einer ungarischen Getreide-Entmuffungsanlage und einer bulgarischen Joghurt-Lizenz. 1932 fliegt die Firma wegen Devisenvergehen auf, Jung wird gesucht. Er gründet einen neuen »Pressedienst für Wirtschaftsaufbau«, der 1934 als organisatorischer Rahmen für die illegalen »Roten Kämpfer« dient.

1936 wird Jung verhaftet, und es ist ein noch nicht ganz geklärtes Detail, wie er diesmal wieder freigekommen ist - vermutlich auf Intervention der Canaris-Abwehr. Er flieht nach Prag, wo er wieder für einen eigenen Pressedienst arbeitet und für die »Grünen Berichte« der Exil-SPD nach Paris, Genf und Budapest. Nach der Machtübernahme durch die Pfeilkreuzler wird er dort verhaftet, flieht wieder, kommt nach Italien, wird wieder verhaftet und ins Konzentrationslager Bozen gebracht.

Nach der Befreiung lebt er vom Kuchenbacken, geht dann in die USA, reist durch Europa, sucht neuen Anschluß an den Literaturbetrieb, verwirft seine Anstrengungen wieder. 1962 schreibt er in einem Brief: »Ich bin 30 Jahre boykottiert worden.... aus den Bibliotheken verschwunden, in keines der Referenzenbücher aufgenommen etc. Ich kann einfach nicht nocheinmal von vorne anfangen. Ich habe das selbst jetzt in meinem Buch nicht geschrieben, aber es war eben solch ein Schock, von dem ich mich nicht mehr erholt habe. Das sind die Fakten. Ich kann eben nicht mehr.«

Armin Th. Wegener saß in Rom täglich vor leeren Blättern, ohne etwas zu schreiben, Walter Mehring ließ die Zeit in Schweizer Hotelzimmern verstreichen - für viele Emigranten war das Leben zuende, als sie den Krieg überlebt hatten. Das Finanz- und Organisationsgenie Franz Jung vegetierte von lächerlichen Unterstützungen und gelegentlichen Honoraren. Die Beziehungen zwischen Menschen waren der Gegenstand seines literarischen *und.* seines Lebensexperiments gewesen; jetzt ist er einsam. »Der einzelne bleibt allein.« »ich bin ein Opfer meiner Freunde, nicht meiner Feinde.« Die Briefe, die er seiner zweiten Frau Cläre schreibt, von der er seit den 30er Jahren getrennt lebt, sind merkwürdig sachlich-resignativ. Gescheitert ist in seinen Augen die Politik - jede Politik. Der zeitweilige Sieg des Faschismus war ein vollständiger Sieg über die Menschen, die ihn trugen. Sich einrichten erscheint unter allen Umständen unmöglich. »Unter Zuhause... verstehe ich die Ostzone - so dreckig es dort aussehen mag. Selbstverständlich kann ich dort nicht arbeiten, aber auch hier nicht, wo ich langsam und systematisch verhungere.«

Was bleibt, ist, die Erinnerungen zu bewältigen, »explosiv und explodierend, eingeengt und zerdrückt von einer dynamischen Vorstellungswelt, gegen die ich mich wehre, ohne sie aufgeben zu können und vielleicht auch, ohne dies zu wollen.« »Vor allem auch ist mir die präzise Erinnerung mit allen Begründungen und Erklärungen nicht gerade sympathisch. Niemandem ist es schließlich recht, so vieles falsch gemacht zu haben... Außerdem bin ich weder ein Reformer noch ein Erzieher.«

»Der Weg nach unten« erschien zu Unzeit, in der andere sich einzurichten versuchten; es erschienen zur gleichen Zeit eine ganze Reihe von Dissidenten-Autobiographien, dem Antikommunismus der Adenauerzeit zurecht: Koestler, Trepper, Regler... Jung, der am Kommunismus kaum ein gutes Haar läßt, paßt da wieder nicht rein. Sein Buch ist eine Selbstabrechnung, schonungslos, rückhaltlos, es vermittelt eine Ahnung davon, wozu Literatur in der Lage wäre, wenn sie keine Rücksicht nähme auf Wünsche, Hoffnungen, Selbstliebe von Autor und Leser und auf keine, aber auch gar keine politische Notwendigkeiten, Ziele oder was auch immer. »Mich interessieren die eigentlichen Facts, die Kette der sogenannten Abenteuer überhaupt nicht. Ich muß sie eben gerade erwähnen, aber ich verkleinere sie, setze sie in eine mehr ironische Distanz und beweise es an mir, daß der Mensch nicht 'gut' ist und überhaupt nur einen sehr geringen Lebenswert besitzt - der Versuch, diesen Wert zu steigern oder zu manifestieren, mag zeitweilig ganz interessant sein, aber es ist nichts Bedeutendes und war es auch nie, solange die Menschen angefangen haben, Geschichte aufzuschreiben.«

Unter diesen Voraussetzungen zu schreiben, setzt einen fast unmenschlichen Optimismus voraus. »Es geht weiter. Marschieren wir - geradenwegs - immer nach Vordermann - Ich werde in der Hölle zu demonstrieren haben für Verständnis und Liebe zwischen den Menschen, für die Kameradschaft und für die Erlösung vom Übel (wenn das gestattet ist).«

Konkret 02/82, S. 47

Heiner Boehncke

Erinnern, das ist lebendige Geschichte

Lebensgeschichten kleiner Leute bilden das Material, mit dem ein Offenbacher Projekt »Geschichtsschreibung von unten« versucht

ALS alles nichts geholfen hatte, alle halbe Jahr ein neuer Verein gegründet worden war, um den wenig bekannten großen Massen Linien und Bewußtsein anzudienen; als schließlich der letzte Rest der überlebensgroßen Theorien der kleinen Parteien unter den Teppich gekehrt wurde, da haben einige Leute damit angefangen, sich für lebendige Menschen zu interessieren.

Daß die Geschichte nicht wie ein jeweils unterschiedlich bewölkter Himmel über den Menschen steht, sondern durch sie hindurchgeht, daß sie ihre Geschichten auf unübersehbare Weisen mit den großen historischen Tendenzen verknüpfen: diese Annahmen standen am Anfang eines langfristig angelegten Arbeitsprojekts, über das ich hier berichten will.

Es geht vor allem um ältere Arbeiter in Offenbach am Main. Zwei Fragen und eine Absicht:

Wie war ihr Leben verwickelt in die Organisationen der Arbeiterbewegung, in die Stadtöffentlichkeit, in die Familie und die eigenen Träume, Hoffnungen und Befürchtungen?

Wie könnte eine Erinnerungsarbeit aussehen, worin dieses Leben erzählt wird, um den Erfahrungen der heute Lebenden wirklich näher zu rücken?

Auf jeden Fall nicht so, daß ein paar fortschrittliche Jungsoziologen Offenbach zum »Feld« erklären, um sich die Lebensgeschichten ins Körbchen zu pflücken, damit die wissenschaftliche Literatur über »Arbeiterbewußtsein« etc. anschwillt.

Werner Fuchs und Werner Heinz sind zwar von Haus aus Wissenschaftler, sie verleugnen das auch nicht, die Offenbacher Erinnerungsarbeit aber soll in der Stadt bleiben. Und es ist die Stadt, die - nicht ohne den Einfluß der regionalistischen Bewegungen - immer wieder den Rahmen und Bezugspunkt der Projektarbeit bildet.

Die »Projektleiter«, (wobei Werner Fuchs in einer lesenswerten Studie »Arbeiterleben nach 1945, Lebensgeschichten in der Geschichte der Arbeiterschaft in Offenbach am Main seit dem Zweiten Weltkrieg«, Marburg/Lahn 1979, die theoretische Vorarbeit geleistet hat) mischen sich selbst ein in den Prozeß des Geschichte-Erzählens. In über Monate geführten Interviews mit Repräsentanten der einst vielfach gefächerten Offenbacher Arbeiterorganisationen versuchen sie, den Berichten, Erzählungen und Einschätzungen der Interviewten den »objektiven Geschichtsverlauf«, zumindest ihr Wissen darüber, entgegenzuhalten. So entstehen Bücher, die sichtbar von den Interviewten und den Projektleuten gemeinsam produziert wurden. Das so gewonnene Relief dient als Basis und Unterstützung der Weiterarbeit.

Zwei Lebensberichte liegen inzwischen vor, ein dritter wird bald erscheinen. -

Heinrich Galm: Ich war halt immer ein Rebell. Politische Erinnerungen von Heinrich und Marie Galm, Offenbach 1980. -

Edel Gasch: Langer Brief an meine Kinder. Eine Offenbacher Lebensgeschichte, Offenbach 1981

Heinrich Galm spielt in der Geschichte der Offenbacher Arbeiterbewegung eine bedeutende Rolle. Als Bevollmächtigtem des »Deutschen Sattler-, Tapezierer- und Portefeuilleverbandes« gelang es ihm, die lokalen Lederwarenarbeiter politisch für sich zu gewinnen und sie zu aktivieren. Seine (sehr erfolgreiche) Gewerkschaftspolitik hält sich durch, es wechseln jedoch öfter die Linien und Parteien.

Von der USPD zur KPD; weiter zur KP-Opposition und kurz vor 1933 zur Sozialistischen Arbeiter-Partei. Nach dem Krieg gründet er die »Arbeiterpartei«, die in Hessen der Spaltung der Arbeiterbewegung entgegenwirken soll. Sie bekommt bis zur ihrer Auflösung 1954 15 bis 20 Prozent der Wählerstimmen.

Übrigens werden seine Schwenks von beträchtlichen Wählermengen fast immer mitgemacht. Kaum war Galm zur KPO gekommen, wurde sie 1928 - in Offenbach - zweitstärkste Partei. Da seine Frau, Marie Galm, stets miterzählt hat, gehört dieses Buch nicht zu der Junggesellenliteratur, die von verheirateten Männern geschrieben wird (vgl. Theweleit). Werner Fuchs und Bernd Klemm haben parallel zum Erinnerungsprozeß der Galms in Archiven geforscht. So werden die » subjektiven Galms« konterkariert zum Beispiel durch Polizeiberichte über den »berüchtigten Arbeiterführer« oder Pressestories über den »Mann mit den sieben Parteibüchern«.

Edel Gasch, seit je Sozialdemokratin, wurde befragt zum sozialdemokratischen Widerstand im Dritten Reich. Sie zog dabei eine Lebenschronik aus der Schublade. In ihrer Familie war es Tradition, für die Kinder die eigene Biographie aufzuschreiben. Das Manuskript wurde redigiert, und das Buch kann man lesen als Dokument der Überlebenstätigkeit einer Frau, die als Sozialistin fünf Kinder durch Faschismus und Nachkriegszeit bugsiert hat. Sicher keine den Ansprüchen eines

»FAZ«-Kritikers genügende Literatur. Eben die Erinnerungen von jemandem, der nicht literarische Ambitionen, sondern ein politisch-moralisches Überlebensinteresse hatte und hat.

Die beiden Bücher sind im Saalbau-Verlag erschienen; der Versuch, Lebensgeschichten zum Bestandteil der politischen Kultur einer Stadt zu machen, wird in zwei weiteren Einrichtungen des Projekts realisiert.

Da ist zum einen der »Arbeitskreis Stadtgeschichte und Arbeitergeschichte«. In der Volkshochschule, (die übrigens einen Teil der Kosten des Projekts trägt), treffen sich regelmäßig »Veteranen« der Arbeiterbewegung mit ganz gewöhnlichen Leuten oder Lehrern, Sozialarbeitern, Studenten. In einer Mischung aus Stammtisch und politischem Seminar kommen dort die meisten durch die jeweiligen Organisationslinien geprägten Erinnerungen und Reflexionen der Beteiligten zur Sprache.

Und trotz intensiver Vorbereitung im Projekt, trotz gezielter Fragen und zweifelnder Einwände zeigt sich hier eine der Grenzen des Projekts. Es sind die Grenzen der politischen Sozialisation der Einzelnen. Manchmal scheint es, daß es kein Rütteln und Rühren mehr gibt, wenn eine solche Sozialisation erstmal fertig ist. »Die Naturfreunde waren ja schon immer ein bißchen ... «; »Wir Anarchisten sind ja stets davon ausgegangen ... «; »Ich als Sozialdemokrat, also ... « Je leichter solche Statements von der Zunge gehen, desto schwerer fällt dann das Zuhören ' Das kennt ja jeder. Aber immerhin wird in diesem Zirkel zäh und geduldig an der Verflüssigung der Blockierungen und Linienreiterei gearbeitet. Und Zuhören lernt man vielleicht auch erst, wenn man wirklich etwas zu sagen hat.

Zum anderen gibt es das »Geschichte-Mosaik«. Im Januar kamen hier zum vierten Mal etwa zweihundert Interessierte zusammen, um an ausgewählten Schwerpunktthemen entlang eine historische Revue passieren zu lassen. Begleitet von Songs, Literatur, Bildern und Einführungen der Projektleute, erzählen dann Offenbacher Zeugen der Arbeitergeschichte oder auch auswärtige Fachleute. Was im »Arbeitskreis« vorbereitet wurde, kommt hier unter die Leute.

Und die Geschichte des (einstmals) roten Offenbach ist reich an Schätzen, die als Erfahrung verloren sind, wenn niemand sie in eine lebendige, gegenwärtige Umgebung hebt.

Fragt sich, ob die Erinnerungsarbeit des Projekts in Zukunft über die Grenzen eines republikanisch-linken Spektrums hinaus einsickern kann in eine breite Stadtöffentlichkeit. Die Gewerkschaften und die SPD schweigen sich in freundlich distanziertem Interesse aus. Der Altenkreis der Arbeiter-Wohlfahrt hat immerhin eine Lesung der Bücher von Galm und Edel Gasch in die Wege geleitet. Jetzt sollen die Kirchengemeinden einbezogen werden, die Lokalpresse soll öfter mal detailliert berichten, die Schulen noch mehr als bisher schon die Materialien im Unterricht benutzen.

Und es fragt sich noch eine ganze Menge mehr: -

Wie stark und stabil das Interesse an mühevoll zu rekonstruierenden Lebensgeschichten der kleineren Leute ist, wo die Biographien der Oberen so spannend und rührend aufgeputzt täglich zu lesen und zu sehen sind? -

Ob Dokumente und »O-Töne« so interessant zu bearbeiten sind, daß sie historisches Denken und vielleicht literarische Phantasie in Gang setzen. -

Ob es gelingen kann, die Erinnerungen der Alten jenseits einer ersten Begeisterung für die Authentizität des gelebten Lebens dauerhaft wahrzunehmen. Sie nicht erst hochzujubeln, um sie später dann fallenzulassen. -

Ob schließlich die festgeronnenen Privatideologien oder Sinnkonstruktionen der Älteren im Rahmen eines solchen Projekts zu lockern sind?

Es sieht nicht so aus, als würde über eine einzige dieser Fragen im Projekt hinweggegangen.

Die Adresse des Saalbau-Verlags, der sein Programm in letzter Zeit bedeutend ausgeweitet hat - es schreiben Lehrer Gedichte, eine Fünfzehnjährige über den Grund, warum sie zur See gefahren ist, Frederik Hetman, wie er die Subkultur der Offenbacher Jugendlichen findet und viele andere - lautet: Saalbach-Verlag, Karl-Ferdinand-Becker Weg 10, 6050 Offenbach am Main. Gilt auch als Kontaktadresse für das Projekt.

Konkret 02/82, S. 48

Karl-Heinz Hansen

`BILD´ sagt Ja zur atomwaffenfreien Zone

Ein neues Buch erinnert an die Geschichte des Widerstands gegen die Atomrüstung in der Bundesrepublik und an einen Helmut Schmidt, der heute glatt aus der SPD ausgeschlossen würde

TROTZ Desinformation durch Medien und etablierte Parteien wächst die Zahl der Menschen, die sich weder die friedliche Nutzung der Atomenergie noch den Nutzen der Atomraketen für den Frieden weiter aufschwätzen lassen wollen. Jeder Überzeugte, der andere zu Protest und Widerstand überzeugen will, kann zusätzliche Argumente gewinnen, wenn er auf Vergleichbares in der Geschichte zurückgreift. Vergleichbar war der Kampf gegen die Atomrüstung der Bundeswehr und gegen die Stationierung von Atomraketen auf dem Boden der Bundesrepublik am Ende der 50er Jahre.

Ein »Lesebuch« mit Texten aus jenen Tagen haben P. Brollik und H. Wündrich jetzt unter dem Titel »Phantasie gegen Atomkraft« herausgegeben. Die hier versammelten Texte von Wissenschaftlern, Schriftstellern und Politikern geben eine Ahnung von der Breite des damals vorwiegend ethisch-moralischen Widerstandes gegen die Pläne der Bundesregierung und der westlichen Alliierten. Bei näherem Hinsehen gehen einem die Augen über, wohin wir in den letzten 25 Jahren gekommen sind.

So schrieb Hans Zehrer am 21. November 1957 als »Hans im Bild«: »Keine Atomwaffen für Westdeutschland und keine Abschußrampen für Atomraketen! Deutschland muß atomfrei bleiben!... BILD sagt ja zu dieser atomwaffenfreien Zone! BILD sagt nein zur Bestückung Westdeutschlands mit Raketenrampen und zur atomaren Bewaffnung der Bundeswehr!« Jeder weiß, was »BILD« heute sagt.

Die SPD/FDP-Landesregierung von Nordrhein-Westfalen protestierte am 17. Mai 1958 in einer Anzeige: »Die von der Bundesregierung geplante atomare Aufrüstung der Bundeswehr bringt für das dicht besiedelte Land Nordrhein-Westfalen tödliche Gefahren mit sich... die Landesregierung ist entschlossen, im Bundesrat gegen alle Anträge zu stimmen und jede Bewilligung von Mitteln zu verweigern, die die atomare Aufrüstung der Bundeswehr ermöglichen würden;... die Bestrebungen der Aktion 'Kampf dem Atomtod' in jeder geeigneten Weise zu unterstützen ... « Die Unterzeichner dieser Anzeige wurden angeführt von Ministerpräsident Steinhoff (SPD) und seinem Stellvertreter Weyer (FDP). Jeder weiß, wie die SPD-Alleinregierung von Nordrhein-Westfalen heute zur Stationierung von Raketen steht, nämlich bedingungslos hinter dem Kanzler, der wiederum hinter Reagan steht.

Der Aufruf des Arbeitsausschusses »Kampf dem Atomtod« vom März 1958 trug unter anderem die Unterschriften von Thomas Dehler (FDP), Gustav Heinemann (SPD), Erich Ollenhauer (SPD), Carlo Schmid (SPD). Der Blick zurück aus der demokratischen Eiszeit von heute läßt den Zorn der alten Männer begreifen, die damals schon dabei waren und trotz ihrer Vergeblichkeitserlebnisse im Widerstand heute nicht resignieren.

Kaum zu glauben, daß der Deutsche Bundestag in 25 Jahren sich von einem Brennpunkt leidenschaftlicher, öffentlich interessierender Debatten um Lebensfragen des Volkes verwandelt hat in die langweilige Versammlung von Abgesandten der etablierten Parteien, die in vorauseilendem administrativem Denken den Willen der Exekutive parlamentarisch-notariell exekutieren, Politik an den wirklichen Interessen der Mehrheit vorbei (»den Menschen draußen im Lande«) - allerdings auf deren Kosten - verwalten.

Was für eine Entwicklung der sozialdemokratischen Partei Deutschlands von damals bis heute! Von einer Partei, die im erleuchteten Zustand der Opposition mit relativer Sensibilität für soziale Bewegungen (laut Emnid waren im März 1958 rund 83 Prozent der Bevölkerung gegen Atomraketen) eine Volksbefragung über die Atompolitik der Adenauer-Regierung betrieb und große Protestversammlungen organisierte, bis zur Regierungspartei der 80er Jahre, die sich von ihren Regierungsvertretern zur Illegalisierung und Kriminalisierung von Protestbewegungen anstiften läßt; zu einer Partei, die es zuläßt, daß ihr Kanzler Friedensdemonstranten als »zwielichtige Gestalten« diffamiert und daß der Widerstand von Startbahngegnern in die Nähe faschistischer Verhaltensweisen gerückt wird (Ehmke). Kein Wunder, daß immer mehr »Aussteiger« in Gegensatz zur Politik der »Aufsteiger« geraten, daß immer mehr Junge wie Alte sich vom Parteien-Establishment abwenden (im Mai 1981 waren 67 Prozent der Bevölkerung für Verhandlungen zwischen Ost und West anstelle des NATO-Beschlusses über die Stationierung neuer amerikanischer Raketen) und dem blockierten sogenannten repräsentativen parlamentarischen System in basisdemokratischen Initiativen den Kampf ansagen.

In dem Buch von Brollik und Wündrich kann man auch nachlesen, daß der Mut und die Charakterfestigkeit der SPD nicht lange währten: Klammheimlich wurde der von ihr angeregte und betriebene Protest schon 1960 liquidiert. Von da an befand sie sich auf dem graden Weg in die Große Koalition mit denjenigen, die sie eben noch bekämpft hatte; mit ihrer heutigen Politik ist sie endgültig dort angekommen. Die Verteidigungsminister der SPD haben konsequent und mit Lust an der Befehlsgewalt über die Streitkräfte das fortgesetzt, was Adenauer und Strauß so zielbewußt in die Wege geleitet hatten.

Auch Anfänge und Entwicklung des unaufhaltsamen Aufstiegs des Abgeordneten Helmut Schmidt (Hamburg) werden durch Redetexte in diesem Buch der Vergessenheit entrissen. Damals das Paradepferd seiner Fraktion in den Attacken auf den autokratischen Regierungsstil des »Kanzlers der Alliierten« und gegen die einseitige Westpolitik der CDU/CSU: Ein sozialdemokratischer Abgeordneter, wie er heute nur noch im Buche steht, einer, der die demokratisch-parlamentarischen Rechte wortgewaltig verteidigte und ausschöpfte.

Heute, als sozialdemokratischer Kanzler, ist er die Verkörperung der Arroganz der Macht mit kaum verhüllten ademokratischen Affekten (»Es ist unerträglich, daß man 80 Prozent seiner Zeit daran verschwenden muß, allen möglichen Gremien erklären zu müssen, was man mit seinen Beamten in 15 Prozent seiner Zeit ohnehin beschlossen hat zu tun; da bleiben einem nur noch 5 Prozent zum Nachdenken«). Einer, der sich des Beifalls der CDU/CSU im Parlament zunehmend sicher sein kann, der die »Partei des Westens« sichtbar seiner Partei vorzieht, die er durch Rücktrittsdrohungen zur Gefangenen der von ihm beschlossenen Politik macht.

Damals ein Volkstribun namens Schmidt, der engagiert die Angst vieler vor der Wiederbewaffnung und vor den Plänen zur atomaren Aufrüstung aufgriff, ja sogar dem Bundestag seine zu lasche Kritik an der Politik der damaligen Bundesregierung vorwarf:

»... (es geht um die) Aufzeichnung jedes gradlinigen Weges, der auf dem Petersberg begann, als der Kanzler hinter dem Rücken von Kabinett und Parlament die deutsche Aufrüstung anbot, der dann zum Eintritt in die NATO führte. Die weiteren Stufen waren das Freiwilligenheer, die Wehrpflicht und die letzte Stufe sind die Atomwaffen. Wir fragen uns, was wird am Ende dieses Weges stehen?« (Rede im Bundestag am 22. März 1958).

Adenauer und Strauß warf der Abgeordnete Schmidt (Hamburg) vor: »Sie wollen den Frieden erhalten dadurch, daß Sie den atomaren Krieg vorbereiten ... « »Sie behaupten sogar, wir würden die Sowjets dadurch zum Angriff herausfordern, daß wir die deutschen Divisionen nicht atomar bewaffnen. Wenn dieses Argument stichhaltig wäre, könnte man sich eigentlich nur darüber wundern, daß die Russen nicht längst zu einem Zeitpunkt angegriffen haben, wo die Divisionen des Herrn Strauß noch etwas harmloser gewesen sind ... «

Im Jahre 1980 läßt der Bundeskanzler Helmut Schmidt hinter dem Rücken seiner Partei, seiner Fraktion und des Parlaments U-Boot-Lieferungen an das militärische Folterregime in Chile beschließen. Heute macht der Bundeskanzler Helmut Schmidt Adenauers bedingungslose Integration in das NATO-Bündnis zur Grundlage bundesrepublikanischer Außenpolitik, die er zunehmend vom Antikommunisten Genscher ausführen läßt. Im Gegensatz zu Schmidt-Schnauze ist der schnauzende Kanzler für das atomare Gleichgewicht des Schreckens als einzigen Weg zur »Sicherung des Friedens«. Er zeigt seinen amerikanischen Erbfreunden eine Raketenlücke in Europa, die es seit 20 Jahren gibt und wundert sich nicht mehr, daß heute andere sich wundern, warum die Sowjets diese Lücke nicht längst zum Angriff genutzt haben.

Damals war der alerte Abgeordnete Schmidt für eine atomwaffenfreie Zone in Europa mit anschließender Entmilitarisierung bis zum Status bewaffneter Neutralität. Er stand an der Spitze der Bewegung gegen den Atomtod. Er agierte für Volksbefragung und Generalstreik mit dem Ziel, »die Regierung in eine gewisse Zwangslage« zu bringen, damit »auf diese Weise unseren ausländischen Partnern die ungeheure Gefahr deutlich gemacht wird, die sie nicht nur über Deutschland, sondern über uns alle heraufbeschwören mit der atomaren Bewaffnung Deutschlands, so daß also der Entschluß zur Nichtausführung dessen, was Adenauer möchte, womöglich von draußen zustande gebracht wird.«

Für den Philosophen auf dem Kanzlerstuhl sind die Forderungen der heutigen Friedensbewegung nach einer europäischen atomwaffenfreien, entmilitarisierten Zone schlichtweg friedensgefährdend, sind die für den Frieden Kämpfenden gemütvolle Naive, ist deren Angst im Grunde nichts anderes als Feigheit, die jeder verantwortungsbewußt handelnde »Realpolitiker« tapfer zu überwinden habe. Fürwahr ein weiter Weg vom beinahe »Gesinnungspazifisten« zum »Gleichgewichtsdoktrinär«, eine beispielhafte, wenn auch nicht vorbildliche, eine deutsche, eine sozialdemokratische Karriere.

Im Widerstand gegen den NATO-Aufrüstungsbeschluß sieht der sozialdemokratische Bundeskanzler - zu Recht - eine Kampfansage an seine US-Erfüllungspolitik. Es stört ihn - zu Recht - daß trotz systematischer Desinformation über die Ziele dieser Politik (erst neue Raketen aufstellen, dann die Verhandlungsbedingungen diktieren) der Widerstand wächst. Die Satellitenpolitik fällt dem deutschen Kanzler umso leichter, als sie mit persönlicher Affinität und freundlichem Verständnis für Herrn Reagan einhergeht (»Ich mag diesen Mann. Er ist ein Kerl! «), jenem Herrn des Westens, der immerhin einen begrenzten Atomkrieg auf dem potentiellen Schlachtfeld Europa für möglich hält.

Nach solchem Rückblick auf aktuelles Vergangenes werden es SPD-Mitglieder, Sympathisanten und Wähler dreimal überlegen müssen, ob sie - wie noch 1980 - noch einmal für die SPD als das »kleinere Übel« eintreten können. Sie werden der Frage, ob sie in der letzten Wahl dazu beigetragen haben, Strauß zu verhindern, nur damit die SPD/FDP-Regierung heute CSU/CDU-Politik betreibt, nicht mehr ausweichen können, wenn aus Einsichten Erkenntnisse und daraus politisches Handeln werden soll.

Für die verbliebenen Sozialisten innerhalb und außerhalb der SPD, die die Hoffnung auf mögliche gesellschaftliche Veränderungen in dieser Republik nicht aufgeben wollen, verlangt die Kategorie der politischen Wirksamkeit, das ohnehin begrenzte Protestpotential dadurch voll auszuschöpfen, daß die sich organisatorisch bundesweit zusammenschließen. Zusammen mit Alternativen und Grünen haben sie dafür zu sorgen, daß »die Regierung in eine gewisse Zwangslage« (s. oben) gerät, die es ihr zumindest schwerer macht, an der falschen Politik sozialer Abrüstung und militärischer Aufrüstung festzuhalten.

Schon wegen dieser Einsichten lohnt sich der Kauf des Buches. Aber nicht nur Gegner von Atomraketen, sondern auch Gegner von Atomkraft überhaupt kommen bei diesem »Lesebuch« auf ihre Kosten.

Über die Empfehlung des Abgeordneten Schmidt der 50er Jahre zum aktiven Widerstand hinaus kann es Hilfe leisten beim Entwurf von Plakaten, Aufrufen und Einladungen zu konkreten Aktionen.

Peter Brollik/Hermann Wündrich (Hrsg.), Phantasie gegen Atomkraft, »Kampf dem Atomtod« in den 50er Jahren, Prometh-Verlag, Köln, 1981, 143 S., DM 14,80.

Konkret 02/82, S. 51

konkret-markt

Beschlagnahmt

Am heutigen Tage wurde in der Münchner Buchhandlung Libresso eine Hausdurchsuchung durchgeführt, das »Sexbuch« beschlagnahmt und gegen die Leiterin der Buchhandlung ein Ermittlungsverfahren wegen Verbreitung pornografischer Schriften eingeleitet.

Wenige Tage, nachdem zum ersten Mal das Aufklärungsbuch von Dr. G. Amendt in München bei Hugendubel beschlagnahmt wurde, tagte die Kommission »Zum Schutz des Buches«, um die , zensurähnlichen Maßnahmen staatlicher Stellen zu behandeln.

Unter der Beteiligung des ersten Vorsitzenden der deutschen Gesellschaft für Sexualforschung Prof. Dr. Volkmar Sigusch stellte die Kommission einstimmig fest: »... daß bei dem betreffenden Buch von dem Vorliegen des Straftatbestandes des Paragraphen 184 STGB (Verbreitung pornografischer Schriften) keine Rede sein kann.«

Vor dem Hintergrund der Stellungnahme der Kommission zum Schutz des Buches sowie zahlreicher positiver wissenschaftlicher Bewertungen kann der Weltkreis-Verlag die erneute Beschlagnahme des »Sexbuches« nur als ungeheure Provokation bezeichnen und die sofortige Einstellung des Ermittlungsverfahrens fordern.

Mit freundlichem Gruß

Weltkreis-Verlag

Pressestelle

KONKRET: Was eigentlich macht die Leute am »Sexbuch« so an?

AMENDT: Das darfst du mich nicht fragen. Ich hatte mit diesen Herrschaften weder in der Sexualberatung noch in einer Therapiesituation zu tun.

KONKRET: Es könnte ja auch sein, daß es Leute gibt, die eine Beschlagnahmeaktion inszenieren müssen, um in den Besitz eines Sexualaufklärungsbuchs zu gelangen, das andere erwerben, indem sie in eine Buchhandlung gehen und die Kohle auf den Tisch knallen.

AMENDT: Im übrigen fällt es schwer, sich auszumalen, was in den Köpfen dieser Leute und unterhalb ihrer Gürtellinie vor sich geht. Man hat das unangenehme Gefühl, man mache sich schmutzig, wenn man sich mit der Dreckphantasie solcher Leute beschäftigt.

KONKRET: Worauf zielen solche Beschlagnahmeaktionen?

AMENDT: Nur am Rande auf den Autor des zensierten oder beschlagnahmten Buches. Obwohl ich zugebe, daß mich die Serie von Zensurmaßnahmen gegen mein Buch und die zweimalige Beschlagnahme in Bayern zu nerven beginnen. Ich werde müde, immer wieder zu begründen, warum ein Buch, das mit wissenschaftlichem Ernst und schriftstellerischer Lust geschrieben wurde, nicht pornographisch ist.

Pornographisch ist die Rauspickmethode, die die Münchner Staatsanwaltschaft auf der Suche nach »Stellen« anwendet. Das Beschlagnahmeverfahren selbst gerät so in die Nähe der Pornographie, wie es in einer Stellungnahme der Kommission »Zum Schutz des Buches« heißt. Dem Kommissionsbericht, den Bernt Engelmann auf der Buchmesse vortrug, ist nichts Neues hinzuzufügen.

KONKRET: Ist im Vorgehen gegen dein Buch eine politische Strategie zu erkennen? AMENDT: Im Vorgehen gegen mein Buch alleine nicht. Wohl aber, wenn man auf dem Weg von München über Nürnberg nach München zurück einen Blick auf die bayrischen Zustände wirft.

Erhards Konzept der »Formierten Gesellschaft«, da unten wird es verwirklicht. Die Räumung des KOMM, der sich anschließende Justizskandal, das Verbot von Univeranstaltungen, die Beschlagnahme von Büchern, die Gleichschaltung von Unterrichtsinhalten an den Schulen, bayrische Medienpolitik mit einem, der stolz darauf ist, SS-Mann gewesen zu sein, an einer der Schaltstellen - jedes für sich mag man für eine Randerscheinung halten, alles zusammen läßt eine Entwicklung erkennen. Das alles schamlos offen, eine Orgie von Polit-Pornographie.

Schon spekuliert die Strauß-Partei auf eine verfassungsändernde Zweidrittel-Mehrheit bei den nächsten Landtagswahlen. Politischer Widerstand wird kriminalisiert, emotionale Lebensäußerungen der Menschen werden pornographisch genannt. Die Republik wird vom Süden her aufgerollt.

Konkret 02/82, S. 52

film-markt

Die Tragödie eines lächerlichen Mannes

Einerseits geht es in dem neuen Film von Bernado Bertolucci um eine Entführung, andererseits um einen alternden Fabrikanten, außerdem aber zum Beispiel auch noch um eine Ehe, eine Mutter-Sohn-Beziehung, den Terrorismus, die (italienische) Polizei und den (italienischen) Käse. Wie das alles miteinander zu tun hat, das weiß am Ende niemand: weder der eine auf der Leinwand, noch die vielen davor. Das ist schön anzusehen und macht Spaß.

Unsere Leichen leben noch

Zur Vorbereitung einer Ausstellung über die »Frau in den 30er Jahren« sperrt ein Berliner Galerist fünf Frauen in eine Wohnung, um zu beobachten, wie sie in Extremsituationen reagieren. Das ist die Rahmenhandlung und ist langweilig; die Darstellerinnen sind spannend: fünf Frauen zwischen 60 und 70 spielen sich selbst, führen vor, daß das Alter nicht trist, brav und anständig sein muß, sondern auch aufregend, frech und provokant sein kann. Fünf Frauen, deren Lebensgeschichten so unterschiedlich sind wie ihre Art zu erzählen, denen aber gleichermaßen die Lebenslust ins Gesicht geschrieben steht, und wo deswegen auch die Falten nicht stören.

Die fünf reden, streiten, erinnern sich miteinander: die eine erzählt von ihrer Tänzerinnen-Ausbildung, die andere von ihrer Arbeit als Kriminalreporterin; und die jüdische Emigrantin sitzt freundlich neben der ehemaligen Nationalsozialistin. Der Regisseur Rosa von Praunheim (der leider auch selber mitspielt) zwinkert ganz am Ende des Films zwar so in die Kamera, als wolle er damit doch noch eine Überlegenheit demonstrieren, aber das ist ein Irrtum, denn wenn die Frauen am Ende singen »Wir sind vital und wild und klug und schön und sexy voller Glut. Wir rasseln mit den Knochen bis zum Schluß, das Leben heißt für uns Genuß«, dann siegen sie damit über alle Vorurteile-. solche über's Alter und solche über Praunheim-Filme.

Das Haus am Park

Gezeigt werden zwei Verbrechen: ein Banküberfall und ein Mord. Das eine hat mit dem anderen nichts zu tun, die Fälle unterscheiden sich vor allem durch die Täter: einmal sind es kleine Ganoven, das andere Mal ist es ein reicher Industrieller. Das sind Unterschiede, und daß die sich für einen Moment zu verwischen scheinen, liegt am Zufall und am Glauben des kriminellen Armen, er könne es mit einem großen Coup so weit bringen wie der kriminelle Reiche. Das erweist sich natürlich als Irrtum. Ebenso wie die Vorstellung des Regisseurs Aribert Weis, Bedeutendes müsse bedeutungsträchtig ins Bild gesetzt werden. Wäre er diesem Irrtum nicht aufgesessen, hätte er, anders als sein Kinoheld, gewinnen können.

Fernsehen

Wie eine erfolgreiche ältere Schauspielerin, die angewiesen ist auf Zuneigung und Unterstützung, ausgenutzt wird von einer jungen Schauspielerin, die, um erfolgreich zu sein, jede Zuneigung und Unterstützung spielen würde, und wie damit aus einer Nachwuchs- eine Hauptdarstellerin wird, die jedoch, weil die Sympathien der Anderen gehören, nur auf gespielte Zuneigung und Unterstützung wird rechnen können: das kann man am 7. Februar um 20.30 Uhr im ZDF sehen in »Alles über Eva« (von 1950) mit Bette Davis und Anne Baxter.

Wer Greta Garbo mag (und wer tut das ...nicht), kann sich gleich zweimal freuen: das ZDF zeigt am 13. Februar um 20.15 Uhr »Maria Walewska« (von 1938) und am 14. Februar um 10.30 Uhr »Mata Hari« (von 1932).

Sonst noch

Nicht nur Juliet Berto, die gespielt hat vor allem in Filmen von Jaques Rivette, kann man ansehen, sondern vor allem auch die Regisseurin Juliet Berto kennenlernen: in ihrem ersten eigenen Spielfilm »Neige - Schnee«.

Und nicht den Regisseur, sondern den Kolumnisten Pier Paolo Pasolini - der einmal gesagt hat »Ich weiß sehr wohl, wie widersprüchlich man sein muß, um wirklich konsequent zu sein« - kann man jetzt kennenlernen: Ende der 60er Jahre erschienen seine Kommentare regelmäßig in der italienischen Illustrierten »Tempo« unter dem Titel »il caos«. Nachlesen kann man diese persönlichen Einschätzungen, Stellungnahmen und Mitteilungen zu den kleinen und großen Dingen der Welt jetzt auf deutsch. Pasolini schreibt darin über »das Husten des Arbeiters« ebenso wie über »jenen Scheinwerfer des Motorrades« in einem Visconti-Film.

Pier Paolo Pasolini: »Chaos - Gegen den Terror«, Medusa Verlag, Berlin, 19,80 DM

Konkret 02/82, S. 54

Hermann L. Gremliza

konkret ex-press

Ich bin gegen das Wetter. Hitze und Kälte, Temperatur schlechthin, Wolken und Himmelsblau, Stürme, Winde, Nebel, Regen und Eis können mir gestohlen bleiben. Es ist mein letzter Wunsch: ein Leben ohne Elmar Gunsch. Ich verkrieche mich vorm April, wenn der Lokalredakteur macht, was er will, fürchte den Mal, denn die Schmierfinken schlagen aus, meide den Sommer, der die sauren Gurken dörrt, und vom Herbst, der die Blätter erst rauschen und sich färben läßt, eh sie dem nächstbesten Inserenten in den Schoß fallen, will ich gar nicht reden. Wenns aber kalt wird und die armen Leute für die Nacht ihr Haus reinholen, wenn auf den Lokalspitzen güldene Lichtlein blitzen und der Börsenbericht gute neue Mär bringt, wenn der Feuilletonredakteur in sich geht und den Kurzstreckenbericht erscheinen läßt, dann wollte ich, es wäre Nacht oder die Russen kämen. Aber alle Jahre wieder ist es nur der **Raddatz:**

Nun knallen sie wieder - die Kanonenschläge, die Erbsen, Frösche, Raketen und Böllerschüsse, und die Sektpfropfen wohl auch; für viele, viele Millionen Mark knallt und ballert, zischt und schäumt es in diesen Tagen. Der Himmel ist erleuchtet. Anderswo aber knallt es auch: Nur sind es richtige Kanonen, scharfe Schüsse. Dort ist der Himmel erloschen, eineinhalb Flugstunden vom festlichen Jubel zwischen Elbe und Isar entfernt, in Kattowitz, Breslau, Warschau. Dort werden Menschen erschossen, eingesperrt, gedemütigt. Der geboren wurde und starb, am Kreuz, starb für die. Sein in unseren wohlgeheizten Kirchen vor der Gemeinde in Nerz und Kaschmir gepredigter »Friede auf Erden« blieb ausgesetzt; in Polen.

Der, der geboren wurde und starb, am Kreuz, für die, die, ist wieder auf Erden kommen arm, daß er unser sich erbarm und die Stunde für ein wenig Selbstgeißelung nutze:

Ich habe nur gespürt, wie das Glitzermeer der weihnachtlich geschmückten Schaufenster mit ihrem luxuriösen Angebot zu grinsen begann statt zu frohlocken; ob nun Berge von Würsten oder die kleinen großen Brillanten, das Fahrrad oder die Krokodiltasche: Es gehörte sich nicht.

Das rührte sogar den Porsche. die Klage seines Fahrers Raddatz lesen und nicht anspringen war eins. Und hämisch grinste das Fahrrad: über die urchristlichen Nerzenstöne eines Hummerleiders, dem es jahraus, jahrein rein wurst, was sag ich: Berge von Würsten ist, daß das Blatt, für das er sich kasteit ' gar nicht genug Hungertote kriegen kann, wenn nur der Exportüberschuß und eine postive Handelsbilanz erhalten bleiben. Zugabe:

Ich bin kein Prediger; eher ein Pharisäer. Mehr als ein paar alte Pullover und ein paar warme Schuhe habe ich ja auch nicht »geopfert«, vielleicht noch ein Care-Paket.

Na, wenigstens ein paar Polen konnten zur Christmette bei Kardinal Glemp im Kaschmir erscheinen, vorausgesetzt, der Redakteur konnte sich an deren Absendung besser erinnern als an die des Care-Pakets, das vielleicht nur den Weg in die Setzerei gefunden hat, und es ist nicht dieses wie jenes gelogen. Denn in Wahrheit

zittern wir nicht um den Ölzweig, sondern ums Öl in unserer Heizung,

und nur hinsichtlich der Vorräte an Schmalz sind wir eingedeckt bis über alle Eselsohren. Coda:

Unser Nachbar wird hingemacht; er heißt Polen.

Unser Schmock hat hingemacht; er heißt Raddatz.

Kanonenschläge in der Sylvesternacht, Kanonenschläge im Feuilleton - da war doch noch was? Richtig: Valmy. Und als Goethe erscheint Stefan Hermlin:

Es ist in diesem Jahr etwas geschehen, ich weiß nur nicht was. Aber etwas ist geschehen in Europa.

Von solcher Kanonade geweckt, erhebt sich noch einmal **Marion Gräfin Dönhoff,** die dicke Berta des deutschen Leitartikels, und geht tierisch los:

Hermlin meinte: »Es ist in diesem Jahr etwas geschehen, ich weiß nur nicht was. Aber etwas ist geschehen in Europa.« So ist es.

Von hier und heute geht irgendwas aus. Und ihr könnt vielleicht sagen, ihr seid irgendwie dabeigewesen. Oder so. Ist das nichts?

Noch mitten in den besten Jahreswechseljahren ist der Gräfin Kollege **Theo Sommer**, der aber auch zu den übrigen Jahreszeiten enge Beziehungen unterhält, denn seine ganze Liebe gilt dem Wetter:

Beim Jahreswechsel 1981/82 stehen wir vor der gleichen Frage

es ist dieselbe

wie zwölf Monate zuvor: Ist die Entspannung noch zu retten? Die Antwort f iel schon vor einem Jahr nicht leicht. Der sowjetische Einmarsch in Afghanistan hatte einen weltpolitischen Wetterumschwung ausgelöst. Wohl bemühten sich die Europäer nach Kräften, ihrem geteilten Kontinent einen Temperatursturz zu ersparen, aber so tief konnten sie sich gar nicht ducken, daß die eisigen Winde aus dem Hindukusch sie nicht dennoch gestreift hätten Die Großwetterlage hat sich im Jahre 1981 nicht gebessert. Ein Klimasturz ist weniger denn je auszuschließen.

Sollen wir es deshalb vielleicht fünf Grade unter Null sein lassen? I wo:

Freilich, ob alle Blütenträume welken, hängt auch von der internationalen Großwetterlage ab. Schaltete der Westen abrupt wieder auf Konfrontation, gäbe er die Suche nach Kooperationsmöglichkeiten auf, zöge er nun die Zugbrücken auf und beorderte alle Mann auf die Zinnen, es würde schwerlich viel übrigbleiben.

Bei Temperatursturz hinter den Zinnen ducken. Zur Erwärmung Zugbrücke durch die Lasche ziehn. Blütenträume bei Umschwung auf Großwetterlage nicht abrupt auf Konfrontation schalten. Hab Sonne im Herzen und Zwiebel im Bauch, dann kannst du gut Hindu und kuschen auch. Sagte der Wetterfrosch. Es war aber Sylvester, und er hatte einen Knall.

In der »Welt« (das Schwein bestimmt das Bewußtsein) schreibt ein **Alfons Dalma:**

So liegt der deutsche Stein des Anstoßes nach wie vor mitten im zerschlagenen Glashaus des europäischen demokratischen Sozialismus. Der Bruch ist nicht zu kitten. Die Scherben werden allmählich zum europäischen Gerichtsurteil über die Ausdörrung der humanistischen Ideale,

von denen Alfons Dalma, besser bekannt unter dem Namen Stephan Tomicic, Mitglied der faschistischen Vereinigung Ustascha, immerhin soviel versteht wie ein altgriechischer Scherbengerichtsdiener aus der Zeit des Macedonierkönigs Papadopoulos, jenes Idealisten, der die Wahrheit unter den Fingernägeln der Verhafteten suchte. Doch was hilft alle kriminelle Phantasie, wenn nix sprecken deitsch - oder: wer im Glashaus sitzt, soll nicht mit Steinen werfen, weil sonst ein Kommissar den Stein der Weisen findet, nämlich daß der des Anstoßes, wenn er mitten im Glashaus liegt, nicht von denen geworfen wurde, die drin sitzen, und deshalb wieder einmal der Bock, den sie zum Gärtner gemacht haben, der Mörder sein muß.

»Wie es in Polen zur Katastrophe kam«, zeigt der **»Spiegel«** anhand des Vorgangs,

daß die Staatsmacht, Regierung und Partei, schneller und weitgehender nachgab als erwartet.

Das ist weitgehendst richtig, aber weitestgehend falsch. (Und nun dürfen sie alle, die Gutverdienenderen eingeschlossen, eine Redaktionskonferenz lang darüber nachdenken: was er wohl meint?)

Daß auf die Konjunkturforscher kein Verlaß ist, hat auch das **»Hamburger Abendblatt«** mitgekriegt, aber ob das ein Ersatz ist:

Der Kanzler raucht wieder - Wird nun alles besser?

Gewiß, der Absatz von Menthol-Zigaretten ging zuletzt spürbar zurück, dennoch habe ich Zweifel, ob Reynolds nun sehr viele der 1,7 Millionen Arbeitslosen einstellen wird, auch wenn der Kanzler und sein Schrittmacher ihr Bestes geben. Oder haben sie nur den Loderer falsch verstanden, als er forderte: Die Schlote müssen wieder rauchen?

Überschrift aus der **»Hamburger Morgenpost«,** dem Weltblatt der Weltstadt Winsen an der Luhe:

Hochsee-Drama: Hamburger in die Brust geschossen

Ja so ist MacDonalds, treffen mit Spaß.